



htz

Zeitschrift der GFV Hamburg
Dezember 12/2021



Wir wollen mehr!



"Ich werde das Gefühl nicht los, Dirk wünscht uns an
Weihnachten einen neuen Lockdown..."

→ 3 E 8

Das Jahr neigt sich dem Ende zu und dies ist eigentlich ein guter Zeitpunkt, sich besinnlich zurückzulehnen und zurückzuschauen. Das fällt in diesen turbulenten Wochen nicht leicht. Am ersten Adventswochenende wurde ein Tarifabschluss erreicht, der für Hamburg nicht befriedigend sein kann: 2,8 Prozent mehr Geld ab 1.12.22 und eine abgabenfreie Einmalzahlung im März 22 von 1300 Euro. Der Angriff auf die Arbeitsvorgänge (§12 des TVL) konnte zwar abgewehrt werden, weitere wichtige strukturelle Fragen wurden aber nicht angegangen. Mitten in der 4. Welle der Pandemie war es sinnvoll, einen Abschluss anzustreben, es bleibt aber ein bitterer Nachgeschmack. Die gerade in Hamburg drängenden Themen der angemessenen Bezahlung der Vorschullehrkräfte und der schulischen Therapeut_innen und die Tarifierung der Studierenden wurden nicht geklärt und müssen dringend weiter angegangen werden. Genauso die Paralleltabelle für die angestellten Lehrkräfte.

Die während der Streikaktionen deutlich präsenten Themen wie Arbeitszeit und die ungeheure Überlastung der Kolleg_innen in den Schulen müssen weiter adressiert und verbessert werden. Das wird die GEW-Hamburg zügig angehen und sich dafür gut aufstellen. An dieser Stelle ein dickes Dankeschön an alle aktiven Mitglieder während der verschiedenen Warnstreiks. Die GEW-Hamburg hatte eine tolle Arbeitskämpfleitung mit vielen Aktiven und Ideen. So war der Schulstreik am 18.11. der größte, den es bis jetzt in Hamburg zu Tarifverhandlungen im TVL gab. Wir waren inhaltlich sehr gut aufgestellt, laut und sichtbar auf der Straße und im Netz. Lasst uns so weitermachen!

Covid lässt uns leider nicht los. Die Zahlen steigen und wir müssen alle mit ansehen, dass die Expert_innen, die im Sommer vor einem schwierigen Winter warnten, wieder Recht haben.

Sven Quiring, Yvonne Heimbüchel, Bodo Haß

Besinnliche Wochen... sind es gerade nicht

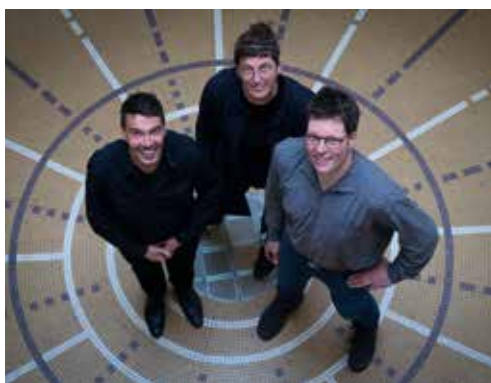


Foto: hlz

Hamburg ist zwar durch den hohen Anteil an geimpften Erwachsenen, insbesondere auch unter den Schul- und Kitabeschäftigten und der Anschaffung von Luftfiltern etc. besser aufgestellt als manch anderes Bundesland. Trotzdem ist die Lage bedrohlich. Der Winter wird zeigen, ob die Schulen in Präsenz bleiben können. Dafür muss die Schulbehörde weiter an ihrem Hygienekonzept arbeiten, insbesondere die Testungen wieder auf verlässliche Füße stellen und (Booster-)Impfungen für alle Kolleg_innen regelhaft ermöglichen. Das ist auch ein Aufruf an unsere Kolleg_innen sich impfen zu lassen, soweit es ihnen gesundheitlich möglich ist! Wir alle wollen im nächsten Jahr auch wieder andere

Dinge bewegen, lasst uns alles Mögliche und Sinnvolle dafür tun!

Liebe Kolleg_innen, viel ist im letzten Jahr passiert.

Unter anderem wechselte auch der Vorsitz der Hamburger GEW und damit die Autor_innen dieses Editorials. Vielen Dank für euren Einsatz als Gewerkschafter_innen und Kolleg_innen in diesem schwierigen Jahr in den Betriebsgruppen, in den Gremien der GEW, in den Personalvertretungen und überall sonst, wo ihr als GEW Mitglied aktiv wart!

Wir wünschen euch und euren Angehörigen besinnliche Feiertage und einen schönen Jahreswechsel. 2022 geht es mit neuer Kraft weiter!



Foto: hlz

Ein Satz mit X Seite 8
 Ja, da hatte man gemeint, ein Stück Gerechtigkeit erstreiten zu können. Nix da! Weder die Vorschullehrkräfte noch die Therapeut_innen kamen zu ihrem Recht. Der Rest: Ein ziemlich laues Ergebnis, was uns in Sachen TVL serviert wurde.

Lehrstellen Seite 24
 Glaubt man der Statistik, so haben potenzielle Auszubildende zurzeit die Qual der Wahl. Bei genauerem Hinsehen offenbart sich dies als Täuschung.

Nicht von Zauberhand Seite 30
 Vielleicht hat sich der eine oder die andere schon gewundert über die zahlreichen wunderbaren neuen Schulbauten, die die Stadt zieren. Wo kommt plötzlich das viele Geld her, um das zu bezahlen?

Inklusion Seite 37
 Die durchgängig in Doppelbesetzung arbeitenden IR- und I-Klassen wurden in Hamburg abgeschafft. Die Stadtteilschulen übernahmen in großen Teilen die Arbeit mit Schüler_innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Auch heute ebbt der Unmut über diese schulorganisatorischen Veränderungen nicht ab.



Foto: Markus Spiegle

Schwerpunkt

Solidarität _____ 46

Magazin

Tarifergebnisse
 Wirtschaftlich folgenschwer _____ 12

Test
 Work-life-Balance _____ 18

Gefährdungsbeurteilung
 Besser als ihr Ruf _____ 20

Lehrstellen
 Frisierte Zahlen _____ 24

Schulbau
 Ungeahnte Möglichkeiten _____ 30

Geflüchtete
 Willkommensgeschichte _____ 46

Abschiebung
 Protest und Widerstand _____ 48

Afghanistan
 Aktueller Bericht _____ 50

Unterstützung
 Afghanische Kolleg_innen brauchen Hilfe _____ 54

Griechenland
 Krise nicht überwunden _____ 58

Internationales
 Tagung in Glasgow _____ 60

Rezension
 Männlichkeitswahn _____ 62

Debatte
 Richtigstellung _____ 64

Grenzen der Toleranz
 Berufsverbote und Unvereinbarkeitsbeschlüsse _____ 65

Projekt 68
 Warum ich mitmache _____ 70

DGB
 Tschüss Katja _____ 76

Katharina Jacob
 Autobiographie _____ 78

Bildungspolitik

Arbeitszeit ... is blowin' in the wind	14
Abendschule Im Namen des Vaters...	26
Sonderschulen Fehlende Ressourcen	34
Analyse Inklusion durch Exklusion	37
Erlebnispädagogik Auf der Thor Heyerdahl	42

GEW

Tarifabschluss Enttäuschend	8
Offene Liste Moderne Zeiten	23
Gewerkschaftstag Unterstützung beschlossen	55
Fair childhood Handlungsbedarf größer denn je	56
Erich Frister Verdienst und Kritik	68
Feier Ehrenmitgliedschaft	72
Ruheständler_innen Neue Aktivitäten	73
Verbandsgeschichte Tafeltext	75

Rubriken

hlz-Notiz	3
Leserbriefe/Nachrichten	6
Gesund in den Ruhestand	33
Impressum	55
gb@	74
Rätsel	79
Termine	80
Aus dem Systemwechsel...	81



Foto: LAMBDA

Solidarisch gegen Abschiebung Seite 48
Der Kampf um die Verhinderung der Abschiebung einer kosovarischen Familie zeigt die Dramatik der Migration weltweit. Sie hat ihren Ursprung in der ungleichen Verteilung von Reichtum.

Arbeitszeit Seite 14
Wie war sie, wie sieht sie aktuell aus, wie wird sie sein? Und wie fühlt man sich dabei? Testet euch!

Gefährdungsbeurteilung Seite 20
Von den Kolleg_innen nicht selten mit Skepsis gesehen, von der Behörde eher widerwillig durchgeführt, ist sie besser als ihr Ruf.

Atlantiküberquerung Seite 42
„Wir lagen vor Madagaskar“ singen sie vielleicht. Tatsächlich liegen sie aber gerade im Hafen von Santa Cruz de Teneriffe und warten auf die Passatwinde: Schüler_innen auf der Thor Heyerdahl. Mit dabei unsere stellvertretende Vorsitzende Yvonne Heimbüchel. Und dann bekam das Abenteuer eine dramatische Wendung...



Foto: Projekt Thor Heyerdahl

Verfrüht

hlz-Jahrgänge 2000 bis 2021

Einen ganz großen Dank an Joachim Geffers für seine Arbeit an der hlz! Ich war keinesfalls immer seiner Meinung, habe aber durch seine differenzierte und engagierte Darstellung vieler wichtiger Inhalte der Hamburger Bildungslandschaft und Bildungshistorie viel gelernt, viel erfahren, vieles erinnert, was ich sonst vergessen hätte und vieles neu sehen können!

Für mich war die hlz immer eine „Vereinszeitung“ mit unerwartet spannenden Inhalten!

Hoffentlich finden sich Nachfolger, die dann in große Fußstapfen treten, aber natürlich das Recht haben, vieles auch ganz anders zu machen!

CHRISTIAN SCHNAUS

Wir sind bis Mai '22 noch dabei! Die Red.

Verrechnet

hlz 11/2021, S. 42f

Liebe HLZ-Redaktion, ich empfehle zum Thema Corona-Impfung-Wirksamkeit folgende Info. Thomas Uwis' HLZ-Leserbrief von 11/21 fusst auf einem fundamental falsch verstandenen Begriff der Wirksamkeit von Impfstoffen. So bedeutet 75 Prozent Wirksamkeit, dass von 100 tatsächlich Erkrankten nur 25 geimpft waren, 75 waren ungeimpft. Keinesfalls bedeutet diese Angabe, dass von 100 Geimpften 75 geschützt sind und 25 erkranken. Die Folgerungen, die Thomas Uwis daraus zieht, haben keine ernst zu nehmende Grundlage. (Eine Aussage über das Risiko zu erkranken ist nicht möglich, denn dieses Risiko hängt nicht

nur vom Impfstatus ab, sondern von einer Vielzahl von Faktoren wie z. B. die Inzidenz oder die körperliche Verfassung.)

Es ist im Übrigen zu bedenken, dass die Impfung das Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf drastisch reduziert. Auf den Intensivstationen landen fast ausschließlich Ungeimpfte. Außerdem ist die Viruslast bei geimpften Infizierten drastisch niedriger als bei Ungeimpften. Sich impfen zu lassen bedeutet also durchaus eine Minimierung des Ansteckungsrisikos für andere Personen und ist somit nicht nur Selbstschutz.

Mit freundlichen Grüßen
DIETER GRESCHOK

s. auch S.64

Majestäts-beleidigung?

hlz 11/2021, S. 6

Liebe Redaktion, ich hielt ja – gutgläubig wie ich bin – die Bildauswahl Baerbock/ACAB eher für ein Versehen nach dem Motto: schnell ein ausdrucksstarkes Bild gesucht. So kann man sich täuschen!

Euer Hinweis, jener unsäglich rechtsblinde BND-Maaßen habe ACAB als Namenskürzel in die Öffentlichkeit gebracht, bringt den Vorgang auf einen traurigen politischen Tiefpunkt. Denn: braucht ihr wirklich diese unsägliche Figur zur Auswahlbegründung oder -rechtfertigung?

Wiederholt ihr doch damit jenen sattsam bekannten AfD-Dreh der doppeldeutigen Formulierung, die Beleidigungen oder Geschichtsverfälschungen einerseits und eine scheinbar harmlose Benennung andererseits enthält. Aus dem

Kontext ist klar, welcher Teil der Bedeutung gemeint ist. Oder meint ihr ernsthaft, Maaßen hätte lediglich ein Namenskürzel gemeint?

Wenn ihr euch mit den Grünen oder Frau Baerbock auseinandersetzen wollt: nur zu! Gerne auch polemisch! Gerne aber wieder auf einem der hlz angemessenen Niveau!

Ich hoffe einfach mal auf zukünftige klügere und journalistisch sauberere Entscheidungen!

In diesem Sinne: alles Gute!

Mit unverändert kollegialem Gruß!
JOACHIM PAULS

Danke

Aufgrund der Befürchtung, die Regierung könnte das Erbschaftssteuergesetz verschärfen, verschenkten Vermögende in Deutschland zwischen den Jahren 2011 und 2014 Unsummen an ihre Kinder. 90 Kinder bekamen im Durchschnitt 327 Millionen Euro geschenkt – steuerfrei!

Einsicht

Schülerinnen und Schüler der Abschlussjahrgänge weisen auf-

Die Geschäftsstelle bleibt geschlossen vom 24.12.21 bis zum 2.1.22.

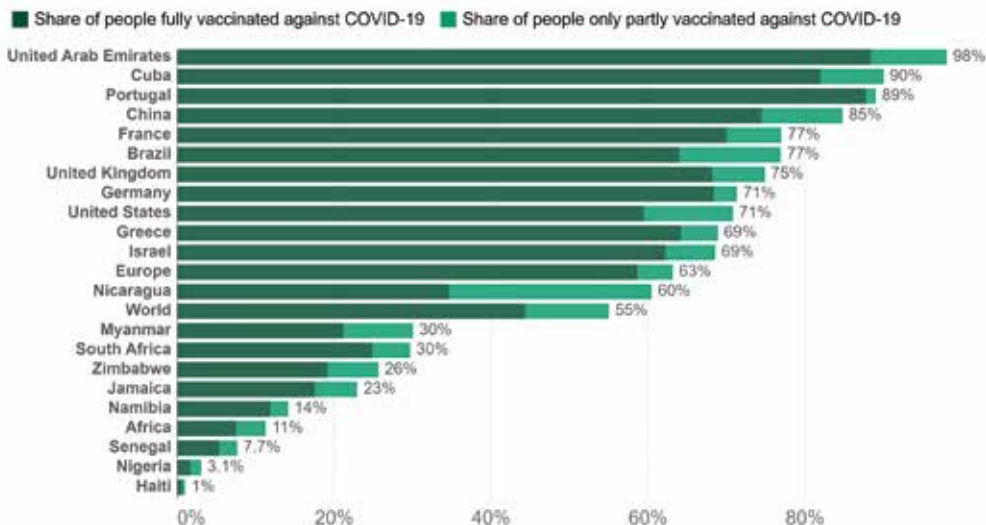
Frohe Weihnachten und ein gutes und glückliches neues Jahr!



Anteil der gegen Covid 19 Geimpften

Share of people vaccinated against COVID-19, Dec 5, 2021

Alternative definitions of a full vaccination, e.g. having been infected with SARS-CoV-2 and having 1 dose of a 2-dose protocol, are ignored to maximize comparability between countries.



Source: Official data collated by Our World in Data. This data is only available for countries which report the breakdown of doses administered by first and second doses in absolute numbers.
CC BY

Im September d. J. wurde auf einem Gipfeltreffen unter dem Vorsitz von Präsident Biden für die 92 ärmsten Länder das Ziel eines Impfschutzes von 40 Prozent festgelegt. Zweieinhalb Monate später ist die Wahrscheinlichkeit, dass dieses Ziel in mindestens 82 dieser Länder erreicht wird, gering. Bis Donnerstag hatten die USA, die immerhin für die Hälfte der gespendeten Impfstoffe verantwortlich sind, erst 25 Prozent der versprochenen Impfstoffe geliefert.

grund der monatelangen Schul-schließungen Lernrückstände auf. Beim Abitur würden die Themenbereiche deshalb etwas genauer eingegrenzt, so Schul-senator Ties Rabe nach einem Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern aller Schulformen. Zudem bekommen alle Schüler_innen in den Abiturklausuren 30 Minuten mehr Zeit. In Mathematik wird es zudem eine Wahlmöglichkeit zwischen mehreren Aufgaben geben. Um Missverständnisse bei den Aufgaben zu vermeiden, bekämen die Abiturient_innen darüber hinaus eine kurze Liste mit den wichtigsten Fachbegriffen. Auch würden die Lehrkräfte die besondere Lage bei der Notenfindung berücksichtigen.

Traurig

Während viele Industrieländer ihren Anteil an Geringqualifizierten unter den Erwachsenen zwischen 25 und 34 Jahren deutlich senken konnten, verharrt dieser in der Bundesrepublik bei 13 Prozent. Zum Vergleich: In Südkorea liegt der Anteil inzwischen bei 2 Prozent, in der Schweiz bei 6 Prozent und in Österreich bei 11 Prozent.

Schwach

Bezogen auf die Wirtschaftsleistung lagen die Bildungsinvestitionen in Deutschland nachden jüngsten OECD-Berechnungen mit 4,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts trotz einer Steigerung gegenüber den Vorjahren weiterhin deutlich unter dem Durchschnitt der Industrienationen von 4,9 Prozent

Noch 3 Ausgaben von dieser hlz-Redaktion

Auf dem Gewerkschaftstag im Mai 2022 wird laut Satzung der GEW-Hamburg die Redaktionsleitung der hlz neu gewählt. Unser Redaktionsleiter Joachim wird nicht mehr zur Wiederwahl stehen. Die Redaktionsarbeit wird dann von einer neuen Redaktion verantwortet – wenn sich denn eine neue findet (vgl. auch hlz 1-2/2021, S. 81). Ihr habt also die einmalige Chance, euch auf einen der interessantesten Jobs in der GEW zu bewerben! Nähere Informationen unter: geffersjoachim@gmail.com oder: info@gew-hamburg.de

DIE REDAKTION



SCHLUSS MIT
& END
FÜR VORSC





ZWANGSSTELLE
LICH E11
chullehrkräfte!

Schwieriger Abschluss in schwieriger Corona-Zeit

GEW Hamburg zum Ergebnis der Tarifrunde öffentlicher Dienst Länder

So, siehe Überschrift, hat die GEW Hamburg das Ergebnis der Tarifverhandlungen bezeichnet. „Viele Beschäftigte haben genau so wie wir mehr erwartet. Die Arbeitgeber waren aber leider nicht dazu bereit, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung in der Corona-Krise gerecht zu werden“, sagte der stellvertretende Vorsitzende der GEW Hamburg, Bodo Haß, am Montag nach dem Ende der Verhandlungen. „Zusätzlich zu den Gehaltserhöhungen haben die Gewerkschaften die Hauptforderung der Arbeitgeber abgewehrt, durch Zerstückelung von Arbeitsabläufen eine

schlechtere Eingruppierung vieler Beschäftigter durchzusetzen und damit Geld zu sparen. Das ist ein Erfolg, weil damit der Einsturz einer der Säulen der Tarifarchitektur verhindert worden ist.“

„Dieser Abschluss kann nicht zufriedenstellen. Er ist der besonderen Situation der Pandemie geschuldet. Während die Gewerkschaften sich hier verantwortungsbewusst verhalten haben und weitere Streiks in dieser brisanten Infektionslage vermeiden wollten, haben die Arbeitgeber die Lage schamlos ausgenutzt und damit kein gu-

tes Signal an die Beschäftigten gesendet, die gerade wieder ihre Gesundheit riskieren, um den öffentlichen Dienst am Laufen und die Schulen offen zu halten.

Die Änderung der Definition des Arbeitsvorgangs konnte verhindert werden. Diese Abwehrschlacht hat die GEW teuer bezahlt. Die Arbeitgeber machten alle strukturellen Forderungen, wie z.B. Verbesserungen in der Eingruppierung der Lehrkräfte oder die stufengleiche Höhergruppierung, davon abhängig. Somit bleibt nur ein linearer Abschluss, der in Zeiten hoher Inflation nicht zufrieden stellen



Da es in Potsdam nicht voranging um die Eingruppierung der schulischen Therapeut_innen und der Vorschulklassenleitungen ging, hat die GEW Hamburg bereits Kontakt zum Hamburger Arbeitgeber aufgenommen und deutlich gemacht, dass in der Hansestadt dringend eine Lösung für diese Berufsgruppen gefunden werden muss. „Hierüber will man nun wohlwollend beraten“, so unsere Tarifferferentin Birgit Rettmer, die der Verhandlungsrunde beiwohnen durfte.



Das Thema war noch in der letzten Verhandlungsnacht in Potsdam ein großer Konfliktpunkt. Am Ende war nicht mehr als eine Gesprächszusage erreichbar. In den Gesprächen solle es zunächst um eine „Bestandsaufnahme über die Beschäftigungsbedingungen der studentischen Hilfskräfte“ gehen. Das bedeutet aber auch: Zum Thema TV Stud besteht keine Friedenspflicht. Der Kampf geht weiter!

kann und eine – zugegebenermaßen – erfreulich hohe Coronaprämie für alle Beschäftigten als Tarifergebnis. Da es in der Eingruppierung der schulischen Therapeut_innen und der Vorschulklassenleitungen in Potsdam nicht voranging, hat die GEW Hamburg bereits Kontakt zum Hamburger Arbeitgeber aufgenommen und deutlich gemacht, dass in der Hansestadt dringend eine Lösung für diese Berufsgruppen gefunden werden muss. Hierüber will man nun wohlwollend beraten“, kommentiert Birgit Rettmer, Tarifexpertin der GEW Hamburg.

Info:

Die Kernpunkte des Tarifabschlusses:

- Corona-Sonderzahlung in Höhe von 1.300 Euro bis März 2022, steuer- und sozialabgabenfrei
 - 2,8 Prozent mehr Gehalt ab dem 1. Dezember 2022
 - Gesprächszusage über Beschäftigungsbedingungen für studentische Hilfskräfte
 - Höhere Zulagen für während der Corona-Pandemie besonders belastete Beschäftigten im Gesundheitsbereich
 - Vertragslaufzeit: 24 Monate
- Der Tarifabschluss 2021 gilt für rund 1,2 Millionen Ange-

stellte im öffentlichen Dienst der Länder. Die Gewerkschaften verlangen, dass das Tarifergebnis zeit- und wirkungsgleich auf die Bezüge der rund 1,3 Millionen Beamtinnen und Beamten sowie die rund eine Million Versorgungsempfängerinnen und -empfänger übertragen wird.

Ver.di hat gegenüber der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) die Verhandlungsführerschaft für die DGB-Gewerkschaften GEW, GdP und IG BAU sowie die dbb tarifunion.

Pressemitteilung der GEW Hamburg vom 29.11.21

Wie die GEW begrüßt auch Hamburgs DGB-Vorsitzende Tanja Chawla die Ankündigung von Finanzsenator Andreas Dressel, dass der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst zeit- und wirkungsgleich auf die Besoldung und Versorgung der Beamtinnen und Beamten übertragen wird. „Die Pandemie hat deutlich gemacht, wie wichtig ein handlungsfähiger öffentlicher Dienst ist. Deswegen muss auch die Arbeit der Beamt_innen fair und verfassungskonform besoldet werden.“

Gleichzeitig mahnt Chawla zeitnah weitere Maßnahmen zur Gewährleistung einer verfassungskonformen Besoldung in Hamburg an. „Der Senat sollte den bestehenden Konflikt zwischen Senat und Gewerkschaften um eine amtsangemessene Alimentation für die Zukunft beenden. Das nun anstehende Gesetzgebungsverfahren bietet hierzu die Möglichkeit.“

Ins Abseits geschossen

Die moderaten Lohnabschlüsse führen zu Kaufkraftverlust

Das Statistische Bundesamt hat für den September 2021 eine Steigerung des Verbraucherpreisindex um 4,1 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat gemeldet und damit den höchsten Wert seit 1993 markiert. Verantwortlich dafür sind vor allem die Erhöhungen der Energie- und Lebensmittelpreise.

Den Gewerkschaften ist ihre moderate Lohnpolitik nun auf die Füße gefallen. In den vergangenen 20 Jahren haben die Tarifabschlüsse zu keinen Reallohnsteigerungen geführt, bei den nicht tarifgebundenen Unternehmen und prekär Beschäftigten sogar zu massiven Lohnneinbußen geführt, die mit staatlichen Mitteln aufgestockt werden müssen und die Menschen trotz alledem nicht vor Armut schützen.

Im Folgenden wird die Komplexität gewerkschaftlicher Lohnpolitik beschrieben, die sich nicht damit begnügen sollte, sich an dem Verbraucherpreisindex zu orientieren und den Unternehmen die hohen Exporterlöse zu garantieren.

Das soziale Sicherungssystem ist in Deutschland auf die Lohnarbeit ausgerichtet, egal ob HARTZ-IV-Regelbedarfe mit ihrem Lohnabstandsgebot, die Höhe von Alters- oder Erwerbsminderungsrente, Kurzarbeiter-, Insolvenz-, Kranken- oder Arbeitslosengeld – alles richtet sich nach dem Arbeitsentgelt, den Löhnen aus den sozialversicherungspflichtigen abhängigen Arbeitsverhältnissen.

Wenn aber oben auf der politischen Agenda seit 30 Jahren der Ausbau des Niedriglohnssektors steht und die Reallöhne kontinuierlich gesunken sind, darf man sich nicht wundern, wenn auch

die an die Löhne gebundenen Sozialleistungen zu niedrig sind.

In der derzeitigen Krise wird der Ruf nach höheren Sozialleistungen als Einmalzahlung oder als zeitlich begrenzte regelmäßige Zahlung wieder lauter, ebenso die Forderung nach einer zurückhaltenden Lohnforderung an die Gewerkschaften – paradox: eigentlich zwei sich gegenseitig ausschließende Sachverhalte.

Reallöhne fielen dramatisch

Im 2. Quartal 2020 gab es bei den Reallöhnen ein Minus von 4,7 Prozent, im 3. Quartal von 1,3 Prozent und im 4. Quartal ein minimales Plus von 0,4 Prozent. Im 1. Quartal 2021 waren es minus 2 Prozent und im 2. Quartal ein Plus von 3 Prozent. Dieses Plus geht aber von den mit der Pandemie und den Krisenmaßnahmen extrem gesunkenen Löhnen aus. Das bedeutet, dass die Löhne immer noch weit unter dem Vorkrisenniveau liegen; aktuell noch bei einem Minus von über 5 Prozent.

Mit rund 5 Prozent weniger Realeinkommen für Millionen Menschen und zeitgleich deutlich über 4 Prozent Inflation sinkt das Einkommensniveau um fast 10 Prozent.

Tariferhöhungen im Minibereich

Während der tiefen Krise und mit Corona als Brandbeschleuniger haben sich viele Gewerkschaften völlig zurückhaltend gezeigt. So gab es kaum Arbeitskämpfe und durchweg niedrige Tarifabschlüsse. Die folgende Auswahl zeigt die Erhöhung brutto auf, die netto also noch geringer ist:

- Pflegebereich ab 1.4.21: Erhö-

hung von 1,4 Prozent

- Öffentlicher Dienst/ Gemeinden ab 1.4.21: Erhöhung von 1,4 Prozent
- Baugewerbe ab 1.1.21: Erhöhung von 2,1 Prozent
- Chemie ab 1.7.21: Erhöhung von 1,3 Prozent
- Druck ab 1.8.21: Erhöhung von 1 Prozent

Und die kürzlich mit massiven Streiks durchgesetzten Lohnerhöhungen bei dem Arbeitskampf der GDL von rund 3,3 Prozent (1,5 Prozent im Dezember 2021 und 1,8 Prozent im März 2022) liegen deutlich unter der Inflationsrate.

Nach den bis jetzt vorliegenden Tarifabschlüssen schätzt der Informationsdienst Wissenschaft die Erhöhungen 2021 auf durchschnittlich 1,6 Prozent brutto.

Ein effektives Gegensteuern der Gewerkschaften verhindern die sehr langen Laufzeiten, z.B. bei der IG Metall gilt der Abschluss für Metall und Elektro bis zum 30.9.22 und in anderen Bereichen gibt es Abschlüsse sogar bis 2023.

Gewerkschaftliche Lohnpolitik ist mehr, als um ein paar Prozentpunkte zu kämpfen.

Vielen an den Verhandlungen beteiligten Beschäftigtenvertreter_innen ist die Wichtigkeit der Lohnpolitik kaum bewusst. Der Lohnentwicklung kommt eine große gesamtwirtschaftliche und -gesellschaftliche Bedeutung zu, sie kann z.B. solche Auswirkungen entfachen:

- Löhne bzw. Entgelte sind der größte Kostenfaktor für die Unternehmen, deshalb hat die Auseinandersetzung um sie immer einen besonderen Stellenwert für die Gewerkschaftsbewegung. Lohn- und

Entgelterhöhungen steigern die Konsumnachfrage, stabilisieren damit die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und tragen so zur Sicherung der Arbeitsplätze bei, ohne dass von der Lohnseite inflationstreibende Effekte ausgehen.

- Wenn die Einkommen durch höhere Tarifabschlüsse steigen, schlägt sich das auch bei den Renten nieder. Entscheidend für die Rentenberechnung ist die Entwicklung der Bruttolöhne. Der Rentenwert ergibt sich aus den Bruttolöhnen des Vorjahres. Steigen diese an, wird auch dieser Wert angehoben.
- Lohndumping der letzten Jahre bei uns mit seinen geringen Lohnstückkosten ist eine der wichtigsten Ursachen für die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse, für das Auseinanderlaufen der Wettbewerbsfähigkeit der Mitglieder der Europäischen Währungsunion

delsüberschüsse oder -defizite gibt. Auch der europäische und weltweite Markt funktioniert so: Wächst eine Volkswirtschaft, so muss eine andere naturgemäß schwächer werden. Das Vermögen der einen sind die Schulden der anderen.

- Das Märchen von der Lohnentwicklung, die von den Tarifparteien ausgehandelt wird, wird zwar immer wieder erzählt, dadurch aber nicht zutreffender. Lohnpolitik ist abhängig von der Wirtschaftspolitik der Regierung, was seit der Agenda 2010 und der Hartz -Gesetze einfach zu belegen ist.
- Kaum jemand weiß, dass der Hartz IV-Satz den Freibetrag aller Einkommensteuerzahler_innen bestimmt (2021 beträgt dieser 9.744 Euro im Jahr). Das heißt, je geringer die Steigerung des Hartz IV-Satzes ausfällt, desto mehr Steuern fallen für die Beschäftigten an.

mit der Folge, dass die Preise bis zum Sommer 2021 bei uns nicht anstiegen. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbesserte sich um fast 25 Prozent. In Südeuropa stiegen die Preise enorm an, die Waren und Dienstleistungen verteuerten sich gegenüber dem Ausland immens – mit den bekannten Folgen.

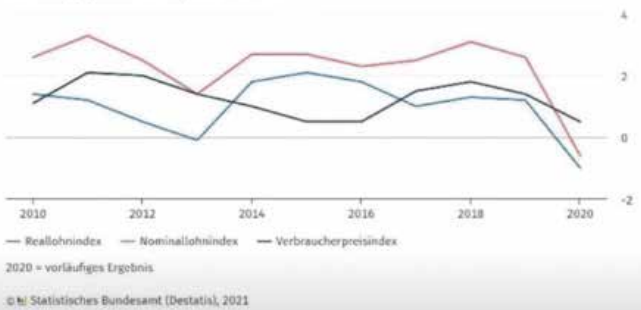
- Die Lohnentwicklung hat maßgeblich zur Verarmung beigetragen, mit Auswirkungen bis in die sogenannten Mittelschichten hinein.
- Die Umverteilung von unten nach oben ist als Ursache für die wirtschafts- und finanzpolitische Krise seit nunmehr 12 Jahren zu sehen. Die wachsende Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen hat nachweislich zur Destabilisierung des gesamten Finanzsystems beigetragen.

Den Gewerkschaften sollte das Lob der organisierten Unternehmerschaft im Ohr klingeln, das nach den Tarifabschlüssen der letzten Jahre erklang. Übersetzt lautet der Singsang, dass die Belastungen der Unternehmen deutlich unter denen der Vorjahre liegen, dass die Laufzeiten deutlich länger sind und dass den Unternehmen die Möglichkeit gegeben wird, Teile des Abschlusses differenziert anzuwenden.

Die „Niedriglöhner_innen, Aufstocker_innen und prekär Beschäftigte“ – oder wie die von Armut und Überschuldung bedrohten Menschen auch immer genannt werden – können sich von dem Lob der Unternehmer_innen und vom Stolz der gewerkschaftlichen Verhandlungsführer_innen nichts kaufen und die Tarifbeschäftigten von dem Plus von real 1,1 Prozent auch nicht viel mehr.

LAURENZ NURK
Gewerkschaftsforum.de
vom 14.11.2021 vor dem
Tarifabschluss der TVL am 29.11.

Entwicklung der Reallohne, der Nominallohne und der Verbraucherpreise
Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %



(EWU), für die Handelsungleichgewichte und somit eine Hauptursache der Eurokrise.

- Die gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung ist verantwortlich für das Außenhandelsgleichgewicht, ob mehr importiert als exportiert wird. Wenn der meiste Handel auch noch mit Ländern im gleichen Währungsraum stattfindet, sind die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten im Vergleich zu denen der Währungspartnerländer der wichtigste verbleibende Faktor dafür, ob es Han-

- Die gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung hat einen besonderen Einfluss auf die Entwicklung der Preise, weil die Vorleistungen, die die Industrie neben dem Faktor Arbeit zur Produktion benötigt, auch von den anfallenden Kosten bestimmt werden. Diese Vorleistungen bestehen gesamtwirtschaftlich betrachtet vor allem aus Lohnkosten.
- Seitdem der Euro eingeführt wurde, blieben die Löhne in Deutschland bzw. Lohnstückkosten auf niedrigem Niveau,

The answer my friend...

Warum es unmöglich scheint, die faktisch gegebenen Unterrichtsstunden der Kolleg_innen zu ermitteln

In der letzten Ausgabe der hlz (S. 16/17) haben wir die historische Entwicklung der Anzahl der Stunden, die eine Lehrkraft vor der Klasse steht, dargestellt. Bei der Erstellung der Tabelle hierzu hatte Sisyphus Pate gestanden. In der letzten Spalte (ab 2003) fällt auf, dass statt einer Zahl für die zu unterrichtenden Stunden die von der Behörde festgelegte Gesamtarbeitszeit für ein Woche

genannt ist. Ich sage bewusst „festgelegte“ und nicht „ermittelte“, denn die zu ermitteln scheint nahezu unmöglich.

Dies gibt der Behörde die Möglichkeit, jegliche Kritik, man komme mit diesen Stunden nicht aus, mit dem Argument abzubügeln, dass es das eigene Verschulden sei, da doch das Maß von 46,57 Stunden als auskömmlich vorgegeben sei. Wer

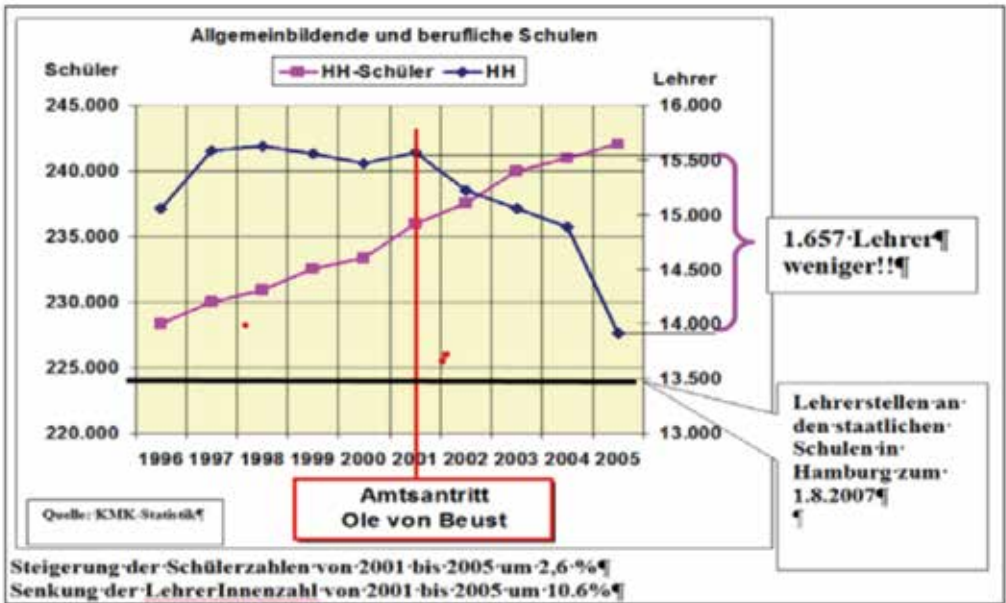
mehr arbeitet, sei also nicht dazu in der Lage, sich arbeitsökonomisch sinnvoll zu organisieren!

Man kann diese Argumentation zynisch, im besten Fall technokratisch nennen, sie zeigt aber vor allem, dass das Besondere an der pädagogischen Arbeit, wenn sie sich denn ihrem Bildungsauftrag verpflichtet fühlt und den Menschen als Ganzes sieht, nicht ernst genommen wird. Auch das haben wir versucht in der letzten Ausgabe ins Bewusstsein zu rücken.

Was wir nicht gemacht haben, ist eine Bestandsaufnahme der tatsächlich gegebenen Unterrichtsstunden. Diese Zahlen gibt es unserer Kenntnis nach nicht oder sie sind nicht valide oder uns nicht zugänglich. Ja, es gab Versuche, sie heraus zu bekommen. Die Ergebnisse dieser Bemühungen von gewerkschaftlicher Seite waren immer nur Ausschnitte, da nicht alle Betroffenen gefragt werden konnten; die Ergebnisse der Behörde wiesen Unwägbarkeiten auf, die kein genaues Abbild zuließen. Kritiker innen sprachen zurzeit der Einführung des AZM von Tuschenspielertricks, mit denen die Behörde die Auswirkungen auf die Personaldecke im Rahmen eines umfangreichen Sparprogramms unter der CDU geführten Ole von Beust-Regierung mit seinem zunächst ins Amt gesetzten FDP-Schulsenator Herrmann Lange – seines Zeichens Konteradmiral der Marine – und dessen Nachfolgerin Dinges-Dierig zu kaschieren versucht hatte.

Die eingesetzte Kommission, die die Aufgabe hatte, die Lehrerarbeitszeit neu zu organisieren, sollte, so wörtlich, „im





Quelle: Hans Voß, 2012: die differenzierte Darstellung inkl. der öffentlichen Auseinandersetzung in den Medien dazu findet sich unter: <https://www.vossbh.de/Lehrerarbeitszeit/Bedarfsgrundlagen.html>

Gigantischer Aderlass an Stellen im Zuge der Einföhrunges AZM (Arbeitszeitmodells), was bis heute nur rätselhaft eine Antwort auf die Frage, wie viel Stunden die Kolleg_innen vor der Klasse stehen, zulässt

Rahmen einer Effizienzsteigerung und zur Bedarfsdeckung einen signifikanten Beitrag an ersparten Lehrerstellen erarbeiten“. Das stand im klaren Widerspruch zu Langes immer wiederholten Aussagen: „Durch das neue Arbeitszeitmodell soll kein Sparbeitrag geleistet werden.“

Rosemarie Raab, ehemalige langjährige SPD-Schulsenatorin, beschrieb das vorgelegte Modell der Kommission so: „Das ... Modell ... geht nicht von der tatsächlichen Lehrerarbeit aus, sondern von den festgesetzten Lehrerstellen. Auf der Basis einer 40-Stunden-Woche rechnet es das Arbeitszeitvolumen aus, das zur Verfügung steht und ordnet dann den vielfältigen Tätigkeiten Zeitwerte zu, unabhängig davon, welcher Zeumfang realistischer Weise für die jeweilige Aufgabe anzusetzen ist.“ Für Raab - und nicht nur für sie - war das Modell ein „Arbeitszeitvermehrungsmodell“ und „eine schulpolitische Nebelkerze“. (Zitate aus hlz 1/2013, Hans Voß: 10 Jahre Hamburger Lehrerarbeitszeitmodell)

Parallel zur Einführung der

Berechnung der individuellen Arbeitszeit konnte nun mächtig gespart werden. Das Argument der Auskömmlichkeit war hierzu quasi der Freifahrtschein. Man muss kein Mathegenie sein, um zu erkennen, dass bei steigender Schüler_innenzahl, wenn sie von einer abnehmenden Zahl von Lehrer_innenstellen begleitet ist, dieses Mehrarbeit für die Kolleg_innen bedeutet. (s. Grafik)

Die Angaben beziehen sich nicht auf Stellen, sondern auf sogenannte Vollzeitlehreräquivalente.¹

Die jüngsten umfangreichen Untersuchungen, die ganz allgemein auf dem Gebiet der Lehrer_innenarbeitszeit gemacht wurden, stammen von der Universität Göttingen, wo unter der Leitung von Frank Musmann eine Arbeitsgruppe im Auftrag der GEW versucht hat, die tatsächliche Arbeitszeit von Lehrer_innen in Niedersachsen zu ermitteln (die hlz berichtete

¹ Bei der Berechnung von Vollzeitlehreräquivalenten werden die vollzeit-, teilzeit- und stundenweisebeschäftigten Lehrkräfte entsprechend dem belegten Stellenanteil berücksichtigt.

5-6/2015, S. 14f).

Die Ergebnisse sind eindeutig: Danach arbeiten Lehrer_innen mehr als die sonst üblichen im öffentlichen Dienst tariflich festgelegten Wochenstunden, was in Hamburg noch getoppt wird. (Vgl. Anja Bensinger Stolze in: Schluss mit den Falschmeldungen – in Hamburg arbeiten Lehrkräfte mehr als in anderen Bundesländern. In: hlz 12/2019, S. 10ff)

Diese rein quantitativen Untersuchungen sind zwar ein notwendiges Mittel, bieten aber keine hinreichende Aussage über die tatsächliche Belastung, weil sie das Substanzielle – die mentale- und psychische Belastung der Pädagog_innen – außen vor lassen.

Ein interessantes Phänomen in diesem Zusammenhang ist allerdings die Erkenntnis, dass über alle Zeiträume hinweg, in denen es diese Versuche gab, die Arbeitszeit von Lehrkräften quantitativ zu ermitteln, die Ergebnisse eng beieinander liegen. Man stellt fest, dass die ermittelte Arbeitszeit insgesamt sich immer im Bereich fifty/fifty bewegt

Kurztitel: Autor (Jahr)	Jahr der Empirie	Bundesland	Jahresarbeitszeit im ÖD (SOLL)	Arbeitsstd. pro Schulwoche (IST)	
				ohne Ferienarbeit	mit Ferienarbeit
Mußmann / Riethmüller / Hardwig (2016)	2015-2016	NI	1.784	44,9*	48,3*
Mußmann / Riethmüller (2014)	2014	NI	1760	46,3	49,8
Schaarschmidt u.a. (2007)	2006	NRW	1.716*	53,2*	56,8
Schaarschmidt u.a. (2005, 2007)	1995-2006	BRD	1.732*	52,9	n.v.
Gehrmann (2003)	1994-1999	BE, BB	1.770*	44,5	47,5*
Mummert + Partner (1999)	1997	NRW	1702	45,9*	49,0
Holtappels (1999)	1996	HE	n.v.	46,4-50,8	n.v.
Hübner (1995) u. Hübner / Werle (1997)	1994	BE	1.770*	47,6	50,8*

* Eigene Berechnung

Zentrale Befunde wurden immer wieder bestätigt: „Lehrkräfte sind aufgrund zu hoher Arbeitszeitvorgaben gegenüber vergleichbaren Beschäftigten im Öffentlichen Dienst im Mittel schlechter gestellt.“ (Mussmann 2019)

hat (s. Grafik), d. h. also: Auf die geleisteten Unterrichtsstunden kommt noch einmal die gleiche Zahl an Stunden für Vor- und Nachbereitung, Konferenzen, Elternarbeit etc. hinzu.

Der Kardinalfehler

Nimmt man dieses Verhältnis gemäß LAZVO zur Grundlage, so wäre bei 23 Unterrichtsstunden das vorgegebene Maß erfüllt. Dies entspräche vielleicht dem Status quo, wenn denn alle Kolleg_innen nur diese Zahl an Stunden vor der Klasse ständen. Aber halt! Wer hat sich dies überhaupt ausgedacht, dass ein Teil der unterrichtsfreien Zeit keine Arbeitszeit sein soll? Wieso soll eine Lehrkraft diese ominösen 46,57 Stunden in der Woche arbeiten, also sieben Stunden mehr

als sonst im öffentlichen Dienst und ja auch sonst üblich?

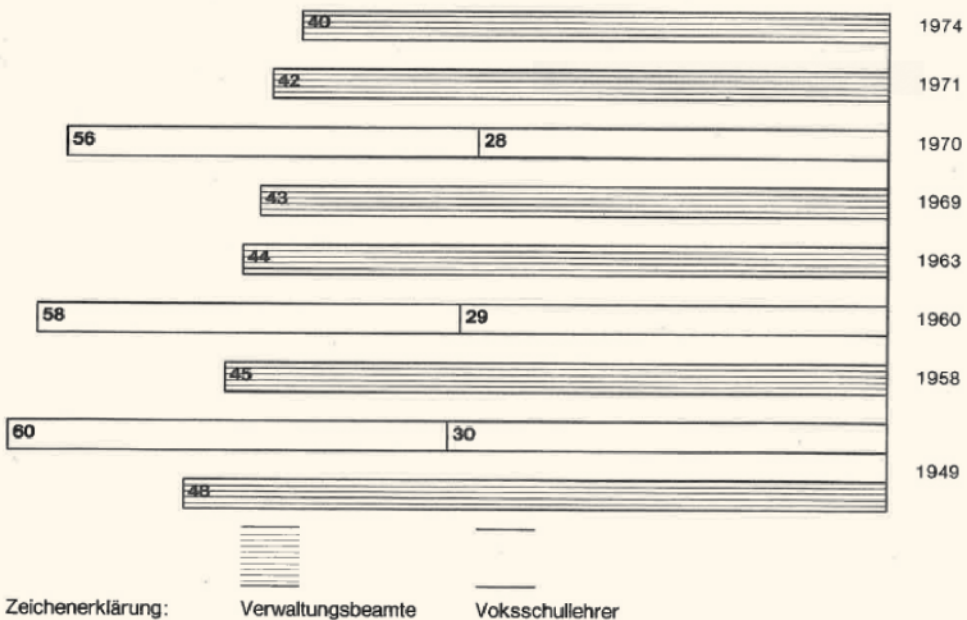
Diese Einberechnung der Differenz zwischen Urlaubsan-

Wer's genau wissen will

Unser Kollege Hans Voß hat über Jahre seit Einführung des Arbeitszeitmodells den Prozess der Implementierung in das, was heute die Lehrerarbeitszeitverordnung (LAZVO) ausmacht, verfolgt. Es gibt hierzu von ihm zahlreiche Veröffentlichungen, u.a. in der hlz. Auf der Homepage unter: <https://www.voss-hh.de/Lehrer-arbeitszeit/> finden sich sowohl historische als auch bis in die Gegenwart reichende Informationen, die Licht ins Dunkel bringen.

spruch im Öffentlichen Dienst und der unterrichtsfreien Zeit, vulgo: Ferien, in die wöchentliche Arbeitszeit konnte nur jemandem einfallen, der die Praxis der Lehrer_innenarbeit nie selbst kennengelernt hat. Konkret: wie man erschöpft in die Ferien „fällt“ und der Körper nicht selten sein Recht einfordert, indem er einen grippalen Infekt einlädt, um einen zur Ruhe zu zwingen. Eine Lehrerin oder ein Lehrer hätte gewusst, dass diese unterrichtsfreie Zeit absolut notwendig ist, um die immense psychisch-soziale Belastung auszuhalten. Diese „Ferien“ sind die Voraussetzung, um dauerhaft den Anforderungen des Lehrer_innenberufs zu genügen und den Herausforderungen zu trotzen. Und zu guter Letzt: Wann, wenn

Arbeitsverkürzungen von 1945 bis 1974



Grafik und Zahlenangaben aus: Ludolf Meivius, Zur Geschichte der Lehrerbearbeitung von 1870-1970, Hrsg.: GEW/Landesverband Hamburg 1983

Um 1870 waren die Lehrer_innenarbeitszeit und die übliche Arbeitszeit von Beamt_innen im Öffentlichen Dienst noch gleich. Verwaltungsbeamte hatten eine wöchentliche Arbeitszeit von 60 Stunden. Dies entsprach bei den Volksschullehrern einer Unterrichtsverpflichtung von 30 Stunden. (Man rechnete damals 2 Verwaltungsstunden entsprechen 1 Unterrichtsstunde + 1 Stunde für alle Vor- und Nachbereitungen). Frauen arbeiteten deutlich weniger („nicht mehr als 22 Stunden“, so wörtlich!). Faktisch lagen die Zahlen deutlich unter diesen verwaltungsrechtlichen Vorgaben, weil es großzügige Altersermäßigungen gab. Im Jahr 1891 arbeiteten Volksschullehrer im Schnitt 27,3, ihre Kolleginnen 21,7 Stunden. 1909 betrug dieser Wert nur noch 25,1 Stunden, bei Frauen 19,5.

Gymnasiallehrer unterrichteten um 1870 nie mehr als 22 Stunden, was in den Folgejahren schwankte, aber maximal auf 24 Stunden erhöht wurde. Die Schulleitung konnten aber auch deutlich geringere Stundenverpflichtungen vergeben.

Während sich bei den Verwaltungsbeamt_innen wie in den allermeisten anderen Berufsgruppen eine deutliche Veränderung bemerkbar gemacht hat, gehen Lehrkräfte bis heute nahezu leer aus. Der Landesvorsitzende der Hamburger GEW Rainer Griep forderte bereits 1983 im Vorwort zu dem als Quelle für die oben stehende Grafik genannten „Schwarzbuch“ „...die Wiederherstellung der Arbeitszeitrelation von 1:1, also eine Unterrichtsverpflichtung von 20 Stunden.“

nicht in der unterrichtsfreien Zeit, sollen die Voraussetzungen zur Erfüllung des Bildungsauftrags, sprich: sich kulturell weiterzubilden, eigentlich geschaffen werden, wenn nicht in der unterrichtsfreien Zeit?

Die Trennung zwischen Arbeits- und Freizeit funktioniert also nicht. In der letzten Ausgabe stellten wir den auf den ersten Blick absurden Vergleich an, indem wir fragten: Wieviel WAZE Picasso denn für's Pinselwaschen in Anrechnung bringen konnte. Auf den nächsten Seiten findet ihr einen Persönlichkeits-

test, der euch zeigt, wie man, bezogen auf die Lehrer_innentätigkeit, dann doch die eine oder andere Analogie zum Schaffen Picassos herausfinden kann.

Noch sind wir also weit entfernt von einer Situation, die Arbeit und Freizeit in eine Balance bringt. Dazu würde gehören, dass Arbeit und Freizeit als Einheit gedacht werden muss.

Die Voraussetzungen für eine nachhaltige Veränderung sind gegeben: Die Produktivitätsentwicklung der letzten hundert Jahre bietet genügend Spielraum, um auch uns Lehrer_innen

Teilhaber an diesem Wachstum in Form von weniger Arbeitszeit zu gewähren. Umso mehr ist es ein Skandal, dass Pädagog_innen in Sachen Arbeitszeit die letzten 100, ja – man kann das sogar erweitern: die letzten 150 Jahre, leer ausgingen. Gepaart mit den gewachsenen Anforderungen durch die in mehrfacher Hinsicht zugenommene Heterogenität der Schüler_innenschaft ist unsere Forderung nach „nicht mehr als 20 Stunden vor der Klasse“ also mehr als gerechtfertigt.

JOACHIM GEFFERS

Test

Prüfe einmal selbst, ob und inwieweit du der Meinung bist, dass das, was du im Alltag und in der unterrichtsfreien Zeit (vulgo: Ferien) machst, als Arbeitszeit anzuerkennen ist. Zähle die Ja-Kreuze zusammen.

Situation	Arbeitszeit jeweils ankreuzen	
	ja	nein
1. Du sitzt abends vor dem Fernseher und kuckst Anne Will		
2. Du sitzt abends vor dem Fernseher und kuckst „Deutschland sucht den Superstar“		
3. Du sitzt abends vor dem Fernseher und kuckst „Casablanca“		
4. Du redest beim Abendbrot mit deinen Mitbewohner_innen über die Probleme in eurer Klasse		
5. Du diskutierst beim Abendbrot mit deinen Mitbewohner_innen, ob die Gehälter der Profifußballer gerechtfertigt sind		
6. Du diskutierst beim Abendbrot mit deinen Mitbewohner_innen, ob es richtig ist, deine Schwiegermutter ins Altersheim zu bringen		
7. Du träumst schlecht, weil das veränderte Verhalten einer Schülerin/eines Schülers dir Sorge bereitet		
8. Du wachst nachts auf und machst dir Gedanken über den morgigen Unterricht		
9. Du wachst nachts auf und Ärger über das Geschehen auf einer Konferenz steigt hoch		
10. Du denkst über das Gespräch mit eurer Abteilungsleitung nach, das du führen willst, um den Unterricht anders zu gestalten		
11. Du hast Albträume: Deine Schulleitung verfolgt dich bis auf die Toilette, um zu fragen, wann du endlich die Klausuren zurück gibst		
12. Du hast mit dem Personalrat eurer Schule darüber geredet, was man konkret an der Schule machen kann, um die Belastung zu verringern		
13. Du hast nachmittags Zeitung gelesen und dich über das aktuelle politische Geschehen in der Stadt informiert		
14. Du hast nachmittags im Feuilleton der Wochenzeitung Buch- und Filmrezensionen gelesen		
15. Du hast nachmittags Zeitung gelesen und erfahren, dass Thomas Gottschalk wieder eine „Wetten das – Show“ dem Fernsehpublikum bereitet		
16. Am Wochenende gehst du zum Bücherschrank und liest Heinrich Mann „Der Untertan“		
17. Am Wochenende liest du das neue Buch von Julie Zeh „Über Menschen“		
18. Am Wochenende liest du die aktuelle hIz und ärgerst dich über einen Artikel, der dir die Welt erklären will		
19. Am Wochenende liest du die Werbewurfsendung von Rewe, Lidl und Aldi etc.		
20. Am Wochenende siehst du im Theater „Emilia Galotti“		
21. Am Wochenende gehst du ins Musical „Tina“		
22. Am Wochenende gehst du ins Kino und kuckst den neuesten James Bond		
23. Am Wochenende gehst du ins Kino und siehst von Buñuel „Der diskrete Charme der Bourgeoisie“		
24. In den Ferien gönnst du dir am ersten Tag in der Bar deines Hotels eine Dosis Alkohol, um zu versuchen, den Frust des Schulalltags hinter dir zu lassen		
25. In den Ferien liegst du am Strand von Fuerteventura und ein in prekären Verhältnissen lebendes Kind geht dir nicht aus dem Kopf		
Summe der Kreuze für ja		

Dr. Sigismund Freund analysiert

Bis zu 10 Punkten

Du unterscheidest zwischen beruflichen und privaten Anliegen. Du siehst dich primär als Wissensvermittler_in. Dabei vermisst du oft die Anerkennung seitens der Schüler_innen. Dies führt dazu, dass du Vieles, was indirekt mit Schule zu tun hat, verdrängst. Die Folge ist, dass du dich oft abgespannt und erschöpft fühlst und dir dafür die Schuld gibst. Du glaubst, du seist den Aufgaben nicht gewachsen. Du siehst deine vermeintlichen zeitlichen Freiräume als Privileg, erkennst dabei aber nicht, dass dich die Aufgabe, die du als Pädagog_in übernommen hast, als ganzen Menschen fordern. Wahrscheinlich hast du den Fernsehkonsum, der landläufig als Trash angesehen wird, als nicht zur Arbeitszeit gehörend klassifiziert. Dies verunmöglicht, dass du deinen Schüler_innen, von denen die Mehrheit diese Art von Sendungen sieht, einen authentischen Umgang im, nennen wir es: Kulturaustausch anbieten kannst.

10 bis 20 Punkte

Du unterscheidest meist zwischen beruflichen und privaten Anliegen. Du scheust dich bspw. anzuerkennen, dass ein Liegen am Strand, bei dem dir die Probleme deiner Schüler_innen durch den Kopf gehen, zu deiner Arbeit gehört. Auch in Bezug auf nächtliche Unruhe, bei der dir die anstehenden Aufgaben vor der Klasse durch den Kopf gehen, bist du dir nicht sicher, ob du dies als Arbeit ansehen kannst. Du siehst ebenfalls nicht, dass die Unterscheidung zwischen U und E-Musik auch für Literatur und Film gilt. Du magst vielleicht nicht anerkennen, dass Alles, was uns außerhalb der unmittelbaren Arbeit beeinflusst, Ausdruck von Kultur ist und unsere Persönlichkeit formt. Selbst,

wenn du dir die Hauswurfsendung der Discounter über die Angebote der Woche ansiehst, hat dies etwas mit unserer Alltagskultur zu tun, weil es Leute geben muss, die studieren, wo die 200g Hinterschinken vom Schwein am billigsten sind. Nur wenn wir uns mit allen Facetten der Alltagskultur beschäftigen, begreifen wir, wie unsere Schüler_innen ticken. Das Besondere unserer Profession besteht eben darin, dass wir diese Kultur als Grundlage brauchen, um sie an unsere Schüler_innen weitergeben zu können.

21 bis 25 Punkte

Du bist auf dem besten Weg zu begreifen, dass die Schüler_innen unsere gesamte Persönlichkeit in Anspruch nehmen. Das, was unsere Individualität ausmacht, führt zu einem ganz unterschiedlichen Herangehen an die Schüler_innen. Du machst die Erfahrung, dass es kaum Kolleg_innen gibt, die nicht überfordert sind. Dabei ist es fast gleichgültig, ob du dich als reine_n Wissensvermittler_in oder als Pädagog_in siehst, die/der die Kinder in all ihrer Unterschiedlichkeit sieht. Die reine Fachlichkeit verhindert oft, dass die Schüler_innen sich dir emotional zuwenden, auch das bedeutet Stress! Die Alternative kostet ebenso viel Kraft. Nur mit dem Unterschied, dass wir damit dem Wahren, Schönen und Guten und damit unserem Bildungsauftrag vielleicht etwas näherkommen. Dies erfordert Muße und die hast du unter den gegebenen Bedingungen aber nicht im ausreichenden Maße. Neudeutsch: deine „Life-balance“ muss also neu eingerichtet werden, was nur gelingen kann, wenn die Stunden vor der Klasse deutlich weniger werden. Du wartest eigentlich nur noch auf das Zeichen deiner Gewerkschaft, um dafür auf die Straße zu gehen.

25 Punkte

Du begreifst dich und das, was du als Lehrkraft tust, als Gesamtkunstwerk. Wenn du um den Verbleib deiner Schwiegermutter diskutierst, hast du richtig erkannt, dass dahinter auch ein gesellschaftliches Problem steht. Die Diskussion um das Miteinander der Generationen gehört natürlich auch in die Schule. Und selbst, wenn in die Frustrationen hinter die Binde kippt, ist dies mit deinem beruflichen Alltag verwoben. Es verbietet sich also, zwischen beruflichen und persönlichen Aktivitäten zu unterscheiden. Dies macht es dir leicht, für „weniger Stunden vor der Klasse“ auf die Straße zu gehen, da du davon überzeugt bist, dass erst eine Arbeitszeitregelung, die dem Anspruch auf Erfüllung des Bildungsauftrages gem. § 2 HMBG gerecht wird, geschaffen werden muss, um dem jetzigen Elend von Stress und Überforderung zu entkommen.

Leuchtfener

Spätestens am Namen des Analysierenden hast du gemerkt, dass du das Ergebnis nicht allzu ernst nehmen sollst. Es ging dem Testkonstrukteur lediglich darum, Bekanntes noch einmal deutlich zu machen: dass alle, die als Pädagog_innen vor der Klasse stehen, sich – bewusst oder unbewusst – mit der ganzen Person einbringen. Die ganze Person beinhaltet mehr als die reine fachspezifische Weitergabe von Wissen. Wenn wir den Schüler oder die Schülerin als Ganzes betrachten wollen, dann funktioniert das nur, wenn wir auch selbst bereit sind, uns als Ganzes auf sie einzulassen. Und das ist die Krux: Dies führt zu dem Stress, der nicht selten in Krankheit endet, weil man ständig unter Zeitdruck steht. Deshalb: 20 Stunden vor der Klasse sind genug!

JG

Besser als ihr Ruf

Sinnvolle Gefährdungsbeurteilungen kosten Zeit – können aber auch zeitliche Entlastung bringen

„Die bringt doch nichts!“
„Verschwendete Zeit!“ „Da kommt am Ende doch nur ein zusätzliches unnötiges Kommunikationstraining für uns raus. Das ist keine echte Entlastung und ändert nichts an den Verhältnissen!“

Das hört man häufig, wenn man überlasteten Schulbeschäftigten die Gefährdungsbeurteilung als Weg zur Entlastung ans Herz legt oder generell nach eigenen Erfahrungen mit der GBU fragt. Manche an Schule beschäftigte Person wird sich in diesen Aussagen wiederfinden. Andere fragen sich jetzt vielleicht, was denn diese GBU überhaupt ist?

Personalräte sind um die Klärung bemüht. Sie lernen und erfahren dabei, dass

- ein so einschneidendes Ereignis wie die Pandemie eine coronabezogene GBU erforderlich macht, um die zusätzlichen Aufgaben und Anforderungen in dieser Zeit als mögliche Gefährdungen zu berücksichtigen;
- vor Einführung von Dienstgeräten eine physische GBU stattfinden muss, um das Gerät und den Arbeitsplatz ergonomisch und tätigkeitsbezogen angemessen auszugestalten;
- die Anerkennung dieser gesetzlichen Mitbestimmung nicht automatisch geschieht;
- es notwendig ist, Feststellungsverfahren anzustoßen und Initiativanträge zu formulieren;
- dies rein formale und gesetzlich vorgegebene Verfahren sind, die als Affront wahrgenommen werden und die Beziehungsebene belasten können.

Gespräche ersetzen keine Mitbestimmung!

Hat das Ganze System?

Nach alternativen Anbietern für psychische GBU wird gesucht, da die Sinnlosigkeit auch immer wieder den Anbietern, insbesondere auch dem LI, zugeschrieben wurde. Man kann aber feststellen, dass es nicht nur das LI als Hauptanbieter ist, was gerade die psychische GBU so sinnlos und zeitverschwendend erscheinen lässt. Es scheint System zu haben.

Neben der Möglichkeit, eine Gefährdungsanzeige persönlich oder als Gruppe zu stellen (fälschlich meist „Überlastanzeige“ titulierte), ist die Gefährdungsbeurteilung eine gesetzlich vorgeschriebene Methode, mittels derer man anonymisiert und tätigkeitsbezogen die Ursachen für Belastungen analysiert und aufgrund der Ergebnisse Maßnahmen zur Beseitigung der Ursachen beschließt. Es geht also um Belastungen durch Tätigkeiten bzw. genauer: deren Umfang und Organisation, räumlicher oder zeitlicher Verortung oder technischer Ausgestaltung usw. Ein mächtiges Instrument, das bei den Bedürfnissen der Beschäftigten ansetzt und stetig wiederholt werden muss, um wirklich wirksam sein zu können. Und die Maßnahmen, die daraus folgern, können kostspielig sein. Dies dürfen jedoch keine Argumente gegen GBU und notwendige Maßnahmen sein. Was aber, wenn keine Argumente gegen dieses mächtige und wirksame Instrument greifen?

Verantwortungsdiffusion

In der Ausbildung von Schulleitungen ist der Arbeits- und Gesundheitsschutz nicht ver-

bindlich vorgegeben. Viele Leitungen wissen somit gar nicht, dass sie gesetzlich verantwortlich und sogar verpflichtet sind, salutogen, also: fürsorglich, gegenüber den Beschäftigten zu handeln und für gesunderhaltende Arbeitsbedingungen zu sorgen. Sie wissen nicht, dass sie regelmäßig psychische und physische GBU in vielerlei Bereichen durchzuführen haben, und zwar: vor der Neueinführung von Arbeitsgeräten (Lüfter, Dienstgeräte, ...), Veränderungen der Arbeitsweisen (Homeschooling, Hybridunterricht, ...), bei angezeigten Schwangerschaften oder auch Infektionsschutzmaßnahmen (AHA-L-Regeln, welche in Schule verpflichtend sind). Die Verantwortlichkeit wird gerne von der Leitung zur Behörde und von dieser wieder zurück an die eigenverantwortliche Schule gegeben. Auch die gesetzlich vorgeschriebene Mitbestimmung der Personalräte bei Maßnahmen wird außer Acht gelassen oder sogar pauschal abgewiesen. Personalräte und Beschäftigte müssen hier sehr wachsam sein, um am Ende nicht als Verlierer dazustehen.

Zeitliche Verschleppung

Wenn es dann endlich zur GBU kommt, ist der Apparat um sie herum mächtig aufgeblasen. Bis die Ergebnisse der im Verhältnis schnell zu bearbeitenden Umfragen vorliegen, haben meist mehrere Sitzungen von Schulentwicklungsgruppen, Gesundheitszirkeln, Gesamtkonferenzen und Personalräten sowie Leitungsrunden stattgefunden. An manchen Schulen braucht es von der ersten Absichtserklärung

zu einer GBU bis zur Präsentation der Ergebnisse Jahre.

Fehlender Einbezug von Betroffenen und Personalräten

Bei GBU für Schwangere wird die Schwangere selbst häufig gar nicht erst über diese informiert. Der formale Fragebogen kann von der SL ohne Beisein der Kollegin ausgefüllt und abgeholt werden. Eine Unterschrift ist nur von der Leitung erforderlich, nicht von der Kollegin. Ob Maßnahmen abgeleitet wurden (z.B. keine Pausenaufsicht, Unterricht in ruhigeren Klassen, Einsatz im additiven Förderprogramm statt im Unterricht), erfährt die Kollegin meist formal oder in einem kurzen Gespräch. Dem Personalrat werden diese Maßnahmen zum Schutz der Schwangeren bzw. des Ungeborenen nicht unbedingt zur Mitbestimmung vorgelegt. Die Bedürfnisse der Schwangeren werden somit selten berücksichtigt (z.B. ein separater Ruheraum, ein besonderer ergonomischer Arbeitsplatz in der Schule, ein individuell angepasster Stundenplan, ...). Gerade hier könnte der Personalrat über sein Initiativrecht diese bedürfnisangepassten Maßnahmen beantragen.

Fakten schaffen

Arbeitsgeräte wie Tablets und Luftfiltergeräte werden an Schulen ausgegeben, ohne durch eine GBU zu überprüfen, ob sie technisch den Anforderungen genügen und ob sie angemessen konfiguriert sind. Es werden Fakten geschaffen, welche die Situation eher verschlimmern als verbessern: Teilweise muss z.B. die Leistung der Luftfilter gedrosselt werden, um die Lautstärke erträglich zu machen. Tablets sollen nun die vollständige Digitalisierung ermöglichen, doch der kleine Bildschirm lässt es nicht zu, gängige Aufgaben (Unterrichtsvorbereitung, Schreiben von Zeugnissen/Berichten,...)



Grafik: BG ETEM

unter gesundheitlich unbedenklichen Bedingungen auszuführen. Somit machen die Kolleg_innen alles oder nichts damit – und/oder ruinieren sich ggf. Augen und Rücken, investieren nochmals selbst in zusätzliche Geräte, Kabel und Apps.

GBU – nur die Grundlage, nicht die Verbesserung selbst

Die GBU ist nur der Anfang, das Mittel zum Zweck, die Grundlage zur Verbesserung! Die wesentliche Arbeit fängt mit der Betrachtung der Ergebnisse an: An diesen ist abzulesen, in welchen Bereichen Ideen für Entlastungen entwickelt und hilfreiche Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Bei psychischen GBU zum Beispiel, die vom LI durchgeführt werden, werden die Ergebnisse den Kollegien meist in aufwendigen Gesamtkonferenzen vorgestellt. Den Beschäftigten wird gerne auch Zeit gegeben, eigene Ideen zu entwickeln. Hieraus macht das LI dann nicht selten eine Reihe von konkreten Vorschlägen, die sich am bestehenden Programm des LI

orientieren: Fortbildungen und Beratungen, welche absurderweise bei den Betroffenen selbst zu Verhaltensänderungen führen sollen.

Stunde der Personalräte und Kollegien

Diese Vorschläge müssen aber von den Kollegien und Personalräten nicht angenommen werden. Man kann auf seine eigenen Ideen pochen, denn der Personalrat ist bei diesen Maßnahmen in der Mitbestimmung. Will also die Schulleitung die Vorschläge des LI oder eigene Ideen als Maßnahmen, die aus der GBU folgern, dem Kollegium vorsezen, kann der Personalrat die Zustimmung verweigern.

Dies klingt simpel, setzt aber voraus, dass die Schulleitung die Mitbestimmung anerkennt und die Maßnahmen dem Personalrat auch formal zur Mitbestimmung vorlegt. Zudem sind eigene Lösungen in der Regel auch aus Schulbudgets zu finanzieren.

Gewinn, auch für Schulleitungen

Schaut man sich die Ergebnis-

se einer GBU an, kommt man aber schnell auf andere Ideen. Dies erlebt man, wenn man den Kollegien ernsthaft die Zeit gibt, im Detail mitzudenken und Ideen zu entwickeln, die ihren Bedürfnissen entsprechen. Bestenfalls in Gesprächen mit dem Personalrat werden hieraus Maßnahmen, welche Schulleitungen und Personalrat formal vereinbaren oder sogar in Dienstvereinbarungen gießen. Dies bietet einen sicheren Rahmen, der Transparenz schafft und die Arbeitszufriedenheit steigern kann. Denn sinnvolle Maßnahmen, die dem gesetzlichen TOP-Prinzip (technische vor organisatorischen vor persönlichen Maßnahmen) folgen, setzen an den Ursachen an.

Zunächst sind die Verhältnisse und nicht das persönliche Verhalten jedes/r Einzelnen zu verändern, um Gefährdungen von der Ursache her abzuwenden. Also müssen technische (z.B. Zusatzausstattung bei Dienstgeräten, ergonomische Tische und Stühle), vor organisatorischen (z.B. Anpassung von Kommunikationswegen, Terminlagen, Arbeitsabläufen, Aufgabenzuordnungen anhand der Bedürfnisse der Beschäftigten) und erst zuletzt persönliche Maßnahmen (z.B. Resilienzförderung, Selbstoptimierung oder persönliche Schutzausrüstung) getroffen und über die Mitbestimmung formale Vereinbarungen ausgehandelt werden.

Zeitliche Entlastung

Die organisatorischen Maßnahmen, die den technischen Maßnahmen nach- und den persönlichen gesetzlich vorgeschaltet sind, bieten die Möglichkeit für zeitliche Entlastungen. Hier braucht es Mut und Kreativität – und zuallererst eine Gefährdungsbeurteilung als grundlegende Analyse und Voraussetzung für personalrätliches Handeln!

Informationen, Hilfe und Unterstützung geben hier die Personalräte vor Ort und der Gesamtpersonalrat.

YVONNE HEIMBÜCHEL
Stellvertretende Vorsitzende

Quelle: DGUV

		Wahrscheinlichkeit des Wirksamwerdens der Gefährdung			
		Sehr gering	Gering	Mittel	Hoch
Mögliche Schadensschwere	Leichte Verletzungen und Erkrankungen				
	Mittelschwere Verletzungen und Erkrankungen				
	Schwere Verletzungen und Erkrankungen				
	Möglicher Tod, Katastrophe				

Risiko	Handlungsbedarf
	Zustand von Sicherheit ist gegeben, vorhandenes <u>Restrisiko ist hinnehmbar</u> . <u>Kein unmittelbarer Handlungsbedarf</u> , jedoch die Sorgfaltspflicht, das Risiko auf einem niedrigen Niveau zu halten.
	Es besteht die realistische Möglichkeit eines Schadenseintritts. Es <u>sollten zeitnah geeignete Maßnahmen</u> zur Reduzierung des Risikos ergriffen werden.
	Ein Schadenseintritt ist in unmittelbarer Zukunft sehr wahrscheinlich. Es <u>müssen dringend (d.h. sofort!)</u> geeignete Maßnahmen zur Reduzierung des Risikos ergriffen werden.



Moderne Arbeitszeiten – Agiles Arbeiten, eine Zukunftsvision?!

Was heißt das? Ständig wechselnde Arbeitszeiten, Arbeiten ohne Pausen oder die Arbeit in verschiedenen Schichten? Die neue Bundesregierung will das Arbeitszeitgesetz aufweichen, damit Beschäftigte bis zu 12 Stunden am Tag für die Vorgesetzten flexibel verfügbar und einsetzbar sind. Solche Arbeitsbedingungen führen oft zu gesundheitlichen Problemen, deshalb setzt sich **Die Offene Liste** für Arbeitszeitmodelle ein, die gesundheitsfördernd wirken und auf die Bedürfnisse der Beschäftigten eingehen.

Nach unserem Verständnis geht es um:

- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Verlässliche Arbeitszeiten und die Planbarkeit der Arbeit
- Die Erhöhung der Motivation durch gute Arbeitszeitregelungen
- Die Gewinnung von mehr Fachkräften durch gute Arbeitszeitmodelle
- Die Ermöglichung von Sonderurlauben und Sabbatjahren für alle
- Schaffung vielfältiger Möglichkeiten, auch für die Ansparmodelle

Situation im Betrieb

Die Beschäftigten der Elbkinder haben vor längere Zeit eine Betriebsvereinbarung „Arbeitszeit für Kitas“ errungen, die eine moderne Lösung bedeutet. Sie lässt den Teams viele Möglichkeiten zur eigenständigen Planung. Sie gilt auch in weiten Teilen für die GBS Standorte. Eine stärkere Hierarchisierung, bei der wieder viel mehr die Vorgesetzten die Arbeitseinteilung bestimmen, ist nach unserer Einschätzung unmodern und führt zu noch höherer Arbeitsunzufriedenheit.

Für die Verwaltung gab es bisher keine Arbeitszeitvereinbarung. Hier gibt es jetzt die Chance, eine Regelung zu treffen, die Spielräume für eigenständiges Handeln schafft und die dazu beiträgt, die Hierarchie wieder abzubauen.

In Bezug auf Arbeitszeiten hält **Die Offene Liste** Folgendes für wichtig:

- Vertrauen in die Belegschaft gehört für uns untrennbar zu modernen Arbeitszeitmodellen dazu
- Erhalt der Eigenständigkeit der Erziehungsteams
- Erstellung der Dienstpläne weiterhin in den Teams
- Erhalt der Freiwilligkeit bei Geteilten Diensten
- Berücksichtigung der weiteren Arbeitsverhältnisse bei Zwangsteilzeit
- Eigenverantwortliches mobiles Arbeiten in verschiedenen Modellen für alle möglich machen

Was stellt ihr euch zum Thema moderne Arbeitszeiten vor?

Wie wollt ihr in den nächsten Jahren arbeiten?

Welche Modelle würden zu eurer Gesunderhaltung beitragen?

Eure Rückmeldung nehmen die Kolleg_innen **Der Offenen Liste** gern entgegen.

DOL Ansprechpartner_innen

Konstanze Fischer – Betriebsrätin	040 / 42109 – 184	k.fischer-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Sabine Lafrentz – Betriebsrätin	040 / 42109 – 266	s.lafrentz-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Ilona Scheither – Betriebsrätin	040 / 42109 – 180	i.scheither-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Holger Timmermann – Betriebsrat	040 / 42109 – 187	h.timmermann-betriebsrat@elbkinder-kitas.de

Taschenspielertricks

Regelmäßig wird die Ausbildungsplatzsituation in Hamburg schön geredet – jetzt soll sie auch noch im Bund Schule machen

Im Jahr 2021 jährt sich ein trauriges Jubiläum: Vor zehn Jahren haben Olaf Scholz und seine Hamburger SPD in ihrem Wahlprogramm versprochen, „dass alle jungen Erwachsenen in Hamburg entweder das Abitur machen oder eine klassische Berufsausbildung absolvieren“. Diese „Hamburger Garantie für Ausbildung“ wurde seitdem regelmäßig gebrochen. So auch dieses Jahr (siehe Abbildung unten).

Nur 43,6 Prozent der Bewerberinnen und Bewerber sind in ein Ausbildungsverhältnis eingemündet. Der Rest ist vor allem mit der Ausbildungsvorbereitung, also einer Warteschleife, „versorgt“ worden. Noch grandioser kann man kaum das 100 Prozent-Ziel verfehlen.

In der Theorie darf es ein derart schlechtes Ergebnis nicht geben. Denn wenn es rein rechnerisch mehr Ausbildungsstellen (9.243) als Bewerber_innen (7.787) gibt, müssten eigentlich so gut wie alle Bewerber_innen

in eine Ausbildung eingemündet sein. Deshalb reden „Partner“ wie Herr Fock, Leiter der Arbeitsagentur Hamburg, gern von einem „Bewerbermarkt“. Das ist Unsinn, denn in der Ausbildungsstatistik der Arbeitsagentur werden nur die Bewerber_innen aus Hamburg gezählt, die aus dem Umland fallen unter den Tisch. Das ist so, wie wenn man bei einer Verkehrszählung in Hamburg nur Autos mit Hamburger Kennzeichen notieren würde. Etwa 40 bis 50 Prozent der Ausbildungsplätze gehen in Hamburg indessen an Jugendliche aus dem Umland. Deshalb sind hier in der Abbildung noch einmal (wenn man von einem Anteil von 40 Prozent ausgeht) 3.115 Jugendliche aus dem Umland hinzugezählt worden. Man erhält dann eine Zahl von mindestens 10.902 Bewerberinnen und Bewerber gegenüber nur 9.243 Ausbildungsplätzen. Hamburg hat also keinen „Bewerbermarkt“, sondern einen Anbietermarkt, in dem sich die Betriebe

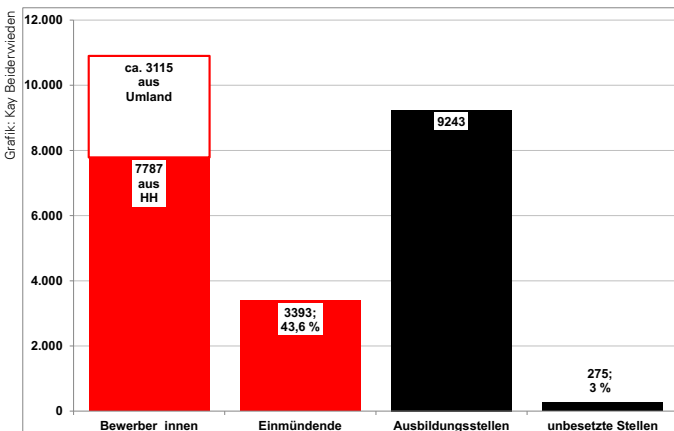
in einem großen Angebot an Bewerberinnen und Bewerbern die „Besten“ auswählen können. Auf der Strecke bleiben dabei viele Hamburger Jugendliche.

Trotzdem haben sich nun die „Partner der beruflichen Bildung“ in einem offenen Brief an Hamburgs Jugendliche gewandt. Zu den Partnern zählen: Behörde für Schule und Berufsbildung, Sozialbehörde, Agentur für Arbeit Hamburg, Handwerkskammer, Handelskammer, UVNord und DGB Nord (!). Unter der Überschrift „Noch 900 freie Ausbildungsplätze: Jetzt in den Beruf starten!“ appellieren die Partner „an Hamburgs Jugendliche, ihre Chance zu nutzen.“ Es stünden „immer noch rund 900 freie Ausbildungsplätze zur Verfügung.“ Deshalb wollen sie die „künftigen Auszubildenden“ ermutigen, „jetzt den ersten Schritt ins Berufsleben zu gehen.“

Mit diesem Appell, an dem sich leider auch der DGB Hamburg beteiligt hat, wird die Ausbildungssituation verdreht und den Jugendlichen der schwarze Peter zugeschoben, wenn sie ausbildungslos bleiben. Selbst wenn es noch 900 freie Ausbildungsplätze gäbe, so sind das für die über 4.300 Nicht-Eingemündeten viel zu wenige Plätze. Außerdem weist die Arbeitsagentur nur 275 unbesetzte Ausbildungsplätze aus. Man fragt sich, welche Zahlen denn nun stimmen?!

Die traditionell schlechte Ausbildungssituation in Hamburg hat sich durch die Corona-Maßnahmen und die Untätigkeit der Partner noch einmal verschlechtert (siehe Abbildung oben).

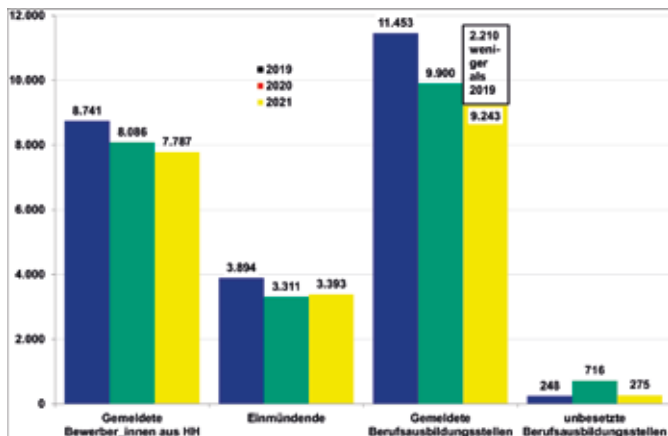
Während die Zahl der Bewerber_innen zwischen 2019



Bewerber_innen und Ausbildungsstellen, Hamburg September 2021;
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

und 2021 um fast 1.000 (genau: 954 bzw. 10,9 Prozent) zurückgegangen ist, ist sie bei den Ausbildungsplätzen mit 2.200 (genau 2.210 bzw. 19,3 Prozent) um mehr als das Doppelte eingebrochen. Besonders stark geschrumpft sind also ausgerechnet die in Hamburg so raren Ausbildungsplätze. Die „Partner der beruflichen Bildung“ hätten also zunächst einmal sich selbst ermutigen sollen, nicht weniger, sondern mehr Ausbildungsplätze anzubieten.

Im neuen Koalitionsvertrag auf Bundesebene versprechen nun die Ampelparteien: „Wir wollen eine Ausbildungsgarantie, die allen Jugendlichen einen Zugang zu einer vollqualifizierenden Berufsausbildung ermöglicht, stets vorrangig im Betrieb.“ Dies soll erreicht werden, indem „die Berufsorientierung und Jugendberufsagenturen flächendeckend“ ausgebaut und „in Regionen mit erheblicher Unterversorgung an Ausbildungsplätzen ... bedarfsgerecht



Bewerber_innen und Ausbildungsstellen, Hamburg September 2019-2021

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

außerbetriebliche Ausbildungsangebote“ initiiert werden. Das ist das, was in Hamburg seit zehn Jahren praktiziert wird, wobei in Hamburg bei Berufsorientierung und Jugendberufsagenturen geklotzt und bei außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen gekleckert wird – mit den entsprechenden Ergebnissen. Mit Berufsorientierung und Jugendberufsagenturen

schafft man aber keine Ausbildungsplätze. Zu hoffen ist, dass die Ampelparteien bei den außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen klotzen werden, damit ihrer Ausbildungsgarantie ein besseres Schicksal beschieden ist als der „Hamburger Garantie für Ausbildung“.

KAY BEIDERWIEDEN

Nur ein Tropfen



Foto: Christine Gottlob/BSB

Die andere Sicht

Trotz Corona-Pandemie und eines geringeren Lehrstellenangebots haben in diesem Jahr 41 Prozent aller Hamburger Stadtteilschüler_innen direkt nach ihrem Abschluss einen Ausbildungsplatz gefunden. Das seien 0,6 Prozentpunkte mehr als im Vor-Corona-Jahr 2019, teilte die Schulbehörde mit (Meldung vom 3.12.).

In nomine patris et filii et spiritus Martini. Amen

Antwort auf die Darlegungen von Thomas Martini (hlz 9-10, S. 26f),
der in gewisser Weise die Politik der Behörde verteidigt – Polemik nicht
ausgeschlossen

Thomas Martini ist ein „erfahrener Kollege“, der „25 Jahre in der Wirtschaft tätig gewesen und [...] im In- und Ausland verschiedene Strukturveränderungen erleben bzw. auch mitgestalten [konnte]“. Er antwortete auf unser Interview (s. hlz 7-8/21, S. 42ff), in dem das Schulsprecher_innenteam und wir als Betriebsgruppe der Abendschule Vor dem Holstentor (ASH) die Pläne der Behörde kritisierten, mittels eines Neugründungsprozesses die Schulen des Zweiten Bildungsweges zu „fusionieren“. Ein ökonomischer Imperativ ist hier das Leitmotiv, so unsere Interpretation der Vorgänge. Der Prozess heißt Neugründung, weil mit einer „Fusion“ andere Mitbestimmungsrechte und Verpflichtungen (höherer Schutz für das Personal) verbunden wären, denen die Behörde lieber aus dem Weg geht.

Der ehemalige Personalrat hat in dieser Misere den Ruf einer Cassandra zu verteidigen, eines einsamen Rufers in der Wüste, der dies alles schon hat kommen sehen! Und wem lauschte der erfahrene Kollege? Dem demographischen Wandel und Kollegien, die das alles verschlafen hätten. Aus diesen viele Jahre gereiften Überlegungen folgt der Schluss, dass die Schulen am Misslingen des Zweiten Bildungsweges mehrheitlich selber Schuld seien – und nimmt explizit die BSB aus der Schusslinie der Kritik! So wünscht man sich Personalräte.

Martini habe es von Anfang an

gewusst, dass die „Entwicklung [sinkender Bewerber_innenzahlen] vorhersehbar“ gewesen sei und mit dem Umstand zusammenhinge, dass immer mehr Schüler_innen Abitur machten. Er gebraucht sogar die in sozialkritischen Kreisen eher verpönte Vokabel „Hamburger Abiturinflation“, denn damit einhergehend ist die kulturkonservative These, dass das Bildungsniveau

*Die [...] von der
BSB angestrebte
Strukturveränderung hin zu
mehr Effizienz meint dann
letztlich nichts anderes
als die Verwandlung eines
Menschen in eine Zahl*

bedrohlich sinke, der höchste Schulabschluss „entwertet“ worden sei. Darüber muss man sich an anderer Stelle diskursiv auseinandersetzen.

Common sense

Martinis Argumentation klingt plausibel, nach gesundem Menschenverstand: Bildungsverläufe begännen früher und dies sei doch eine Bereicherung für die Gesellschaft: Der Wirtschaft ginge es gut durch die frühen Bildungsabschlüsse und Steuerzahler_innen würden entlastet. Das ist eine doch recht neoliberale Deutung unserer Gegenwart: Bildung kostet. Sie belastet unseren Haushalt, wenn „Bummelstudent_innen“ und

Langzeitschüler_innen existieren. Umso früher als Arbeitskraft zur Ausbeutung präpariert, umso besser für die Wirtschaft, umso besser für die Gesellschaft. Das genau diese politische Einstellung für die Bildungsmisere in unserem Land verantwortlich ist, darüber verliert ein ehemaliger Personalrat leider keine Worte. Martini verteidigt die Politik der Behörde, weil er deren Sichtweise teilt: Es zählen Resultate, Schulabschlüsse, schöne Zahlen, an denen ablesbar sei, dass kräftig gespart werden müsse: „Der Zweite Bildungsweg ist uns zu teuer. Er leistet nicht genug.“ Das kritisch zu betrachten, versäumt Martini in seinem ganzen Text.

Aus Martinis Erfahrung resultiert aber nicht nur, dass junge Menschen frühestmöglich auf den Arbeitsmarkt kommen sollten, sondern er lobt auch den „frühen Kitabeginn“, denn dies entlaste die „Frauen“. Wir wollen uns jetzt nicht an diesem traditionellen Bild abarbeiten, das empirisch zwar stimmt, aber eben nicht nur: auch Männer oder Andere können davon entlastet werden. Aber – nun gut. Bleiben wir beim Thema, denn der Hinweis fügte sich leider nur zu gut in die Gedankenzusammenhänge, die Martini in seinem Text entfaltet (Leistungsideologie und das Ignorieren von „Gedöns“ sind seit Gerhard Schröder ein Evergreen der „Neuen Mitte“). Es geht hier um eine Weltanschauung, die sich als vernünftig und an schwarzen Zahlen orientiert



Fotos: BG-ASH

Chancengleichheit erschöpft sich nicht im äußeren Rahmen, damit fängt sie gerade mal an

imaginiert und aus der heraus am Ende die bislang erfolgte Erwachsenenbildung als gescheitert angesehen werden muss.

Die von Thomas Martini beantwortete und von der BSB angestrebte Strukturveränderung hin zu mehr Effizienz meint dann letztlich nichts anderes als die Verwandlung eines Menschen in eine Zahl. Diese Zahl soll sich im Gang durch die Institution Zweiter Bildungsweg (ZWB) auf wundersame Weise durch sich selbst hindurch anreichern und am Ende eine neue Qualität besitzen, die sie durch eine flexible, modulare und hybride Bildungsform annehme. Man kennt die Begrifflichkeiten durch den neoliberalen Strukturwandel der Arbeitswelt: Flexibilität, Eigenverantwortung, Selbstmanagement, Selbstoptimierung etc. Auch weiß man, wie sehr in den letzten beiden Jahrzehnten die Zahl derer gestiegen ist, die durch diese Macht des Optimierungsdrucks gescheitert sind – und nicht selten eben den Gang des ZWB wählen. Deshalb

wählen wir den Begriff „Reparaturbetrieb“, weil er sich aus der Erfahrung der Mehrheit der Schüler_innen speist. Jede dieser Personen kann eine Geschichte des Versagens, Scheiterns, der Kränkung und Beschämung im Regelschulsystem erzählen. Martini liest in unsere Ausführungen hinein, dass wir „recht passiv“ darlegen würden – und daher schmälerten –, was in der Erwachsenenbildung wirklich geleistet werde. Nichts läge und ferner! Die Vertreter_innen des Schulsprecher_innenteams haben dazu deutliche Worte verloren. Von daher ist es doch merkwürdig, dass diese Formulierung als „recht passiv“ ausgelegt wird. Reparatur ist ein aktiver Vorgang und zwischen Individuen bedeutet dies, dass man eine reflektierte Beziehungsarbeit vollzieht. Neuland für Behörden.

Reparaturbetrieb revisited

Damit der Zweite Bildungsweg erfolgreich sein kann, muss er jene Beschädigungen ernst nehmen, die Menschen auf ih-

rem bisherigen Weg mit den Enttäuschungen sowie Kränkungen im Bildungs- und Arbeitsleben erfahren haben. Denn schließlich ist das ein wesentlicher Impuls für den ZWB: „Mein jetziger Job ist zu mies bezahlt“ oder „Mein Hartz reicht einfach nicht hin.“ Eine Leistungs- oder Effizienzideologie reflektiert das erstaunlicher Weise nicht. Die Behörde strebt ernsthaft an, mit der Neugründung des Zentrums für Erwachsenenbildung eine „leistungsorientierte“ Klientel anzusprechen, die gerade durch all die Zauberformeln des Neoliberalismus (Eigenverantwortung! Flexibilität! Digitalisierung!) angelockt werden soll. Es wird hier zu konservativ davon ausgegangen, dass es noch diese gute alte bundesrepublikanische Mittelschicht gebe, die aus gesicherten Arbeitsverhältnissen heraus den Gang zur Schule anstrebe, um in ihrem alten Arbeitsverhältnis aufzusteigen. Wir denken da an Facharbeiter_innen, Krankenschwestern, Angestellte aus dem Verkauf oder kleine Selbstständige. Seit ungefähr 40 Jahren sind diese Milieus im „Abstieg“ begriffen.

Die hohen Abbrecher_innenquoten, die dem ZBW zum Vorwurf gemacht werden, haben u.a. massiv etwas mit dem Hartz-IV-System und seinen ineffizienten Gängelungen, mit prekären Jobs zu tun, die so schlecht bezahlt sind, dass davon zwei oder drei gemacht werden müssen, um die Miete zu zahlen. Das sind häufig existenzielle Sorgen und Nöte, die sich durch die Corona-Krise potenziert haben. Es gab die Androhung von Zwangsräumungen, Ehekrisen, viele Alleinerziehende. Insgesamt müssen sich viele um familiäre Verpflichtungen kümmern, ob nun beim Gang aufs Amt oder in der Betreuung von Kindern der Geschwister. Hinzukommen psychische Probleme, die eben ein Massenphänomen in den letzten Jahrzehnten geworden sind: Selbstzweifel



Es geht darum, den Protest nach außen zu tragen

in Folge eigener Ohnmachtserfahrungen, permanente Erschöpfung, Migräne, mangelnde Selbstwirksamkeit, eine alltägliche Trostlosigkeit. Das Gefühl von Resignation oder einer eher bedrohlichen Zukunft ist vorherrschend, selbst bei Leuten, die sich doch aufgemacht haben, um einen Schulabschluss nachzuholen! Viele leiden darunter, dass sie „zu alt“ sind, andere aus ihrem Freund_innenkreis schon längst Abitur gemacht haben und studieren. Ein ständiger Leistungsdruck grätscht immer wieder in die Pläne für eine bessere Zukunft.

Sag doch mal 'was Positives!

Das Problem der Erwachsenenbildung ist nicht einfach das der sinkenden Bewerber_innenzahlen. In der Sekundarstufe I ist der Trend sogar ein anderer. Das Problem ist ein wachsender Niedriglohnsektor, sind steigende Mieten, ist ein katastrophaler Mangel an Psychotherapieplätzen, die mangelnden Ressourcen für die „Beschulung“ von geflüchteten Personen, die noch mit ganz anderen Problemen zu kämpfen haben. Wer über zu hohe Abbrecher_innenquoten, aber nicht über die Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse spricht, verdrängt zu viel. Aber Verdrängtes kehrt

zurück, nämlich als Problem. Hatten wir nach Martinis Deutung nicht zu schlecht über den Zweiten Bildungsweg gesprochen? Nein, nein, wir sprachen über die gesellschaftlichen Verhältnisse, die die Bedingungen und Umstände dieses Schulsystems bestimmen. Und die haben sich verschlimmert. Sagen wir also mehr Positives:

Gerade die Schulen des ZBW sind hier wichtige Stützen einer neuen Lehr-Lern-Erfahrung, die den ersten Gang durch die Bil-

Es wird hier zu konservativ davon ausgegangen, dass es noch diese gute alte bundesrepublikanische Mittelschicht gebe, die aus gesicherten Arbeitsverhältnissen heraus den Gang zur Schule anstrebe, um in ihrem alten Arbeitsverhältnis aufzusteigen

dungslandschaft nun bestenfalls zu korrigieren vermag. Genau dies signalisieren immer wieder die Schüler_innen, wenn man sie nach ihrer schulischen Zufriedenheit befragt. Diese Erfahrungen wiederum lassen sich nur

im persönlichen Austausch mit Anderen machen, mit denen man vor Ort und in kleinen Systemen zusammenwirken darf. Unter unseren Schüler_innen ist eine große Mehrheit gegen die „Neugründung“, die dazu führen wird, dass die Beziehungen wieder anonymer gestaltet sein, viele alte Ängste wieder aufkommen werden, dass sie abgehängt werden in den endlosen Videokonferenzen. Der Vorgang selbst, den die Behörde kommuniziert hat, wurde dort verstört zur Kenntnis genommen, denn schließlich ist es doch ein Lehrstück, wie „Partizipation“ und „Mitbestimmung“ von oben ausgelegt werden können: „Über Pläne kann dann auch mal gesprochen werden, aber Ergebnisse setzen wir.“ Das sind Sternstunden des PGW-Unterrichts.

Man kann sich nur sehr wundern, wenn etwa Herr Martini die Mathematikergebnisse des letzten Abiturdurchgangs als Beispiel dafür heranzieht, demnächst doch vermehrt auf Abstinenz der Lehrenden zu setzen. Schulsenator Rabe wird nicht müde zu betonen, dass gerade die Corona-Zeit enorme Lernlücken hat klaffen lassen. Hinzu kommt, dass sich die Schulabbrecher_innenquote im Corona-Jahr verdoppelt hat! Warum erwähnt Martini dies nicht? Wie

stark hat sich Martini auf die Erfahrungen von Kolleg_innen bezogen, die in dieser Phase unterrichten mussten und plötzlich mit einem Gebirge neuer Aufgaben konfrontiert waren? Wie kommt Martini darauf, den Schulrat zustimmend zu zitieren, dass es „blended-learning Einheiten (hybride Lernformen, die Red.), modularisierte und flexibilisierte Angebote“ bedürfe, um die Probleme der Erwachsenenbildung zu beheben? Diese Phasen des Online-Unterrichts waren die Phasen, in denen die meisten Schüler_innen weggebrochen sind. Viele hatten keine Lust auf die Intimität der Kamera, das merkwürdige Reden vor diesen Kacheln und überhaupt war viel mehr schriftlich zu bewältigen, was für eine Mehrheit ein großes Problem darstellt, gerade für die, die diese Schulform so das erste Mal kennenlernten.

Das wirklich Interessante an den Plänen der Behörde ist doch, dass sie allen Ernstes auch noch Aufnahmetests einführen möchte, um am Eingang zum Zweiten Bildungsweg schon einmal zu selektieren. Es könnten auch der Behörde Studien vorliegen, dass solche „Maßnahmen“ erst einmal den Bewerber_innenpool kleiner machen. Die Abbrecher_innenquote wird dadurch nicht notwendig gesenkt, sondern dies könnte auch bedrohlichere Konsequenzen haben, da sie noch steigt. Wer bloß kognitives Schulwissen abfragt, stellt dadurch sicher, dass ein gewisses intellektuelles Niveau gegeben ist. Das verdreht aber das wirkliche Problem in ein „Leistungsproblem“. Die simple Idee dahinter: Wer gut in der Schule ist, der bricht seltener ab. Das kann statistisch zutreffen in bestimmten Situationen, hätte die Behörde mal ein wissenschaftliches Gutachten in Auftrag gegeben, wüsste sie vielleicht jetzt, dass Selektion Abbrecher_innenquoten steigen lässt.

Für viele Menschen mit pro-

blematischen Schulerfahrungen ist ein Eingangstest in Englisch, Mathematik und Deutsch schon so abschreckend, dass sie von diesen Plänen rasch wieder abrücken werden. Und wir wissen mittlerweile auch, dass dies in besonderem Maße Leute aus armen Familien treffen wird, solche mit Migrationsgeschichte, mit Diskriminierungserfahrungen. Wie steht es um die Studien zur Bildungsgerechtigkeit in der Bundesrepublik? Wie haben die sich auf die Pläne der Behörde ausgewirkt? Warum soll der Zweite Bildungsweg erschwert werden, wo es doch offenkundig ist, dass dies Personen aus den

Die Behörde strebt ernsthaft an, mit der Neugründung des Zentrums für Erwachsenenbildung eine „leistungsorientierte“ Klientel anzusprechen, die gerade durch all die Zauberformeln des Neoliberalismus (Eigenverantwortung!) Flexibilität! Digitalisierung!) angelockt werden soll

unteren Schichten besonders hart treffen wird?

Uns schwindet allerdings die Hoffnung darein, dass Martini Recht damit behält, dass die Behörde alles tut, um eine „Abwicklung“ des ZBW gerade zu vermeiden“. Sie tut leider zu viel dafür, dass die Erfolge der Erwachsenenbildung nachhaltig beschädigt werden und drei Kollegien werden in ein Experiment hinein geworfen, das nur mit viel unbezahlter Extraarbeit überhaupt zum Laufen zu bringen sein wird. Ein „Projektmanagement“, eine verlässliche und transparente Planung sowie Kommunikation gibt es in dieser Behörde einfach nicht. Ist das

der Beginn einer Abwicklung oder der positiven Veränderung? Wer letzteres glaubt, muss über wundersame Berufserfahrungen verfügen.

Gehen wir zum Schluss noch einmal auf den großen Zusammenhang dessen ein, was die Behörde alles tut: Sie schafft das Sitzenbleiben ab, aber nach der 10. Klasse ist keine Wiederholung angesagt. Ein ökonomischer Imperativ, der das gebietet? Es schafft mehr Leute, die sich mit einem ESA eine Ausbildung oder einen Job suchen müssen. Das freut die Industrie- und Handelskammer. Und trotz all der Freude: Wie sehen denn die Zahlen in diesem Arbeitsvorbereitungsbereich aus, der Schulpflichtige nach der 10. Klasse in Lohn und Brot bringen soll? Erstaunlich viele finden sich im MSA-Bereich der Abendschule wieder, die diese Arbeitsvorbereitung „erfolgreich“ durchlaufen haben. Wen freut dies?

Und während die Behörde sinkende Anmeldezahlen beklagt, hat sie diese doch selbst forciert: Die Berufsschulen wurden zu einer effektiven Konkurrenz der Erwachsenenbildung gemacht, weil die allgemeine Bildung gegenüber einer berufsspezifischen Bildung abgewertet wurde. Und auch hier wieder die entscheidende Frage: Wessen Interessen stehen hier im Vordergrund? Und jetzt soll die allgemeine Bildung noch weiter beschnitten werden, reguläre Schulabschlüsse entwertet werden, die jetzt noch den problemlosen Zugang zur Erwachsenenbildung ermöglichen? Vielleicht haben wir mit „Abwicklung“ ja noch untertrieben. Bleiben die Pläne der Behörde so, dann wird nicht nur eine Strukturveränderung verschlafen, sondern auf ein Scheitern gesetzt.

BETRIEBSGRUPPE DER
ABENDSCHULE VOR DEM
HOLSTENTOR



SCHULBAU

Von Hamburg lernen?

Die Realisierung von Investitionen des Staates über Public Private Partnership (PPP) bietet ungeahnte Möglichkeiten

Nun ist's passiert. Der Koalitionsvertrag der Ampelkoalition ist da! Man darf gespannt sein, wie die ambitionierten Ziele realisiert werden sollen. In der Vergangenheit war ja noch von Voodoo-Ökonomie die Rede, wenn über die Vorstellungen der FDP in Sachen Finanzpolitik gesprochen wurde. Zurecht, denn Steuern zu senken oder auch nur nicht zu erhöhen bei gleichzeitigem Verzicht auf Neuverschuldung, hieße, dass es weder Geld gäbe für die vielbeschworene Erneuerung der Wirtschaft noch dass man die notwendigen Investitionen für den Klimaschutz durchführen könnte. Unser neuer Finanzminister muss also viel Kreativität entwickeln, um Wege zu finden, dem Wahlvolk klar zu machen, dass Schulden keine

Schulden sind, solange das Wort „Schulden“ nicht draufsteht.

Warum diese Verrenkungen, warum nicht einfach, wenn es auch umständlich geht? Die Verantwortlichen machen ja nicht den Eindruck, dass sie eins und eins nicht zusammenzählen könnten. Die einzige Erklärung, die sich anbietet, ist die des Stimmenfangs vor der Wahl und die damit einhergehende Schwierigkeit, sich nach der Wahl als glaubwürdig präsentieren zu können. Skrupellos schauen Wahlstrateg_innen darauf, mit welchen Themen man punkten kann. Das sind jene, bei denen man die größten Ängste bei Vielen im Wahlvolk vermutet, gepaart mit der Gewissheit, dass ein großer Teil dieser verunsicherten Menschen die

ökonomischen Zusammenhänge sowieso nicht „blickt“. Einmal mehr entpuppt sich der Spruch „Wir wollen nur das Beste für unser Land“ als Floskel, die die jeweiligen Interessen verschleiern soll.

Vielen von uns wurde ein Leben lang eingebläut, dass Schuldenmachen etwas Schlechtes ist. Schlecht, weil es den Verdacht nährt, man lebe über seine Verhältnisse. Das passt nicht zur protestantischen Verzichtsideologie, aber eben auch nicht zur Notwendigkeit einer ökologisch-ressourcenschonenderen Lebensweise. Da verbindet sich also konservatives Gedankengut mit dem, was unter dem Label ökologisch-modern gehandelt wird.

Dieses ideologische Narra-

tiv passt bloß so gar nicht zu den Wirkungsmechanismen des Kapitalismus. Mehr oder weniger jedes Unternehmen arbeitet schließlich neben den Eigenmitteln auch mit Fremdkapital. Die kapitalistische Logik verlangt dies geradezu. Im Extrem können solange Kredite aufgenommen werden, wie der letzte geliehene Euro eine geringere Zinsbelastung mit sich bringt als umgekehrt die mit diesem Euro in Gang gesetzte wirtschaftliche Tätigkeit einbringt. Die DAX-Unternehmen „arbeiten“ beispielsweise im Durchschnitt um die 70 Prozent mit Fremdkapital.

Ein Mausclick weit

Dies gilt erst recht für den Staat. Der kann nämlich so viele Schulden aufnehmen, wie er will bzw. solange, wie Anleger_innen von staatlichen Schuldverschreibungen glauben, dass sie ihr Geld wieder kriegen. Aktuell spart der Staat dabei sogar, weil Anleger_innen einen Negativzins für deutsche Staatsanleihen akzeptieren. Hinzu kommt, dass seit Draghis legendärem

„What ever it takes“ die Zentralbank alle europäischen staatlichen Schuldverschreibungen aufkauft, die sich am Kapitalmarkt nicht absetzen lassen. Das heißt, am Schluss sind Schuldner (Staat) und Gläubiger (EZB) ein und dieselben. Was hindert im Bedarfsfall die Entscheidungsträger_innen daran, diese Schulden per Mausclick zu löschen?

Das wissen auch gerade alle mit der Wirtschaft eng verbandelten Parteienvertreter_innen. Aber sie haben sich aus rein wahltaktischen Gründen, die sich in diesem Fall besonders gut populistisch verwerten ließen, gegen eine Ausweitung der staatlich kreditfinanzierten Ausgabenpolitik gestemmt. Ihr Credo, das die genannte ideologische Grundierung mit sich führt, lau-

tete deshalb: Zurück zur Einhaltung der Schuldenbremse!

Dabei wissen gerade die Akteur_innen, die dies nun lautstark einfordern, dass es die in den letzten Jahren mangelnde Investitionsbereitschaft der Unternehmen war, die die wirtschaftliche Entwicklung hemmte. Vergessen sind die Hinweise auf die damit zusammenhängenden deflatorischen Tendenzen und die damit einhergehende Gefahr, in eine Rezession abzuleiten.

Die mangelnde Investitionsbereitschaft ist ja nach der Wahl nicht verschwunden. Nach wie vor gilt, dass viel Geld in den Finanzsektor fließt und wenig in die Realwirtschaft. Das kann man nur ändern, wenn der Staat massiv Investitionsanreize schafft. Entweder, indem er selber investiert oder über Subventionen Anreize schafft, da-

Ab 2023 werden wir (..) die Verschuldung auf den verfassungsrechtlich von der Schuldenbremse vorgegebenen Spielraum beschränken und die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten. Ampel-Koalitionsvertrag S. 158

mit Unternehmen in Bereiche investieren, die ohne staatliche Hilfe nicht profitabel erscheinen. Dafür hat man extra einen neuen Begriff „erfunden“: Superabschreibung (Koalitionsvertrag S. 164). Demzufolge sollen Wirtschaftsgüter, die den ökologischen Umbau vorantreiben, innerhalb eines Jahres abgeschrieben werden. Der Haken daran ist, dass dann auch die Steuereinnahmen schwinden und darüber hinaus Gewinnmitnahmen das anvisierte Ziel konterkarieren können. Das alles kostet Geld. Will man den sozialen Frieden nicht gefährden, wird man dies nicht über das Sparen im Sozialhaushalt finanzieren können. Und was nun bei der beschlossenen „Verschlankung“ der Verwaltung herauskommen

soll, wird den Finanzbedarf wohl kaum nennenswert verringern.

Wege aus der nationalen Falle

Das alles wusste man natürlich auch schon vor der Wahl. Jetzt wird man also die Spindoktor_innen befragen, wie man aus dieser selbstgestellten Falle wieder herauskommt. Da alle für eine Koalition infrage kommenden Parteien sich dieses Dilemmas bewusst sein dürften, einschließlich der Kenntnis, dass es zur Abschaffung der Schuldenbremse einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag bedarf, sind zunächst einmal jene Methoden der „kreativen Buchführung“ gefragt, mit denen man schon Erfahrungen gesammelt hat. Das ist im Kern die staatliche Vergabe von Mietgarantien an Investoren. Nicht der Staat, sondern private

Firmen bauen bspw. Schulen, die nach Fertigstellung vom Staat gemietet, technisch sagt man wohl: geleast werden. Public-Private-Partnership (PPP) nennt man das. Die designierte neue Regierung steht dieser

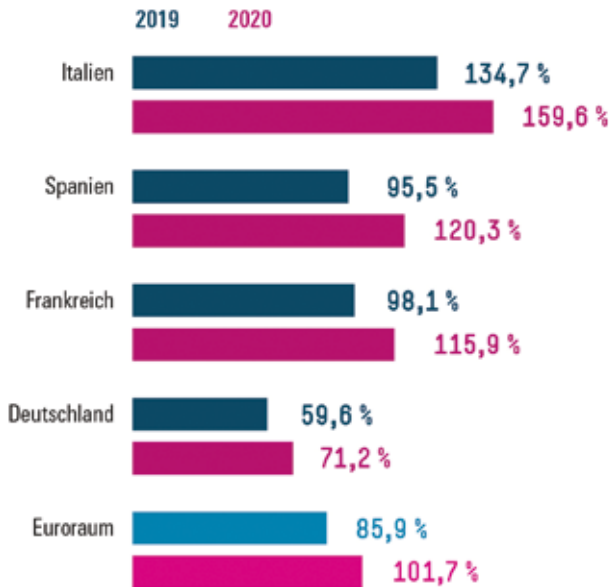
Art der Finanzierung auf jeden Fall positiv gegenüber. So heißt es im Koalitionsvertrag unmissverständlich: „Ausgewählte Einzelprojekte und Beschaffungen können im Rahmen Öffentlich Privater Partnerschaften ([in deutsch JG] ÖPP) umgesetzt werden.“ (S. 162)

Am Beispiel Hamburg

Der Hamburger Senat nutzt bereits seit 2011 dieses Mittel, um den Schulbau voranzutreiben. Insgesamt wurden bis 2017 über diesen Weg 2,2 Milliarden investiert, mittlerweile dürfte die Gesamtsumme mehr als drei Milliarden betragen, ohne dass dies im Haushalt auftaucht. Auch in den nächsten Jahren sollen jährlich um die 400 Millionen auf diese Weise in den Schulbau

Corona treibt die Schuldenquoten

Gemessen am BIP betragen die Staatsschulden



Juuelle: IMK 2021

Hans Bückler
Stiftung

wandern. Das macht kumuliert in etwa 25 Prozent der im Haushalt aufgeführten Schuldenaufnahme aus. Ein Erfolgsrezept – wie der Senator meint: „Ich freue mich, dass der Schulbau trotz der angespannten Lage im Hamburger Bausektor so hervorragend läuft.“ Und Finanzsenator Andreas Dressel sekundiert: „Und diesen hohen Standard halten wir auch in Zukunft, denn mit dem Mieter-Vermieter-Modell sind Bewirtschaftung und Instandhaltung schon heute auf Jahrzehnte gesichert.“ (Quelle: Bauboom – Senat investiert Rekordsumme in den Schulbau – Schulbauprogramm wird konsequent umgesetzt; BSB Pressemitteilung v. 10. April 2018)

Im Grunde kann man sich dieses Verfahren für viele staatlichen Ausgabenbereiche vorstellen, angefangen bei Verwaltungsgebäuden einschließlich deren technischer Ausstattung über Straßenbau u.v.a.m. – all diese Ausgaben könnten auf diese Weise realisiert werden, selbst

bis hin zu militärischem Gerät. So fragte sich die Grünen-Abgeordnete Katja Keul, Mitglied im Verteidigungsausschuss, noch im letzten Jahr im Zusammenhang mit der Kriegsführung in Afghanistan: „Es erschließt sich mir nicht, warum die Drohnen nicht direkt in Israel geleast werden.“ (DIE ZEIT v. 10.12.2020, S. 26)

Am Ende ist zwar alles teurer für den Staat, weil die Investor_innen ihre Rendite einfahren wollen, aber es ließe sich das realisieren, was notwendig ist: Zukunftsinvestitionen, die Arbeitsplätze schaffen und damit neben Gewinnen auch Lohn Einkommen schaffen. Beides lässt sich besteuern, was die systemimmanente Lösung der Schuldenbremse bedeuten könnte.

Ein gigantischer Schattenhaushalt entsteht. Ja, das, was das neoliberale Credo ausmachte – die Verlagerung der öffentlichen Gewalt zugunsten privater Entscheidungsträger –, würde sogar eine Neuauflage erfahren.

Bedeutet das das Ende einer demokratischen Verfasstheit, in der das ohnehin schon seit Langem ausgehöhlte Primat der Politik zugunsten eines lediglich an Marktmechanismen orientierten Handelns desavouiert wird? Eine neue Gemengelage also, wenn man an die ökonomischen Verflechtungen innerhalb der EU denkt, ein Alleingang im globalen Zusammenhang.

Global...

Die momentan wirtschaftlich mächtigsten Staaten betreiben auf jeden Fall eine weitaus lockerere Geldpolitik, als es hierzulande üblich ist. Die Verschuldungsquoten der USA und Japans – China als Sonderfall einmal außen vor gelassen – liegen um ein Mehrfaches höher. Die Fessel, die sich die EU mit der Einhaltung der Schuldenquote von 60 Prozent des BIP auferlegt hat, ist auch vor diesem Hintergrund nicht nur völlig wirklichkeitsfremd, sondern ohnehin nicht mehr zu gewährleisten. Dies aber nicht nur wegen der pandemiebedingten Mehrausgaben, sondern nicht zuletzt deswegen, weil sich Deutschland bekannter Maßen in den letzten Jahren auf Kosten der europäischen Partnerländer mittels Lohndumping Wettbewerbsvorteile verschafft hat, die die dadurch bewirkte Verschuldung der Mitgliedsstaaten in die Höhe getrieben hat. Hinzu kam, dass die ökonomisch schwächeren EU-Staaten dafür gesorgt haben, den Kurs des Euro niedrig zu halten. Hätte es die D-Mark noch gegeben, wäre deren Kurs durch die Decke gegangen. Dies hätte die deutschen Exporte verringert und die Chance der EU-Partnerländer auf Exporte ihrerseits erhöht.

Es gehört somit nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, dass Deutschland auch weiterhin am Erhalt des Euros mehr als interessiert ist. Dies wird aber ohne eine Art von Ver-

gemeinschaftung der Schulden nicht zu haben sein. Allein das verlangt wiederum finanzielle Mittel in einem Umfang, der das ohnehin eher zufällig gewählte Maastricht-Kriterium einer Begrenzung der Staatsschuld auf 60 Prozent des BIP als absurd erscheinen lässt. Es wäre naiv, sich vorzustellen, dass ohne eine umfassendere Vergemeinschaftung der Schulden als bisher die EU weiter Bestand haben könnte.

... und epochal

Die Folgen (spät-)kapitalistischen Handelns spitzen die Widersprüche der jeweils nationalen und globalen gesellschaftlichen und ökonomischen wie der damit verbundenen ökologischen Entwicklung zu. Die Verschuldung der Staaten ist in diesem Kontext sekundär. Vor allem, wenn man bedenkt, dass jedem staatlichen Schuldtitel ein Vermögenstitel gegenübersteht. So reduziert sich das Problem letztendlich auf eine Frage der Verteilung.

Solange es keine wirkliche politische Opposition gegen diese systemischen Widersprüche gibt – und die Wahlergebnisse sprechen für sich –, scheint der oben beschriebene Weg der Finanzierung eine elegante Lösung, um aus dem Dilemma herauszukommen. Die Champagnerkorken werden knallen ob dieser gewaltigen Chancen auf sichere Profite dank staatlicher Garantien. Selbst systemimmanent



Foto: Alamy Stock

Mal sehen, ob unser neuer Finanzminister die richtige Lösung kennt, um sich von der Fessel Schuldenbremse zu befreien

bleibt auch in Zukunft die Möglichkeit, über diesen Weg diejenigen Investitionsentscheidungen in Gang zu setzen, die die Chance auf den Fortbestand der Menschheit nicht gänzlich ausschließen. Auch die Verteilung der zwischenzeitlich durch die

Übernahme staatlicher Garantien zustande gekommenen Profite unterliegt keinem Naturgesetz, sondern ist unter dem Gesichtspunkt der Verteilungsgerechtigkeit weiterhin verhandelbar.

JOACHIM GEFFERS

Gesund in den Ruhestand!

Wir bieten euch an, in einem persönlichen Gespräch euch u.a. über folgende Fragen zu informieren:

- Wie kann ich meine Gesundheit erhalten und stärken? Inwieweit kann ich dabei die Unterstützung durch Einrichtungen der Behörden erwarten?
- Wie und wo kann ich die Feststellung einer Schwerbehinderung beantragen?
- Wann kann ich in den Ruhestand gehen?
- Habe ich meine rentenrechtlichen bzw. versorgungsrechtlichen Zeiten geklärt?
- Wie berechnet sich meine Altersversorgung?

Die GEW bietet in ihrer Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15, eine kostenlose persönliche Beratung zu diesen und ähnlichen Fragen an. **Die nächsten Termine finden an den Dienstagen, 15.02. und 29.03.2022, 15-17 Uhr statt.** Das Angebot richtet sich sowohl an Arbeitnehmer_innen als auch an Beamt_innen.

KARIN HUFERT, ehrenamtliche Beraterin, Mitglied der GEW

Hier drückt der Schuh

Ganztagsunterricht und fehlende Ressourcen

Die Erziehung, Unterrichtung, Therapie und Pflege behinderter Kinder soll laut BSB im Ganztagesbetrieb erfolgen. Im Gegensatz zu den anderen Schulformen wurde der Ganzttag auf die Kernzeit 8.00 Uhr bis 15.00 Uhr einheitlich für alle Sonderschulen bis 2019 umgestellt. Bei der Umstellung gab es das Versprechen der Behörde, dass nun allen Beteiligten ein Mehr an Qualität, Verlässlichkeit und Unterricht zuteil werde. Jedoch wurde ohne Ressourcenzuweisung geplant und die Maßnahme umgesetzt.

Die Ressourcen für die Kernzeitunterrichtung an den Speziellen Sonderschulen haben sich personell und sächlich seit Jahrzehnten kaum verändert. Trotz deutlich veränderter und gewachsener Aufgaben in allen Bereichen von Unterricht, Erziehung, Therapie und Pflege gibt es nun auch im Rahmen der verbindlichen Schulzeit für alle Schüler_innen von 8.00-15.00 Uhr keine zusätzlichen Ressourcen. Mit ohnehin durch verschiedene Sparmassnahmen – wie LAZVO, SVS, Streichung der Sprachförderstunden – mit unverbindlicher Stundentafel reduzierten Unterrichtsstunden für jede Schule, verstärkt sich die mangelhafte Ausstattung der Schulen weiter. Der aktuelle Ganztagsbetrieb zeigt erneut das Dilemma von erhöhten Anforderungen und Verantwortlichkeiten an die Einzelschule auf der einen Seite

und der mangelnden Ausstattung aller Formate (auch der Hortbetreuung) sowie Wertschätzung unserer Arbeit durch die Behörde andererseits. In den letzten drei Jahren des neuen Ganztagsformats zeigen sich insbesondere folgende Probleme:

Hintergrund

Die BSB reagierte mit der schrittweise (seit 2017-2019) eingeführten Tourenumstellung (alle Schüler_innen starten und beenden den Schultag zur

Selbstverantwortung von Schülern. Es geht um Steuerung und Kontrolle von außen. Dass die Unterfinanzierung des Ganztages dieser Form nun aber weiter ein Problem der Einzelschule wurde, interessiert die Behörde nicht!

Wo sind die Ressourcen?

Ein gut umgesetzter und verbindlicher Ganzttag verbraucht an allen Schulen personelle und materielle Ressourcen. Die Schüler_innen sollen länger unterrichtet, erzogen, therapiert, gepflegt und betreut werden und sich zum Teil auch länger in der Schule aufhalten. Hier liegt nun für alle das Problem: Mehr Ressourcen gibt es nicht, schon gar nicht personelle Mittel. Der Unterrichtstag ist dennoch für alle Schüler_innen von 8.00 Uhr bis 15.00 Uhr verbindlich zu organisieren.

Dabei sieht die Stundentafel der

Speziellen Sonderschulen nur 30 Grundstunden pro Klasse vor bei der jeweiligen Basisfrequenz. Durch die etwas höheren Frequenzen (7-10 SuS) erreichen die Schulen dann die zusätzlichen Stunden, um einigermaßen im Zeitfenster von 8.00 Uhr bis 14.30 Uhr oder auch nur von 8.45 Uhr bis 14.30 /15.00 Uhr den Grundunterricht abzudecken. Allen Schulen ist erst einmal gemein, dass zusätzliche Stunden für eine verlässliche Doppelbesetzung Lehrer_in/ Erzieher_in von 8.00 Uhr bis



Foto: aniel-pilotta e-o-c

Toll, dass das gefördert wird – aber für uns geht es nicht um Spitzensport

gleichen Zeit) in Kombination mit einem Ganzttag von 8.00-15.00 Uhr an den Speziellen Sonderschulen auf jahrelange Elternwünsche mehrerer Elternräte, Schulleitungen, aber auch Kolleg_innen. Dabei hatte die Behörde auch ein eigenes Interesse hinsichtlich des Zieles von Vergleichbarkeit, Steuerung und Transparenz des organisatorischen Rahmens an unseren Schulen. Trotz aller Lippenbekenntnisse lag und liegt der Behörde recht wenig an einer echten Selbstverwaltung und

15.00 Uhr fehlen. Jede Klasse über alle Stufen und Jahrgänge hinweg benötigte 37,5 Stunden pro Woche, um dies zu realisieren. Kurse für Schwimmen, Lesen, Kunst, Schülerfirma u.a.m. kommen noch dazu, sie sind noch gar nicht eingerechnet. Durch Kürzungen im Rahmen der Einführung der LAZVo und der Streichung der Sprachförderstunden sind die Klassenversorgungen schlechter als noch vor 2003. Nun also mehr Unterricht bei weiterhin gekürzten Ressourcen. Ein Widerspruch, der nicht aufzulösen ist und eigentlich nur bedeuten kann: Es geht nur mehr Betreuung, aber nicht mehr Unterricht. Die notwendigen Lehrer_innen-, aber auch Erzieher_innenstunden sind nicht von der Behörde nachgesteuert worden. Den Eltern wird etwas vorgegaukelt, was ehrlicherweise nicht vorhanden ist:

An einer Sonderschule mit zum Beispiel 18 Klassen fehlen ca. 60 Unterrichtsstunden, die wenigstens für ein auskömmliches Ganztagsmodell notwendig wären. Was tun, wenn diese Stunden fehlen?

Schon nach Einführung der Lehrerarbeitszeitverordnung gab es Schulen, die trotz der rigiden Vorgaben der Behörde die individuellen Arbeitszeiten (politisch ohne Not, aber zum „Wohle der Schule und Schüler_innen“) durch Beschlüsse weiter erhöht haben. So arbeiten Lehrer_innen zum Beispiel nicht mit dem auch von der Behörde (siehe auch diverse Papiere von Landesschulrat Rosenboom) vorgesehenen Faktor 1,4 WAZ /Unterrichtsstunde, sondern mit den Faktoren 1,35 oder sogar auch mit 1,3 WAZ (wie an Grundschulen). Dies sind Sonderschulen, die dadurch schon in der Vergangenheit Lehrer_innenstunden durch „freiwilligen Verzicht“ zusätzlich für Vorhaben und Kompensationen (diverse) generieren konnten. Offensichtlich von der Behörde verursachte Versorgungsproble-

me konnten so selbstverantwortet (auch durch Konferenzbeschlüsse) zum Teil ausgeglichen werden. In diesen Fällen hat die Behörde es natürlich zugelassen, dass es keine Vergleichbarkeit und Transparenz gab und gibt, da sie ja nun von diesen Einzelösungen – auch im Hinblick auf die Eltern – profitiert.

„Freiwillige Arbeitszeiterhöhung“ für einen schlecht ausgestatteten Ganztags waren oder sind für diese Schulen anscheinend ein nicht mehr ganz so großes Problem. Die ehemals oder auch aktuell selbst neu generierten Lehrerwochenstunden können auch für die etwas angemessenere Versorgung eines mangelhaft ausgestatteten Ganztags verwendet werden:

Ein Beispiel: Eine Veränderung des Faktors um 0,05 WAZ bei 23 Lehrer_innen-Vollzeitleistungen bei einer günstig gerechneten individuellen Unterrichtsverpflichtung von 27 Stunden pro Woche ergibt als Zugewinn an Stunden: 31,05 WAZ. Bei einer Reduzierung um 0,1 WAZ (also auf 1,3 WAZ) ergeben sich also 62,1 Stunden. Daran ist zu sehen, dass unter Verzicht der eigentlich festgeschriebenen WAZ-Stunden für eine Lehrkraft eine deutliche Veränderung in der Gesamtbilanz der Schule zu erzielen ist und das Ziel, die schlechte Ressourcenzuweisung der Behörde zu mildern, in einem bestimmten Umfang gelingen kann.

Weitere „Einsparpotentiale“, die Schulen realisieren:

- Veränderte persönliche Stundenpläne mit mehr „Freistunden“.
- Veränderte Anrechnung von Durchführung des gemeinsamen Essens (z.B. 1,0 oder 0,75WAZ).
- Betreuung der Schüler_innen bei Frühstück- und Mittagessen durch Erzieher_innen, Therapeut_innen, Schulbegleitungen ohne Lehrer-/Klassenlehrer_innen (siehe Freistunden der Lehrer_innen).

- Vertretung von Lehrer_innenstunden durch Erzieher_innen.
- Genaueres Verrechnen der Gesamtstunden im LAZ- Modul einer Lehrkraft mit Plus- und Minusstunden.
- Stundenpläne nur noch nach den Bedürfnissen des Ganztags. Interessen der Teilzeitkolleg_innen werden weniger Berücksichtigung finden können.
- Nutzung der eigentlich für Unterrichtsausfall vorhandenen Vertretungsstunden (27 Unterrichtsstunden pro Jahr/ Kollege_in) für Betreuungszeiten/Randzeiten, da auch die PTF-Ressourcen an den Schulen nicht aufgestockt wurden. Das Problem: Die Stunden werden nur noch mit einem Faktor von 1,0 bewertet. So leisten die Kolleg_innen 11 Stunden mehr an Unterricht, der aber als reine Betreuungszeit verklärt wird. Wenn eine Klasse von 8.00 Uhr bis 9.00 Uhr ohne Erzieher_in ist und eine Lehrkraft eingesetzt wird, dann findet keine Betreuung statt. Es wird gefördert, angeleitet, gepflegt und insgesamt sonderpädagogische Arbeit geleistet. Die Abwertung dieser Arbeit erfolgt zur weiteren Generierung der fehlenden Ressourcen!

Was sich verschlechtert hat

Eine von der Fachgruppe durchgeführte Abfrage an den Sonderschulen ergab folgendes Bild:

- Die Eltern werden nicht ausreichend informiert über die mangelnde Ausstattung des Ganztags an Sonderschulen. Die Versorgung und Ausstattung ist deutlich schlechter als vor 2003.
- Bestimmte Unterrichtsangebote (Kurssysteme Deutsch, Mathematik, Sport, Kunst, Berufsorientierung, AG's Musik, Tanz u.a.) können häufig aufgrund der fehlenden Ressourcen nicht mehr im bisherigen Format und Umfang durchgeführt werden oder nur durch Mehrarbeit der Kolleg_innen.
- Die ohnehin schon aufgrund

veralteter und gekürzter Zuweisungen wenigen Doppelbesetzungen mit Lehrer_innen fallen fast ausnahmslos weg. Erzieher_innen sind häufiger mit Schulbegleitungen alleine mit der ganzen Klasse. Die Belastungen und Arbeitsverdichtung für diese Beschäftigten nehmen weiter zu. Der Unterricht fällt dann aus. Bei wichtigen lebenspraktischen Unterrichtsstunden sind Lehrkräfte weniger dabei, Therapeut_innen gehen auch zur Vertretung in die Lücken und sichern Doppelbesetzungen ab. Eine angemessene und differenzierte Förderung wird so immer schwieriger. Lebenspraktischer Unterricht, Therapie und Pflege verlieren so an Bedeutung und Qualität.

• Der Austausch zwischen den Teams, den Kolleg_innen und im Kollegium wird erschwert, die Konferenzen finden deutlich später statt und die Zeit ist zu kurz. Die Pausenzeiten (Springzeiten) erhöhen sich bei ohnehin hohen Unterrichtsverpflichtungen von 27 bis 31 Stunden. An vielen Schulen gibt es eine schlechtere Faktorisierung der Unterrichtszeit als mit 1,4 WAZ (Schulleitung entwickelt Druck > Konferenzbeschlüsse folgen). Versorgungslücken werden zu Lasten der Beschäftigten kompensiert. Zum Schutz vor weiterer Überlastung reduzieren viele Kolleg_innen ihre Arbeitszeit.

• Der Krankenstand hat sich über alle Jahre (traditionell hoch im Sonderschulbereich) spürbar weiter erhöht. Die Unzufriedenheit mit dieser Form von Ganzttag und den spürbaren Konsequenzen überwiegt gegenüber den ursprünglich auch von Kolleg_innenseite gesehenen Vorteilen. Die Beschlüsse, eigene Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, wurden bisher nicht zurück genommen.

Die Einführung dieser Form von Ganzttag verstärkt die seit Jahren zunehmende Belastung der Schulen durch Kürzungen,

veraltete Personalzuweisungen, Raummangel, Zuweisung immer weiterer Aufgaben zum Unterricht, unzureichende Ausstattung mit Erziehungs-, Therapie- und Pflegepersonal bei einer sich verändernden und immer differenzierteren Schülerschaft. Der Anteil von Schüler_innen mit sehr hohen Förderbedarfen steigt stetig, ohne dass die notwendigen Ressourcen mitwachsen! Gleichzeitig wird es immer schwieriger, Stellen aus dem Bestand neu zu besetzen.

Wir fordern

• Eine Veränderung der Faktorisierung für normalen Unterricht (auch lebenspraktischer Unterricht) mit 1,4 WAZ ist abzulehnen. Der Einsatz von Lehrer_innen in sog. Betreuungszeiten als Vertretung (PTF) mit einem Faktor von 1,0 ist abzulehnen. Die Vertretungstunden von Lehrkräften sind für Unterrichtsausfall vorzuhalten. Für den Vertretungsbedarf von PTF – Personal muss die Behörde entsprechende Vertretungsmittel endlich regulär an die Schulen zuweisen. Ohnehin reichen die PTF-Ressourcen seit Jahren nicht aus. Der Krankenstand ist über alle Beschäftigtengruppen hinweg nach wie vor hoch.

• Bestehende und bewährte Zeitregelungen (Teilungsunterricht, lebenspraktischer Unterricht, dazu gehören auch Nahrungsaufnahme, Pflegezeiten u.v.m.) sind beizubehalten und nicht zu „opfern“ oder geringer zu bewerten.

• Nach wie vor ist nach Möglichkeit ein angemessener individueller Stundenplan anzustreben. Die Aufenthaltszeit von Lehrer_innen in der Schule hat sich ohnehin in den letzten Jahren deutlich erhöht, ohne dass die von der Behörde versprochenen Lehrerarbeitsplätze in ausreichender Anzahl gekommen sind.

• Die notwendige Doppelbesetzung (Lehrkraft, Erziehungskraft) muss gerade bei vollen Klassen sichergestellt werden.

Vertretungsmodelle mit Therapie- und Schulbegleitungspersonal sind abzulehnen.

• Eine solidarische Überprüfung und Stellungnahme aller Beschäftigten zu den sich rasch verschlechternden Arbeitsbedingungen an der Schule ist gewerkschaftlich zu unterstützen.

• Den Eltern ist auch deutlich zu machen, dass es von der Behörde nicht mehr Ressourcen gibt. Die Behörde verkauft die Ganztagschule mit dem Hinweis, „dass die Schulen ja schon die Ausstattung dafür hätten“ und es – wie so häufig in anderen Zusammenhängen formuliert – nur auf das „Geschick der Verantwortlichen“ ankommt. Was die Behörde nicht vernünftig steuern kann, soll dann die Schulleitung regeln können. Schulleitung und Kollegium müssen die Missstände offensiv öffentlich machen, statt sie durch Mehrarbeit und Zugeständnisse am Abbau von Qualität zu verschleiern.

Es gibt durchaus Hinweise, dass „selbstverantwortetes Verschlechtern“ der eigenen Arbeitsbedingungen letztendlich in eine traurige Abwärtsspirale führen kann. Die Arbeitszufriedenheit sinkt nicht nur weiter, Kollegien spalten sich, Solidarität und gemeinsame Ziele zur positiven Entwicklung ihrer Schulen gehen verloren.

Wir müssen als GEW-Fachgruppe deutlich machen, dass die Organisation und Gestaltung von einem angemessenen Ganztagsbetrieb für alle Beteiligten nur unter guten, bestimmten und nicht arbeitsverdichtenden Bedingungen von uns akzeptiert und geleistet wird. Das immer enger werdende Korsett von Vorgaben, Kontrolle, Verknappung von Ressourcen und Missachtung unserer Arbeitsbedingungen lehnen wir gemeinsam mit aller Deutlichkeit ab!

SVEN QUIRING
BRITTA BLANCK
ULI HOCH

FG Sonderpädagogik



Nein!

– gestiegen. (Senator Rabe darf sich auf die Schulter klopfen.) Dabei ist diese Zahl in höherem Maße angestiegen als die Zahl der Schüler_innen mit SpF in Sondersystemen gesunken ist. Wie ist das zu erklären?

2) Die Erklärung liegt in dem erheblichen Anstieg der Förderquote. So ist beispielsweise sowohl die Förderquote derjenigen Schüler_innen mit SpF in der Vollzeitpflicht an allgemeinbildenden Schulen bundesweit um 1,12 Prozent als auch in einzelnen Bundesländern, wie z.B. in Hamburg, um 3,02 Prozent, angestiegen. (Zeigt Ihr Daumen noch nach oben, Herr Senator?) Das heißt, dass im Zeitraum zwischen 2008/2009 und 2016/2017 deutlich mehr Schüler_innen als sonderpädagogisch förderbedürftig erklärt worden sind. Nach den von Rauer & Schuck vorgelegten Zahlen geht nur ein knappes Drittel der sonderpädagogischen Förderungen an allgemeinen Schulen auf die Reduktion der Schüler_innenzahlen in Sondersystemen durch Inklusion zurück, aber mehr als die Hälfte auf zusätzliche Statusdiagnostik („neu als sonderpädagogisch förderbedürftig etikettiert“).

Wocken (2020) erklärt die explosive ‚Inklusionsentwicklung‘ allgemein mit der „mas-

senhaften, völlig enthemmten Diagnostizierung, Etikettierung und Kategorisierung von schwachen und schwierigen Schülern“: „Auch geringfügige Schwächen, Abweichungen und Auffälligkeiten sind nun stets gefährdet, als ‚sonderpädagogischer Förderbedarf‘ identifiziert und kategorisiert zu werden“ und beschreibt genau dieses als Problem der Entwicklung inklusiver Bildung.

Wer darf da seine Hände in Unschuld waschen: die maßgeblichen Abteilungen in der BSB und der Senator? ein für die Fortbildung(en) zuständiges Landesinstitut? begutachtende Sonderpädagog_innen und Psycholog_innen?

„Defizitblick“ und Selbstverständnis der ‚Sonderpädagogik‘ sind hier genauso in Frage zu stellen wie das Selbstverständnis der etablierten Allgemeinen Pädagogik bzw. Regelpädagogik, die der Sonderpädagogik mit Blick auf inklusive Bildung diesen Raum gewährt. „...Eine auf einer Allgemeinen Pädagogik basierende Pädagogik ist ... unter gesellschaftlichen Bedingungen, die Menschen ausschließen, notwendig politisch gegen diesen Ausschluss beauftragt. Sie wird so und erst im Sinne dieses politischen Anspruchs – nicht durch eine andere Art Pädagogik – zur

Integrationspädagogik“ (Rödler, 2011, 348).

3) Wird aber hinsichtlich des sonderpädagogischen Förderbedarfs unterschieden zwischen den Förderbedarfen im Bereich Lernen – Sprache – Emotionale und soziale Entwicklung (LSE) und den speziellen sonderpädagogischen Förderbedarfen, u.a. Körperlich-motorische Entwicklung – Geistige Entwicklung – Autismus sowie Sinnesbeeinträchtigungen, muss beim Blick auf die Segregationsquote differenziert werden. So geht die Segregationsquote für Schüler_innen mit dem SpF LSE bundesweit um 0,79 Prozent zurück und in Hamburg um – 2,06 Prozent (Senator Rabe klopfte sich wieder auf die Schulter). Dagegen ist jedoch die Segregationsquote für Schüler_innen mit speziellem SpF im selben Zeitraum bundesweit um 0,21 Prozent und in Hamburg um 0,26 Prozent gestiegen. Mit anderen Worten: Die Förderquote der Schüler_innen-Gruppe mit dem SpF LSE, die in anderen europäischen Ländern gar nicht als behindert gelten, d.h. gar nicht als sonderpädagogisch förderbedürftig erfasst werden, ist gestiegen – gleichzeitig aber ist auch die Segregationsquote der Schüler_innen mit speziellem SpF, die die eigentliche Zielgruppe der UN-Behindertenrechtskonvention darstellen, gestiegen. Mit der steigenden Segregationsquote „fällt Hamburg hinter die Quote aus der Zeit des Modellversuchs ‚Integrationsklasse‘ zurück“ (Rauer&Schuck, 2020). Wohin nun mit den Händen, Herr Senator?

Einer der Gründe für diese Entwicklung dürfte sicherlich das Schleifen der mit der Einrichtung der Integrationsklassen und integrierten Regelklassen vor bald 40 Jahren gewachsenen ‚integrativen‘ Schulstrukturen durch den Senator und seine Entourage sein. Leichtfertig das (Hamburger) Fundament für

„das größte Reformvorhaben in der gesamten Geschichte der Schulpädagogik“ (Wocken) abzureißen, deutet auf bildungspolitische Konzeptlosigkeit und das Zufriedengeben mit Schulverwaltung und ‚Schulfrieden‘ hin ... und das eben seit Jahren.

An die Stelle von IR- und I-Klassen, d.h. eines systemischen Zwei-Pädagog_innen-Systems, das Sparmodell inklusiver Beschulung mittels personenbezogener Ressourcen zu setzen, überzeugt weder Eltern noch diejenigen, die inklusive Bildung im Unterricht umzusetzen haben.

Zwischen-Resümee: Offensichtlich hat die Schulpolitik der Bundesländer in Hinblick auf die Segregationsquote versagt, offensichtlich hat auch die Hamburger Schulpolitik diesbezüglich versagt.

4) Laut EiBiSch erreicht ... „ein erschreckend hoher und seit allen großen Vergleichsuntersuchungen bekannter Prozentsatz von Schüler_innen ... in Hamburg die Mindeststandards am Ende eines Bildungsabschnittes nicht. In der Klassenstufe 4 der Längsschnittstichprobe der Grundschule waren es 22,7 Prozent (n=376) der Schüler_innen, die Mindeststandards in einem oder beiden zentralen Fächern nicht erreichen. In der Stadtteilschule waren es gar 44,7 Prozent (n=539). In der Grundschule befanden sich unter denjenigen, die Mindeststandards nicht erreichen, nur 29 Prozent sonderpädagogische Förderung. Der entsprechende Anteil betrug in den Stadtteilschulen sogar nur 18,2 Prozent.“ (Rauer & Schuck, 2020, S. 80).

Das bedeutet zweierlei: Zum einen genügt die gegenwärtige Schul- und Unterrichtsentwicklung den entstandenen Herausforderungen einer heterogenen Schülerschaft nicht; zweitens verweist der geringe Anteil von Schüler_innen mit SpF unter denjenigen, die die Mindeststan-

dards unterschreiten, dass die sonderpädagogische Status-Diagnostik keinerlei diagnostischen und prognostischen Wert hat.

„Es ist das Unvermögen der Schulen, unter der gegebenen und erwünschten Heterogenität der Schüler_innen für alle erfolgreiche Bildungsbiographien zu entwickeln.“ (Rauer & Schuck, 2020, S. 105). Was nun, Herr Senator?

5) Diagnostik in regionaler Kooperation (DirK) – das trojanische Pferd der traditionellen Sonderpädagogik innerhalb der inklusiven Bildung.

Die in der Nachfolge der zweistufigen LSE-Diagnostik (2015) – deren Ziel bereits vorrangig verwaltungstechnisch-organisatorisch und nicht pädagogisch begründet worden ist – eingeführte Diagnostik in regionaler Kooperation, die ebenso zur individualisierten Ressourcensicherung für den Sekundarbereich in den Grundschulen durchgeführt wird „... ist ein Rückfall in klassisches, sonderpädagogisches Denken. Es wird zwar als scheinbar pädagogisch und sonderpädagogisch begründetes Verfahren der Förderung präsentiert, greift aber auf überholte, eigenschaftsorientierte Konzepte zurück, deren Annahmen vornehmlich mit der Stabilität und Unveränderlichkeit individueller Merkmale rechnen.“ (Rauer & Schuck, 2020). Damit einhergehend konstatieren Rauer & Schuck einen Anstieg der Zahlen sonderpädagogisch als förderbedürftig diagnostizierter Schüler_innen und zweifeln die Passung dieses Denkens mit den Leitideen eines inklusiven Schulsystems an. Durch die Wiedereinführung der Ressourcenzuweisung durch eine untaugliche individuelle Diagnostik fällt die Entwicklung im Sekundarbereich in das klassische Denken der Vor-Inklusions- und der Vor-Integrationszeit zurück. Es konkretisiert das in der Grundschule vordem bereits überwundene

Ressourcen-Etikettierungs-Dilemma bezüglich der Allokation finanzieller Mittel.

Es ist ein Widerspruch in sich, Vielfalt und Heterogenität zu proklamieren, aber Stigmatisierung, Etikettierung und „sonder“pädagogische Förderung auf der Grundlage eines klassischen sonderpädagogisch-kategorialen Denkens zu praktizieren!

Ein ausgearbeiteter Vorschlag eines breiten bildungspolitischen Bündnisses fordert zudem die Abschaffung dieser Art von Zuschreibungsdiagnostik und Ziel auf eine praxisbezogene, lernstandsbezogene und lernprozessorientierte inklusive Diagnostik, die eine systemische Ressourcenvergabe für alle Schulen – inklusive der Stadtteilschulen – definiert. Dieser Entwurf wird ein Gradmesser sein, ob inklusives Denken und Handeln aus Sicht der BSB überhaupt noch erwünscht ist. Dieser Vorschlag richtet, quasi als Kompass, die Entwicklung auf eine Diagnostik aus, die einer Pathologisierung großer Schüler_innen-Gruppen entgegentritt.

6) Die phantasielose Orientierung an PISA, Bologna und allgemeinen Bildungsstandards.

Jahrgangsstufenbezogene Kompetenzmodelle und abschlussbezogene Bildungsstandards reproduzieren in auf sie zugeschnittenen Leistungsmessungen und Leistungskontrollen den Widerspruch zwischen Individualisierung und Standardisierung. Leistungsmessungen passen aber nicht wirklich „... in eine inklusive Schule, weil sie geradezu das klassische Unterrichtsmodell gleichschrittigen Lernens und ein Sortieren nach Leistungsgraden befördern“ (Rauer & Schuck, 2020).

Im Übrigen bedeutet die Arbeit an der Kompetenz „immer den Ausschluss der Bereiche, die im Unterschied zu den Kompetenzbereichen als defizitär erkannt werden. D.h. aber, dass



Dies gilt es zu verhindern

sich pädagogisches Handeln auch unter der Leitkategorie der Kompetenzorientierung, am spezifisch reduzierten Curriculum erkennbar, als defizitorientiert herausstellt“ (Rödler, 2011, 352).

7) Welche Rolle spielt die zunehmende Armut und soziale Spaltung Hamburgs für steigende pädagogische Förderbedarfe?

Laut Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (Dezember 2019, vor Ausbruch der Pandemie) ist das Armutsrisiko in Hamburg nach zuletzt positiver Entwicklung im vergangenen Jahr auf 15,3 Prozent gestiegen und liegt damit auf bundesweitem Niveau (15,5 Prozent). Bei Minderjährigen stieg die Armutsgefährdungsquote auf 21,7 Prozent. Dem ist die mit 12,3 Prozent bundesweit höchste Einkommensreich-tumsentwicklung der Stadt entgegen zu halten: „Die Zahlen zeigen, dass die positive wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Jahre bei vielen Menschen nicht ankommt.“ (Kristin Alheit vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Hamburg)

„Durch die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie hat sich die Einkommenssituation einiger Bürgerinnen und Bürger innerhalb kurzer Zeit durch

Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit oder Einschränkungen bei der Ausübung ihrer selbstständigen Tätigkeit signifikant verschlechtert. So legt die Hochrechnung von Befragungsdaten nahe, dass Ende August 2020 etwa 15,5 Mio. Haushalte in Deutschland mit Einkommenseinbußen leben mussten. Gering- und Normalverdiener waren davon besonders betroffen.“ (Aus dem 6. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Entwurfsstand 18.1.2021, S. 304)

Die hohe Korrelation zwischen dem Auftreten sonderpädagogischer Förderbedarfe und Armut ist im Hamburger Bildungsbericht 2020 nachzulesen: Schüler_innen mit SpF „leben häufiger in weniger privilegierten sozialen Wohngebieten als Schülerinnen und Schüler ohne solchen Förderbedarf... 39,2 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf leben in Gebieten mit sehr niedrigem oder niedrigem sozialem Status. Dieser Anteil ist noch einmal etwas höher (43,5 Prozent), wenn nur die Schülerinnen und Schüler mit den Förderschwerpunkten LSE betrachtet werden. Bei den Schülerinnen und Schülern mit speziellem Förderbedarf ist die soziale Verteilung der

Gesamtschülerschaft deutlich ähnlicher.“ (S. 116) Angesichts dieser armseligen Zustände und Entwicklung(en) wird sicher der gesamte Senat entschuldigend seine Hände heben und auf die Bundesgesetzgebung verweisen...

„Ohne begleitende sozialpolitische Maßnahmen bleibt das wichtige Ziel der Entkoppelung von sozialer Herkunft und individueller Zukunft eine pädagogische Illusion (vgl. Rauer 2010). Das Hamburger Zweisäulenmodell in der Sekundarstufe, das tatsächlich aber ein Dreisäulenmodell ist (Stadtteilschulen, Gymnasien, Sondereinrichtungen), verschärft den Trend zur gesellschaftlichen Exklusion“ (Rauer&Schuck, 2020,106).

Licht am Ende des Tunnels oder: Notwendige Neuorientierungen

Rauer & Schuck (2020) beschreiben nachfolgend nur skizzierte notwendige Neuorientierungen, die die Entwicklung der inklusiven Bildung in andere, zukunfts-trächtige Bahnen lenken kann, basierend auf dem ‚guten Weg‘, der in Hamburg im Grundschulbereich gegangen werde:

a) Dazu gehört die Überwindung eines schädigungsorientierten Behinderungsbegriffs und die Ausrichtung pädagogischen Handelns am Subjekt und dessen individuellen Bedürfnissen nach Autonomie, Anerkennung, Selbstverwirklichung, Selbstwirksamkeit, Kompetenzerleben, Sinnerfüllung, nach emotionaler und sozialer Bindung, nach Identität und Persönlichkeitsentwicklung und nach einem Maximum gesellschaftlicher Teilhabe.

„Förderung ist danach als die Summe pädagogischer Handlungen zu verstehen, die auf dem Hintergrund von Bildungszielen die Veränderung individueller Handlungsmöglichkeiten anstreben und dabei die Unterstüt-

zung, Anregung und Begleitung sicherstellen, die die Subjekte für die Gestaltung ihrer Entwicklung benötigen. Und das kann immer nur auf dem aktuell erreichten Entwicklungsniveau in der Zone der nächsten Entwicklung geschehen“ (Rauer & Schuck, 2020, 98).

b) Dazu gehört die Aufhebung des Widerspruchs zwischen Individualisierung und Standardisierung. Die in Hamburg in Folge der Rahmenvereinbarung Schulfrieden in der BSB begonnene Überarbeitung der Bildungspläne („Die Kompetenzorientierung in den Hamburger Bildungsplänen soll [...] durch Kerncurricula konkretisiert und ergänzt werden, um ein gemeinsames Grundwissen zu erreichen.“) leistet dies gerade nicht, vielmehr wird die Entwicklung inklusiver Bildungspläne, die es bundesweit noch nicht gibt, auf die lange Bank geschoben.

Im Gegensatz dazu umfasst die „Standardisierung pädagogischer Prozesse“ im Sinne von Schuck & Rauer ... erstens, ein (entwicklungspsychologisch begründetes (d.V.) „transaktionales Subjektmodell“ (zu verfolgen), zweitens „lerngegenstandsbezogene Diagnose und persönlichkeitsorientierte Förde-

rung stets als Einheit zu betrachten“ und drittens, „ein zirkuläres, diagnosebasiertes, an Bildungszielen und Bildungsstandards orientiertes Unterrichtsmodell zu implementieren und unterschiedliche Bezugssysteme für die Beschreibung und Bewertung von Entwicklungsergebnissen zu verwenden.“ Als Ziel gilt „...bei allen Schüler innen die je individuelle Eindringtiefe in die Lerngegenstände zu erhöhen, dazu einen adaptiven und differenzierenden Unterricht zu gestalten, die Ergebnisse lernprozessbegleitend und lerngegenstandsbezogen zu erfassen und im Unterricht als Ausgangspunkt für das Lernen auf der nächsten Entwicklungsstufe zu verwenden.“ (ebenda, 2020, 98/99).

c) Darüber hinaus sei auf die von Schuck an anderer Stelle formulierten Überlegungen zu einer adaptiven Diagnostik und Didaktik verwiesen (2014 u. 2018). Kern pädagogischer und sonderpädagogischer Professionalität müsse es aber werden, „nach einheitlichen, standardisierten Regeln diagnosegestützte Pläne für eine individuelle, adaptive Förderung zu entwickeln, deren Umsetzung zu evaluieren und die Erfolge bzw. Misserfol-

ge zu dokumentieren.“ (ebenda). Ebenso sei auf die Überlegungen von Rauer & Schuck zur Stärkung der schulinternen und schulübergreifenden Kooperation und Fortbildung verwiesen wie auf die Weiterentwicklung der systemischen Ressourcenvergabe (Rauer & Schuck, 2020, S. 101ff.).

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst uns endlich aufhören, ständig Kinder und Jugendliche zu vermessen und einzusortieren. Danach zu fragen, was Kinder nicht können, stärkt eine defizitorientierte Pädagogik. Es aktualisiert sich selbsterfüllende Prophezeiungen und negative Bildungskarrieren. Unsere Erfahrungen mit Kindern und Jugendlichen, die aus dem herkömmlichen schulischen Rahmen fallen, zeigen, dass es von großer Bedeutung ist, ihre individuellen Potenziale zu entdecken, um ihre Lernentwicklung gemeinsam mit ihnen entfalten zu können. Es geht darum, Bedürfnisse zu verstehen, anstatt Bedarfe festzustellen. Lasst uns damit beginnen! ...

STEPHAN STÖCKER &
ULRICH MEISTER
Fachgruppe Sonderpädagogik
& Inklusion

Foto: flickr/del Olmo



Imagine ... keine Probleme mit der Inklusion

Ahoi!

Unsere stellvertretende Vorsitzende, Yvonne Heimbüchel, antwortet auf die Fragen der hlz zum Beginn des Abenteuers, mit Schüler_innen den Atlantik zu überqueren

hlz: *Wo seid ihr?*

Yvonne: Wir liegen gerade im Hafen von Santa Cruz de Teneriffe. Die Hosen werden kürzer und der Gedanke an weiße Weihnachten erscheint absurd!

Auf der Etappe Kiel - Kanaren stand die nautische Ausbildung im Vordergrund. Hier auf Teneriffa kommt nun zuletzt noch eine Dingi-Ausbildung hinzu,

damit die Kids eigenständig mit unserem kleinen Beiboot fahren können. Danach der schulische Unterricht: Im Bio-Unterricht werden Meerestiere untersucht, in Geografie der Vulkanismus beleuchtet, in Physik und Mathe die Segelkräfte und vieles andere berechnet. Hier fließen die Erfahrungen des vergangenen Landaufenthaltes der Schülerinnen und Schüler auf

den Kanarischen Inseln ein. Auf La Palma machten sie zusammen mit ihren begleitenden Lehrkräften Wanderungen im Nordwesten der Insel und einen Ausflug zum Cumbre Vieja, dem aktiven Vulkan der Insel. Auf La Gomera erhielten sie in einer Permakultur-Finca Einblicke u. a. in Teichbau, Kompostieren, Hühner- und Ziegenhaltung und erfuhren auch mehr über tropische Nutzpflanzen.

Der Segelstamm blieb währenddessen an Bord. Für uns standen Schiffsarbeiten wie Holz- und Malarbeiten, Verproviantierung und die Organisation der nächsten Etappe auf dem Programm. Und wir waren natürlich sehr gespannt, welche Erfahrungen die Schülerinnen und Schüler so gemacht und welche Geschichten sie so erlebt haben!

hlz: *Wo geht's wann hin?*

Yvonne: Als nächstes geht es in einer zehntägigen Seetappe zu den Cap Verden. Die Bordroutine wird wieder einsetzen: Wachzeiten werden sich mit Unterrichtszeiten abwechseln. Auf den Cap Verden steht auch ein längerer Landaufenthalt auf dem Programm und wir werden gemeinsam Weihnachten und Sylvester an Bord feiern.

hlz: *Was macht Spaß, was macht man notgedrungen?*

Yvonne: Man lernt hier sehr schnell, dass alle Aufgaben „notgedrungen“ sind, also notwendig, um den Schiffsbetrieb und den Alltag am Laufen zu halten.



Fotos: Projekt Thor Heyerdahl

Wenn niemand die Segel setzt oder die Maschine schmiert, kommen wir nicht vom Fleck. Es muss geputzt, gekocht und aufgeräumt werden.

Aber es gibt viele Aufgaben, die besonders spannend und andersartig als zu Hause sind. Wann spült man mit fünf Leuten nach einem Essen für 50 Personen ab, hört dabei lautstark Musik und schwankt bei Seegang von der Spüle zur Ablage? Wann zieht man mit Mitschülern und Mitschülerinnen eng an eng an einem Tampen und sieht und spürt dabei, wie sich das 80qm große Segel im Wind bläht?

Notgedrungen muss man dann tatsächlich irgendwann einmal schlafen! Das fällt tatsächlich vielen schwer, weil soviel Spannendes zu erleben und sich gegenseitig auch zu erzählen ist.

hlz: *Wieviel seid ihr?*

Yvonne: Immer ein guter

Merksatz: 50 Menschen passen auf unser 50 Meter langes Schiff.

Tatsächlich haben aber mittlerweile leider zwei Personen aus persönlichen bzw. gesundheitlichen Gründen das Projekt verlassen, was sehr traurig, aber auch folgerichtig ist. Das Projekt fordert jedem viel ab und man erfährt hier viel über sich selbst. Man hat kaum Rückzugsmöglichkeiten und arbeitet mit vielen verschiedenen Charakteren eng zusammen, was gerade für die Schülerinnen und Schüler eine besondere Erfahrung und Herausforderung ist. Die eigene Familie wurde in der Corona-Zeit auf besondere Art wichtig und die Trennung fiel vielen im Oktober sehr schwer.

hlz: *Wie ist die Stimmung?*

Yvonne: Gerade sind alle sehr froh, wieder beisammen und auf der Thor Heyerdahl zu sein. Nach dem Landaufenthalt auf



der Finka ist die Thor nun das „Zuhause“, zu dem alle zurückgekehrt sind. Wir sind das erste Mal in neuen Wachen zusammen und lernen uns nochmal intensiver kennen.





hlz: *Wie ist das Wetter – (auch die Prognose in Hinblick auf die Hohe See)?*

Yvonne: Heute morgen um 6.30 waren es 18 Grad und kaum Bewölkung. Beim Wecken wird das Wetter immer mit von der weckenden Person angesagt. Somit weiß man direkt, welche Kleidung beim Aufenthalt an Deck angebracht ist. Wie gesagt: Die Hosen werden kürzer!

Zu den Kap Verden führt uns

dann der ausgeprägte Passatwind, der uns hoffentlich beständig von achtern in die Segel bläst.

hlz: *Was steht heute auf dem Speiseplan?*

Yvonne: Tatsächlich gibt es heute Kartoffelsalat mit Bockwürstchen. Der Norddeutsche Kartoffelsalat hat dieses Mal gewonnen, was ungewöhnlich ist, da wir viele Süddeutsche an Bord haben.

hlz: *Was war bisher das Prägendste auf der ersten See- und Land-Etappe?*

Yvonne: Neben der Seekrankheit, die einige ihre körperliche Selbsteinschätzung überdenken ließ, und den ersten Finwal-Sichtungen in der Biscaya war sicher die Rettung zweier Geflüchteter zwischen Calais und Dover. Hierzu möchte ich den Blogbeitrag von einer Schülerin, Annika, einbringen, der für mich die Situation am besten beschreibt (s. unten).

hlz: *Dann wünscht euch die Redaktion, dass die Kids das alles gut verarbeiten. Wir hoffen auf weniger tragische Nachrichten.*

Der letzte Gruß der Redaktion wurde dazu geschummelt und erreicht die Seefahrer_innen erst, wenn sie diese hlz-Ausgabe im Internet aufschlagen können. Dann sehen sie auch, dass wir nur eine kleine Auswahl der wirklich tollen Fotos, die sie uns geschickt haben, veröffentlichen konnten. Es wird sicherlich, zurück in der Heimat, mal die Möglichkeit geben, die Fotos enbloc zu sehen. Bis dahin werden uns für die kommenden Ausgaben der hlz noch viele interessante Berichte von unserer stellvertretenden Vorsitzenden zugeschickt. Wir sind gespannt! JG



DRAMATISCHE WENDE

Ein Schlauchboot im Atlantik

Montagnachmittag, als ich gerade in meiner Kammer war, ertönte das All-Hands-Signal. Ich war etwas verwirrt, da dieses Signal normalerweise vorher angekündigt wird, ich zog aber meine Jacke an und ging an Deck. An Deck erfuhr ich schließlich, warum wir alle gerufen worden waren. Die Fahrwache hatte ein kleines Schlauchboot in den

Wellen gesichtet. Das Schlauchboot verschwand ab und zu hinter Wellen, aber man konnte zwei Personen, die mit einem orangenen Paddel wedelten erkennen. Ich war aufgeregt und etwas nervös. Zum Glück hatten wir gerade erst in Borkum geübt, was bei einer Person über Bord getan werden muss. Ich hätte nie gedacht, dass unser POB (Person

over Bord)-Training so schnell zum Einsatz kommen würde.

Es war schwieriger das Rescue-Boot bei Wellen auszusetzen und es wurde ein Fehler bei der Achterleine gemacht, doch zum Glück entwickelte sich daraus kein Problem. Als das Rescue-Boot ausgesetzt war, wurde den zwei Personen nach Anweisung der Küstenwache Rettungswes-

ten und gleich darauf Essen und Trinken gebracht. An Bord nehmen durften wir sie nicht, da wir sonst eventuell als Schmuggler oder Schlepper hätten gelten können. Es war schwer zuzugucken, wie zwei Leute in einem sehr kleinen Schlauchboot herumtrieben, während wir auf einem großen, sicheren Segelschiff standen, welches uns sie herum kreiste. Nach ca. 10 Minuten kam schließlich ein Helikopter. Wir dachten, er würde die Beiden bergen und ans Festland bringen. Stattdessen verschwand der Hubschrauber wieder, nachdem er einige Kreise geflogen war. Uns wurde mitgeteilt, dass die Küstenwache noch ein Rettungsboot geschickt hatte, das in ungefähr einer Stunde bei uns und dem Schlauchboot ankommen sollte. Bis dahin sollten wir in der Nähe der Flüchtlinge bleiben. Bisher war uns bekannt, dass es zwei Männer waren, die aus Somalia stammten, nach England wollten und seit fünf Tagen in diesem Schlauchboot saßen. Bald wurde klar, dass es dunkel werden würde, bis das Boot der Küstenwache ankommen würde, also sollten wir erstmal unsere Taschenlampen holen und es wurden Scheinwerfer bereitgestellt. Doch dieses kleine Schlauchboot bei Dunkelheit und Seegang im Auge zu behalten würde fast unmöglich sein. Deshalb wurde kurz danach entschieden, dass wir die beiden an Bord nehmen. Also setzten wir das Rescue-Boot erneut aus. Die beiden Flüchtlinge wurden aus ihrem Schlauchboot geholt und über die Reling gehoben. Sie setzten sich auf die Backskisten vor dem Niedergang zur Messe und wir gaben ihnen Decken, Tee, Wasser und warme Suppe. Sie trugen beide schwarze Jacken und waren barfuß. Sie zitterten sehr, aber sie waren ja auch schon auf dem Meer getrieben, als wir in Borkum den Sturm abgewartet hatten. Sie sagten oft etwas von fünf Leuten

und es war nicht klar, ob dies bedeutete, dass dort noch ein zweites Schlauchboot war oder nicht. Die Küstenwache suchte folglich nach einem zweiten Boot.

Nach kurzer Zeit wurden die zwei Männer in die Messe gebracht und wir sollten an Deck wegen Covid-19 und damit wir nicht alle um sie herumstanden. Oben fingen viele an zu weinen, weil sie die Welt ungerecht fanden und alles sehr viel gewesen war. Wir trösteten uns gegenseitig und es gab ein bisschen Schokobrotchen für alle, die wollten, da das Abendessen etwas nach hinten verschoben wurde. Dann kam das Rettungsboot der Küstenwache, um die Flüchtlinge abzuholen. Das Boot musste so nah wie möglich an uns heran, sollte aber auch nicht an uns stoßen. Doch genau das passierte, das Boot stieß nicht nur an uns heran, sondern geriet auf unser Schanzkleid. Das Rettungsboot war zwar eigentlich mit einer Gummikante ausgestattet, doch die brachte dann auch nichts, da sie nur um die Kante herum war und nicht unter der Kante. Also haben wir jetzt eine kleine Delle im Metall, doch das ist nicht weiter schlimm und wird ersetzt und repariert. Die beiden Männer aus dem Schlauchboot wurden erfolgreich auf das Boot der Küstenwache abgegeben und ans Festland gebracht.

Ich hätte nie gedacht, dass ich so etwas einmal miterlebe. Einer von ihnen konnte sogar ein bisschen Deutsch und war in Düsseldorf gewesen. Da frage ich mich, wie schlecht geht es Flüchtlingen in Deutschland, dass sie so eine lebensgefährliche Reise antreten. Man wusste zwar immer, dass Flüchtlinge mit kleinen Schlauchbooten über das Mittelmeer flüchten, aber selber mitzubekommen, dass Menschen so verzweifelt ein besseres Leben suchen, ist nochmal etwas ganz anderes.

JOSEPHINE

Hilfsbereitschaft – Zusammenhalt

Betroffen war am Dienstagmorgen jeder. Die vorausgegangenen Ereignisse haben uns alle mitgenommen. Jeder ist dabei, die Gefühle zu verarbeiten, die sich seit der Sichtung des Schlauchbootes aufgestaut haben. Jeder bewältigt diese Betroffenheit anders. Doch mit einer Sache sind alle beschäftigt: Nachdenken. Diese Nachdenklichkeit ist auf der ganzen Thor zu spüren. Wir denken darüber nach, was passiert ist, wie wir helfen können, was getan werden muss. Denn viele von uns fühlen eine Hilflosigkeit, da dies nur zwei von so vielen weiteren Menschen waren, denen wir helfen konnten.

Die Hilfsbereitschaft ist seit Montagnachmittag fast greifbar. Allen war sofort klar, dass wir helfen. Und auch einen Tag später sind wir weiterhin hilfsbereit. Wir denken nach, wie wir weiterhin helfen können. Aber auch untereinander besteht große Hilfsbereitschaft. Der/Die eine oder andere braucht beim Verarbeiten der Betroffenheit länger und mehr Hilfe. Dies respektieren alle und helfen dabei wo sie können. Ob es dabei um seelischen Beistand geht oder das Einspringen bei Aufgaben, da man sich noch ausruht, die Unterstützung ist selbstverständlich. Durch das Geschehene ist unser Zusammenhalt stärker geworden. Jeder unterstützt jeden und alle sind für einander da. Und das nach nicht mal zehn Tagen hier auf der Thor.

Wir sind alle betroffen und denken über jenen Tag nach und setzen unsere Reise mit großer Hilfsbereitschaft und totem Zusammenhalt fort.

ANNIKA

Wenn die Bo

Von Hans Magnus

Die Geschichte der Menschheit läßt sich als Entfaltung dieser Parabel lesen. Über Jahrtausende hinweg bilden sich immer wieder stationäre Populationen. Auf's Ganze und auf die Dauer gesehen, bleiben sie jedoch die Ausnahme. Die Regel sind: Raub- und Eroberungszüge, Vertreibung und Exil, Sklavenhandel und Verschleppung, Kolonisation und Gefangenschaft. Immer war ein erheblicher Teil der Menschheit in Bewegung, auf der Wanderung oder auf der Flucht, aus den verschiedensten Gründen, auf gewaltförmige oder friedliche Weise – eine Zirkulation, die zu fortwährenden Turbulenzen führen muß. Es handelt sich um einen chaotischen Prozeß, der jede planende Absicht, jede langfristige Prognose zunichte macht.

Zwei Passagiere in einem Eisenbahnabteil. Wir wissen nichts über ihre Vorgeschichte, ihre Herkunft oder ihr Ziel. Sie haben sich häuslich eingerichtet, Tischchen, Kleiderhaken, Gepäckablagen in Beschlag genommen. Auf den freien Sitzen liegen Zeitungen, Mäntel, Handtaschen herum. Die Tür öffnet sich, und zwei neue Reisende treten ein. Ihre Ankunft wird nicht begrüßt. Ein deutlicher Widerwille macht sich bemerkbar, zusammenzurücken, die freien Plätze zu räumen, den Stauraum

über den Sitzen zu teilen. Dabei verhalten sich die ursprünglichen Fahrgäste, auch wenn sie einander gar nicht kennen, eigentümlich solidarisch. Sie treten, den neu Hinzukommenden gegenüber, als Gruppe auf. Es ist ihr Territorium, das zur Disposition steht. Jeden, der neu zusteigt, betrachten sie als Eindringling. Ihr Selbstverständnis ist das von Eingeborenen, die den ganzen Raum für sich in Anspruch nehmen. Diese Auffassung läßt sich rational nicht begründen. Um so tiefer scheint sie verwurzelt zu sein.

Dennoch kommt es so gut wie nie zu offenen Auseinandersetzungen. Das liegt daran, daß die Fahrgäste einem Regelsystem unterliegen, das nicht von ihnen abhängt. Ihr territorialer Instinkt wird einerseits durch den institutionellen Code der Bahn, andererseits durch ungeschriebene Verhaltensnormen wie die der Höflichkeit gebändigt. Also werden nur Blicke getauscht und Entschuldigungsformeln zwischen den Zähnen gemurmelt. Die neuen Fahrgäste werden geduldet. Man gewöhnt sich an sie. Doch bleiben sie, wenn auch in abnehmendem Grade, stigmatisiert.

Dieses harmlose Modell ist nicht frei von absurden Zügen. Das Eisenbahnabteil ist ein transitori-



ote kommen

Enzensberger, 1992

scher Aufenthalt, ein Ort, der nur dem Ortswechsel dient. Die Fluktuation ist seine Bestimmung. Der Passagier ist die Negation des Sefhaften. Er hat ein reales Territorium gegen ein virtuelles eingetauscht. Trotzdem verteidigt er seine flüchtige Bleibe nicht ohne stille Erbitterung.

Jede Migration führt zu Konflikten, unabhängig davon, wodurch sie ausgelöst wird, welche Absicht ihr zugrunde liegt, ob sie freiwillig oder unfreiwillig geschieht und welchen Umfang sie annimmt. Gruppenegoismus und Fremdenhaß sind anthropologische Konstanten, die jeder Begründung vorausgehen. Ihre universelle Verbreitung spricht dafür, daß sie älter sind als alle bekannten Gesellschaftsformen.

Um sie einzudämmen, um dauernde Blutbäder zu vermeiden, um überhaupt ein Minimum von Austausch und Verkehr zwischen verschiedenen Clans, Stämmen, Ethnien zu ermöglichen, haben altertümliche Gesellschaften die Tabus und Rituale der Gastfreundschaft erfunden. Diese Vorkehrungen heben den Status des Fremden aber nicht auf. Sie schreiben ihn ganz im Gegenteil fest. Der Gast ist heilig, aber er darf nicht bleiben.

Nun öffnen zwei weitere Passagiere die Tür des

Abteils. Von diesem Augenblick an verändert sich der Status der zuvor Eingetretenen. Eben noch waren sie Eindringlinge, Außenseiter; jetzt haben sie sich mit einem Mal in Eingeborene verwandelt. Sie gehören zum Clan der Sefhaften, der Abteilbesitzer, und nehmen alle Privilegien für sich in Anspruch, von denen jene glauben, daß sie ihnen zustünden. Paradox wirkt dabei die Verteidigung eines »angestammten« Territoriums, das soeben erst besetzt wurde; bemerkenswert das Fehlen jeder Empathie mit den Neuankömmlingen, die mit denselben Widerständen zu kämpfen, dieselbe schwierige Initiation vor sich haben, der sich ihre Vorgänger unterziehen mußten; eigentümlich die rasche Vergeßlichkeit, mit der das eigene Herkommen verdeckt und verleugnet wird.

Hans Magnus Enzensberger: »Die große Wanderung«

Aus: Hans Magnus Enzensberger, Die große Wanderung – Dreiunddreißig Markierungen. © 1994, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M.

Ihr gehört zu uns!

Protest gegen drohende Abschiebung von Mitschüler_innen

Wie ein Lauffeuer hat sich die Ungeheuerlichkeit verbreitet: Fünf Kinder unter 14 Jahren sollen mit ihrer Mutter in den Kosovo abgeschoben werden! Alle fünf Kinder sind hier geboren und sind Hamburger_innen. Zwei besuchen die Kita, die drei älteren die Nelson-Mandela-Schule, das Helmut-Schmidt-Gymnasium und die Elbinschule in Wilhelmsburg. Ihre Mutter ist alleinerziehend und stammt aus dem Kosovo.

Sofort startete eine Welle des Protestes und der Solidarität an den betroffenen Schulen und in der Stadt. In der Nelson-Mandela-Schule – eine „Schule gegen Rassismus, Schule mit Coura-

ge“ – entstand in Windeseile ein Protestfilm auf Youtube, der in den sozialen Medien, vom Flüchtlingsrat und vom Bündnis „Solidarische Stadt“ verbreitet wurde und in wenigen Tagen fast 10.000 Aufrufe erhielt.

Darin äußern sich Schüler_innen und Lehrer_innen:

„Eine Mitschülerin von uns wird einfach abgeschoben. So was geht gar nicht!“, empört sich ein Schüler und eine Schülerin sagt: „Ich verstehe nicht. Sie wurde hier geboren.“ „Das müssen wir verhindern. Hier ist ihre Heimat!“, ist die einhellige Meinung der Schülerschaft.

Auch die Lehrer_innen sind empört und solidarisieren sich.

Die Klassenlehrerin von einem der Nimonaj-Kinder ist fassungslos. Eine andere Lehrerin äußert ihr Unverständnis: „Die Kinder der Familie Nimonaj-Stefan haben sich in der Schule engagiert, sie haben Deutsch gelernt, Rechnen, Lesen, Schreiben und haben viele Freunde gefunden, ein Netzwerk aufgebaut. Sie sind hier zu Hause!“

„Nur auf dem Pass steht, dass sie albanisch ist, sie ist aber schon längst, war schon immer deutsch!“, sagt ein Kollege über die elfjährige Tochter der Familie. „Sie würde rausgerissen – für immer, ohne dass sie die Sprache kann, in ein ihr völlig fremdes Land.“

Eine Kollegin macht deutlich, dass man die Abschiebung nicht hinnehmen wird. „Es kann nicht sein, dass Schüler_innen, also Kinder und Jugendliche, die hier aufgewachsen und geboren sind, abgeschoben werden. Dagegen kämpfen wir gemeinsam.“

Schon seit August 2020 bangt die Familie um ihren Aufenthalt. Seitdem leben Mutter und Kinder in Unsicherheit und Angst vor Abschiebung. Anwälte und Bezirksamts konnten sich nicht einigen, woraufhin die Aufenthaltserlaubnis der Familie Nimonaj-Stefan abgelehnt wurde.

Eine Eingabe beim Eingabenausschuss hat zur nochmaligen Prüfung geführt und brachte die Überweisung an die Härtefallkommission, sozusagen als letzte Chance. Hier sollte am 25.11.21 die endgültige Entscheidung über ein Bleiberecht für die Familie getroffen werden.

Die Schüler_innen der Wilhelmsburger Schulen denken sich weitere Solidaritätsaktionen aus, damit die Familie Nimonaj



Foto: LAMBDA

Wilhelmsburger Schüler_innen übergaben Landesschulrat Altenburg-Hack Briefe und Unterschriften gegen die drohende Abschiebung der Familie Nimonaj-Stefan

bleiben kann. Sie starteten eine Unterschriftensammlung sowie eine Petition auf Change.org und schrieben Briefe an die Behörde und Härtefallkommission. Inzwischen haben 47.900 Menschen die Petition unterschrieben (Stand 30.11.2021).

Am 23. November, kurz vor der Ausschusssitzung, übergaben die Schüler_innen in der Schulbehörde 3.700 Unterschriften und die Briefe der Klasse 6F an den Landesschulrat. MOPO, Abendblatt und NDR berichteten.

„Keine Abschiebung aus Schule und Ausbildung! Schule für Alle!“

Mit diesen Forderungen unterstützte die GEW den Protest von Anfang an und verbreitete in ihrer Presseerklärung und auf der Homepage das Protestvideo der Nelson-Mandela-Schule.

Die GEW fordert die Durchsetzung des Kindeswohls und des Rechts auf Bildung für alle Kinder, wie es in der Kinderrechtskonvention (Artikel 28) von 1989 festgeschrieben wurde. Dort heißt es im Artikel 3, Absatz 1: „Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleichviel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.“ Und in der Information des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend heißt es zu den Grundprinzipien der Kinderrechtskonvention: „Alle Kinder, die sich in Deutschland aufhalten, müssen Schutz, Förderung und Bildung sowie Beteiligung erfahren - egal, woher sie kommen und welcher Religion oder Weltanschauung sie anhängen.“

Sven Quiring, Vorsitzender der GEW Hamburg, fordert „deshalb Schulsenator Rabe dazu auf, sich gegen diese un-

menschliche Praxis einzusetzen, denn Kinderrechte haben einen höheren Stellenwert als staatliches Abschiebeinteresse. Eine reiche Stadt wie Hamburg kann hier ein Zeichen setzen für ein menschenwürdiges Aufwachsen und eine Zukunft aller Menschen, die hier leben.“

Unter Missachtung der Kinderrechte sind in Hamburg immer wieder schulpflichtige Kinder abgeschoben worden, ohne

*Es kann nicht sein, dass
Schüler_innen, also
Kinder und Jugendliche,
die hier aufgewachsen
und geboren sind,
abgeschoben werden*

dass sie eine Chance gehabt hätten, ihre schulische Ausbildung fortzusetzen und eine Lebensperspektive zu entwickeln. Der Bleiberechtsausschuss (jetzt LAMBDA) hat 2017 für die Kolleg_innen einen Erfahrungsbericht mit Handlungstipps bei Abschiebungen veröffentlicht.

2020 wurden 30 Kinder im schulpflichtigen Alter abgeschoben. In der ersten Hälfte dieses Jahres wurden 13 Kinder und ab Juli 2021 acht Kinder unterschiedlicher Nationalität im Alter von 6, 7, 10 und 16 Jahren mit ihren Familien abgeschoben. Das ist ein Skandal und muss ein Ende haben!

Eine Abschiebung in den Kosovo würde für die Kinder das Aus für ihre schulische Laufbahn und soziale Not und Perspektivlosigkeit für die ganze Familie bedeuten sowie die Gefährdung ihrer Gesundheit. Eine Abschiebung muss daher unbedingt verhindert werden!

Chancen auf Bleiberecht durch Koalitionsvertrag der Ampelkoalition?

Die Härtefallkommission hat am 25.11. die Entscheidung

über den Aufenthalt der Familie Nimonaj-Stefan vertagt. Die Aufschiebung der Entscheidung mag als Erfolg des Protestes angesehen werden, aber nur eine positive Entscheidung für das Bleiberecht der Familie ist akzeptabel!

Einen Tag vor der Härtefallkommissionssitzung, am 24.11., wurde der Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition unterzeichnet, in dem wichtige Änderungen im Aufenthaltsrecht angedacht sind. Unter der Überschrift „Aufenthalts- und Bleiberecht“ wird in den Zeilen 4668 bis 4673 dargelegt, dass die bisherige Praxis der Kettenduldungen durch ein „Chancen-Aufenthaltsrecht“ ersetzt werden kann. D.h.: Wenn ein Elternteil ab dem 1.1.2022 fünf Jahre hier lebt, kann ein Bleiberecht erworben werden, erst für ein Jahr auf Probe, dann dauerhaft. Das könnte dann auch für die in Deutschland geborenen Kinder gelten. Und auch im Einbürgerungsrecht soll sich etwas verbessern (Zeile 3977-3979). Von solchen gesetzlichen Änderungen könnten die Familie Nimonaj und andere Migrant_innen profitieren.

Verbesserte Aufenthaltsrechte für nach Deutschland eingewanderte Menschen sind zu begrüßen. Aber alle Migrant_innen müssen eine echte Bleibeperspektive erhalten, um für sich und ihre Familien ein menschenwürdiges Leben und eine Zukunft aufzubauen. Es darf keine Abschiebungen aus Schulen mehr geben! Der Kampf für das Bleiberecht für die Familie Nimonaj-Stefan muss weitergehen!

KARIN HAAS
Landesausschuss für Migration,
Bleiberecht, Diversität und
Antirassismus (LAMBDA)

Genauere Quellenangaben sind in
der Online-Ausgabe der hlz zu finden:
gew-hamburg.de

Ein hoffnungsloser Fall?

Eine Kollegin beschreibt die Situation vor dem Hintergrund ihrer langjährigen Erfahrungen vor Ort

Im März 2001 war ich zum ersten Mal bei den Projekten unseres Vereins Afghanistan-Schulen im Nordwesten Afghanistans. Die Taliban waren noch an der Macht, die wenigen Mädchenschulen geschlossen und die Bevölkerung hoffnungslos. In Andkhoi und den drei benachbarten Distrikten, wo wir in den 1990er Jahren erste Schulbauprojekte gefördert hatten, konnten wir einige Homeschools für Mädchen einrichten, eine Nähstube und allen Lehrer_innen bei unseren Besuchen etwas Geld geben, damit ihre Familien nicht hungern mussten.

Heute, 20 Jahre später, ist es fast wieder so weit. Allerdings mit einem sehr großen Unterschied: Im ganzen Land konnten

in dieser Zeit überall Schulen gebaut werden, Lehrer_innen ausgebildet und an den Universitäten Fachkräfte für alle wissenschaftlichen Bereiche gefördert werden. Viele bekamen Stipendien im Ausland und kehrten mit dem festen Entschluss zurück, ihre Heimat aus der Rückständigkeit herauszuführen.

Unser Verein hat im Norden großen Anteil an dieser Entwicklung: Allein in der Gegend um Andkhoi konnten wir 47 kleine und große Schulen bauen. 2006 errichteten wir ein großes Ausbildungszentrum für Mädchen und Jungen von der 7. bis zur 12. Klasse, die hier von immer wieder fortgebildeten Lehrer_innen auf einen Abschluss vorbereitet wurden. Viele Jungen und

Mädchen bestanden seitdem die Prüfung für einen Platz an einer der Universitäten. Zusätzlich konnten Hunderte an den Englisch- und Computerkursen teilnehmen, die für spätere Jobs wichtig waren. In sogenannten Donnerstags-Shows lernten sie, sich mit vielen sozialen Themen auseinanderzusetzen, Referate zu halten, auch auf Englisch und Mitschüler_innen für aktives Engagement z.B. im Umweltschutz zu begeistern.

In dörflichen Gegenden, wo die Lehrkräfte oft nicht ausreichend qualifiziert waren, gaben wir auf Wunsch der Schülerinnen an mehreren Mädchenschulen zusätzliche Kurse besonders in naturwissenschaftlichen Fächern.



Fotos: Afghanistan-Schulen

November 2021: 7. Klässler in der Bibliothek des Ausbildungszentrums



Donnerstags-Show 2018: Mädchen und Jungen zum ersten Mal gemeinsam

Spuren sichtbar

Ist das nun alles Vergangene? Kann so eine Entwicklung unter Androhung von Gewalt aufgehalten und aus den Köpfen der Menschen zum Verschwinden gebracht werden?

Natürlich nicht! Sicher ist es im Augenblick eine ganz schwierige Situation. Wut, Trauer und Angst herrschen überall. Viele Menschen, auch aus der Gruppe der leitenden Angestellten unseres Vereins (VUSAF, wie wir in Andkhoi heißen), mussten wegen verschiedener Drohungen auf die Evakuierungslisten gesetzt werden und wir hoffen, dass sie bald in Sicherheit sein werden.

Es gelang diesen seit vielen Jahren für unsere Projekte engagierten Frauen und Männer, gute neue Kräfte für diese Aufgaben zu finden und einzuarbeiten. Ihre Nachfolger_innen sind jetzt dabei, auch die noch fehlenden Fachkräfte zu finden. Junge, gut ausgebildete Frauen und Männer gibt es genug. Sie freuen sich, bei uns einen gut bezahlten Job zu bekommen, der von allen Menschen geschätzt wird und

eine große Hilfe für die Gesellschaft ist. Unsere Arbeit wurde und wird vor Ort von allen Behörden, Dorfältesten und selbst Mullahs sehr geschätzt.

So konnte unser Landesdirektor Asef den im Juni eingerückten Taliban noch unsere Projekte zeigen. Die inzwischen immer wieder wechselnden Taliban-Verantwortlichen zeigten sich sehr beeindruckt von unserer Arbeit. Anfangs hieß es, wir soll-

ten die Projekte weiterführen, soweit die Kabuler „Regierung“ das erlaube. Aber da die älteren Mädchen auch nach dem Ende der Sommerferien im September noch nicht wieder zur Schule gehen durften, beschlossen wir, das Ausbildungszentrum erst dann wieder zu öffnen, wenn Jungen und Mädchen kommen konnten.

Ende Oktober war es dann so weit: Alle Kurse sind wieder angelaufen. Nur der Sport für



Orte, an denen der Verein seit 30 Jahren tätig ist



Links unser aktueller Projektleiter, rechts ein Talib

die Mädchen (Volley- und Basketball) auf dem Gelände des Yuldoz-Gymnasiums darf noch nicht wieder stattfinden. Auf diesem Gelände hatten wir vor Jahren schon ein Extragebäude für das Ausbildungszentrum für die Mädchen errichtet. Damit ist die von den Taliban gewünschte Trennung der Geschlechter abgesichert. Allerdings dürfen jetzt nur Frauen die Mädchen unterrichten. Der Taliban-Gouverneur machte eine Ausnahme und

besuchte unsere Mädchenkurse zusammen mit einigen auch jüngeren Männern, um ihnen zu sagen, sie sollten keine Angst haben und alle in die Schule kommen! Dies soll aber nicht den Eindruck erwecken, dass die neuen Machthaber landesweit ähnlich verfahren. Im Gegenteil: es gibt mehr als beunruhigende Berichte, die Gegenteiliges aussagen. Vielerorts herrscht blanke Willkür und Regierungsunfähigkeit. Händeringend werden ehe-

malige Verwaltungsangestellte gebeten, an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren.

Wie es bei unseren Projekten weitergeht, wissen wir natürlich nicht. Stand aber ist: Auch unsere drei Frauenzentren in Andkhoi in zwei angrenzenden Bezirken durften wieder öffnen. Die jungen Frauen und ihre Lehrerinnen sind begeistert: Endlich können sie sich wieder in den gut ausgestatteten Räumen treffen und miteinander über die Probleme sprechen. Sie lernen sehr eifrig die ihnen fremde Sprache Dari (zu Hause sprechen sie Usbekisch oder Turkmenisch), lernen Lesen und Schreiben sowie Rechnen und vor allem Schneidern. Damit können sie nach anderthalb Jahren etwas dazu verdienen und ihre Familie mit Kleidung versorgen. Die letzten Monate hatten sie sich in kleinen Gruppen in einem der Privathäuser getroffen.

Die wirtschaftliche Lage ist allerdings für alle katastrophal. Kaum jemand hat Geld zum Einkaufen. Die Staatsangestellten haben seit Monaten kein Gehalt erhalten. Die Lehrer_innen bekamen nach drei Monaten jetzt



November 2021: Zuschnitte zuerst mit Plastikfolie, danach Stoff



November 2021: 8. Klasse Mathematik

zum ersten Mal ein Gehalt, das sie aber in der nächsten größeren Stadt abholen müssen, weil die Bank in Andkhoi geschlossen ist. In dieser Notlage haben wir einmalig allen 1668 Lehrkräften der vier Bezirke je 40 Euro gezahlt, damit sie wenigstens das Nötigste einkaufen konnten.

Für die 425 allerärmsten Familien, die unseren Mitarbeiter_innen bekannt sind, werden wir demnächst unauffällig jeweils 20 Euro pro Person zahlen (rund 2700 vom Baby bis zur Großmutter). Arztbesuche, Medizin und Lebensmittel können davon bezahlt werden.

Es gäbe noch viel zu berichten. Auch in Mazar-e-Sharif werden 50 bedürftige Familien

von uns mit Bargeld unterstützt. Hier haben wir in den letzten 20 Jahren 17 sehr große Schulen

Für die 425 allerärmsten Familien, die unseren Mitarbeiter_innen bekannt sind, werden wir demnächst unauffällig jeweils 20€ pro Person zahlen (rund 2700 vom Baby bis zur Großmutter).

gebaut und viele andere Projekte durchgeführt. Wenn ihr davon mehr wissen wollt, guckt bitte auf unsere Homepage.

An dieser Stelle möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen bedanken, die an ihren Schulen hier in Hamburg, aber auch in anderen Teilen Deutschlands immer wieder Aktionen für die Unterstützung unserer Arbeit initiiert haben: Spendenläufe, Weihnachtsbasare, Theater...

Ich hoffe, dass das auch weiterhin möglich ist und vielleicht auch neue Interessenten findet! Unsere Projekte gehen jedenfalls weiter – und, wie eine unserer Leiterinnen der Frauenzentren sagte: Jeder Funke des Wissens in unseren Köpfen ist ein Sieg gegen die Taliban.

TANJA KHORRAMI
Ehemals Lehrerin an der Schule Hohe Landwehr, die zu den langjährigen Patenschulen gehört

Bitte spendet! Auch der kleinste Betrag hilft!

Vereinsadresse: Deefenallee 21, 22113 Oststeinbek/Hamburg, Marga Flader (Vorsitzende), Tel. 040 712 24 67, 0160 581 3473, Flader@Afghanistan-Schulen.de; Tanja Khorrani (Stellvertretende Vorsitzende), Tel. 040 643 23 11, Khorrani@Afghanistan-Schulen.de

Internet: www.Afghanistan-Schulen.de, www.Facebook.com/AfghanistanSchulen www.instagram.com/afghanistanschulen

Spendenkonto: Afghanistan-Schulen e.V. EthikBank IBAN DE71 8309 4495 0103 0410 50

Damit wir eine Spendenbescheinigung ausstellen können, schreiben Sie bitte Ihre Adresse in das Betreff-Feld des Überweisungsträgers.

Hilferuf

Afghanische Kolleg_innen brauchen unsere finanzielle Unterstützung

Dem LAMBDA* liegt dieser Brief zweier GEW Kolleginnen vor. Er knüpft an dem auf dem Gewerkschaftstag beschlossenen Dringlichkeitsantrag an, in dem zur Solidarität mit und Unterstützung von afghanischen Familien aufgerufen wird. Bitte verbreitet diesen Brief. Spenden bitte auf

folgendes Konto: Konto-Inhaber: Refugees Welcome Bonn e. V., Konto-Nr.: 100 299 2015, BLZ: 380 601 86, BIC: GENODED 1BRS, IBAN: DE77 3806 0186 1002 9920 15, Volksbank Bonn Rhein-Sieg e.G.

Verwendungszweck: Humanitäre Hilfe für unsere afghani-

schen Deutschlehrerinnen aus Kabul

Ihr erhaltet eine Spendenquittung, wenn ihr dies vermerkt und euren Namen und eure Adresse angebt.

DILAN KUZU

*LAMBDA (Landesausschuss für Migration, Bleiberecht, Diversität und Antirassismus)

“Liebe Kolleg_innen,

wir bitten euch herzlich um finanzielle Unterstützung für unsere afghanischen Deutschlehrerinnen in Kabul/ Afghanistan, mit denen wir über viele Jahre an den Mädchenschulen Aische-i-Durani und Lycee Jamhuriat und an der Amani-Oberrealschule (Jungenschule) eng zusammengearbeitet haben.

Trotz unserer hartnäckigen Bemühungen und der Zusammenarbeit mit der ZfA haben es bisher nur zwei afghanische Deutschkolleginnen mit ihren Familien nach Deutschland geschafft: eine afghanische Kollegin mit dem Flugzeug der Bundeswehr, eine andere, weil wir eine Anwältin eingeschaltet haben, die ihre Ausreise erwirkt hat. (Alle Deutschkolleginnen und ihre Familienmitglieder stehen auf der Gefährdungsliste, die dem AA vorliegt. Die Liste wurde in Absprache mit der ZfA zusammengestellt.)

Viele unserer afghanischen Deutschkolleginnen halten sich mit ihren Familien weiterhin in Kabul versteckt, müssen oft alle 2-3 Tage mit ihren Kleinkindern das Quartier wechseln, erhalten Morddrohungen, der Sohn unseres Verwaltungsangestellten wurde entführt. Unsere afghanischen Deutschkolleginnen haben für die letzten Monate kein Gehalt bekommen. Seit dem 15. August 2021 (Übernahme der Macht in Afghanistan durch die

Taliban) dürfen sie nicht mehr arbeiten, weil es Frauen untersagt ist, in der Schule zu unterrichten. Wir stehen mit ihnen regelmäßig in Kontakt und wissen, dass viele von ihnen nicht mehr das Geld haben, um die so wichtigen Lebensmittel für die Familien zu bezahlen. Die Lebensmittelpreise sind stark gestiegen.

Außerdem wurden die Deutschdepartements der drei o.g. Schulen von den Taliban durchsucht, die Herausgabe der Computer und Adressen unserer afghanischen Deutschkolleginnen erzwungen. Unsere Kolleginnen in Kabul und ihre Familien haben Angst um Leib und Seele. Um die größte Not zu lindern, wollen wir sie mit Geldspenden unterstützen, damit sie die Miete und Heizmaterial für den Winter bezahlen können, sich mit Lebensmitteln und Hygieneartikeln für die nächsten Wochen versorgen können.

Herzlich bitten wir euch dabei um eure Unterstützung!

MARIE LUTHARDT

(Auslandsdienstlehrkraft von 2014-2016 am Lycee Jamuriat/ Kabul)

PETRA DRESSLER-QUADE

(Auslandsdienstlehrkraft von 2011-2016 an der Aische-i-Durani Schule/ Kabul)“

Hintergrundinformationen

Kabul und Afghanistan seit der Machtübernahme der Taliban:

Nach den Sommerferien durften nur die Jungen wieder zur Schule gehen. Lehrer_innen dürfen nicht unterrichten. Gehälter können nicht gezahlt werden. Ein Großteil des afghanischen Staatsvermögens ist in den USA eingefroren. Das afghanische Bankenwesen ist ebenfalls in amerikanischer Hand. (s.a. Abkommen von Doha).

- Es fehlt am Nötigsten, vor allem auch an Lebensmitteln.
- Es gibt auch keine unabhängige Presse, die berichten könnte.
- Afghanistan befindet sich im Ausnahmezustand.
- Es ist Winterbeginn und auch die internationale Gemeinschaft schweigt dazu.

Dieser Hilferuf unterstreicht die Wichtigkeit des Dringlichkeitsantrages, den der Gewerkschaftstag im September verabschiedet hatte: Der Hamburger Senat und die Bundesregierung müssen nachdrücklich erinnert werden, dass sie ihre Zusagen unverzüglich in Taten umsetzen.

ANGELIKA REUTER (LAMBDA)

Weltkindertag

Solidarität und Unterstützung für die afghanischen Familien,
besonders für die Kinder und Jugendlichen!

Die Taliban haben im August die Macht in Afghanistan übernommen und bedrohen in eklatanter Weise grundlegende Menschenrechte wie das Recht auf Bildung und gesellschaftliche Teilhabe, besonders für Mädchen und Frauen, das Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit und das Recht auf Selbstbestimmung und Demokratie.

Viele Menschen, die andere Vorstellungen als die Taliban haben und öffentlich vertreten, werden bedroht, eingeschüchert und verfolgt.

In Hamburg lebt die größte afghanische Community Europas. Sie – und besonders darin auch die Kinder, die gleichzeitig Schülerinnen und Schüler in Hamburger Schulen sind – sind durch die Ereignisse in und um Afghanistan besonders belastet, z.T. auch traumatisiert. Angst und Unsicherheit beeinträchtigen Leben und Lernen der Kinder und Jugendlichen, auch wenn ein Teil von ihnen hier in Deutschland ein relativ gesichertes Leben haben. Aber viele Familien haben Angehörige in

Afghanistan, die in Nachbarländer geflohen sind oder in den Elendslagern an den EU-Außengrenzen festsitzen und die auf Hilfe aus dem Ausland hoffen.

Auch haben viele Familien keinen gesicherten Aufenthaltsstatus, sondern nur eine Duldung. Sie leben in ständiger Angst vor der Abschiebung, die angesichts der Taliban-Herrschaft eine noch schrecklichere Bedrohung bedeutet und eine ständige Sorge um die Zukunft. Von den noch knapp 50.000 Asylverfahren in Deutschland sind besonders viele Afghan_innen betroffen. Teilweise warten die Menschen mehr als ein Jahr auf ihre Anhörung.

Den afghanischen Familien und ihren Kindern gilt daher unsere besondere Solidarität.

Die Delegierten des Gewerkschaftstags fordern den Hamburger Senat auf, sich für folgende Forderungen einzusetzen:

1. Für einen sofortigen unbefristeten, formellen und bundesweiten Abschiebestopp nach Afghanistan. Die Innenministerkonferenz muss im Dezember beschließen, dass Abschiebun-

gen nach Afghanistan auch langfristig ausgeschlossen sind.

2. Allen afghanischen Schutzsuchenden muss ein sicherer Aufenthaltsstatus erteilt werden. Es braucht jetzt gerechte Bleibeperspektiven für alle jungen Menschen und behördliche Hürden hierfür müssen abgebaut werden.

3. Eine schnelle und unbürokratische Familienzusammenführung muss ermöglicht werden, sowohl für die unbegleiteten afghanischen jungen Geflüchteten als auch humanitäre Aufnahme von Angehörigen von in Deutschland lebenden afghanischen Familien.

4. Es muss sichergestellt werden, dass kurzfristig zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen für psychosoziale Betreuung, Beratung und Unterricht bereit gestellt werden.

5. Hamburg legt ein humanitäres Landesaufnahmeprogramm auf, das schnell und unbürokratisch afghanische Geflüchtete aus den umliegenden Ländern in Deutschland aufnimmt

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, E-Mail: j.geffers@freenet.de

Redaktion: Manni Heede, Wolfgang Svensson

Redaktionsassistent: Jason Tsiakas

Endredaktion: Susanne Berg

Titel: tim-mossholder

Rückseite: GEW

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg. Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Gestaltung: albersdesign, ca@albers.design

Druck: drucktechnik-altona

Anzeigen: albersdesign, ca@albers.design,

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sieben Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor_innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss hlz 1-2/2022: 26.1.2022

Spendet für eine bessere Zukunft!

Die Bedingungen für einen regelhaften Schulbesuch haben sich während der Pandemie verschlechtert

Richtig, gerade vor Weihnachten flattern die Spendenaufrufe vieler Organisationen in unsere Briefkästen. Dem schließt sich die GEW-Stiftung fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit nun mit diesem Artikel wieder einmal an, denn gerade jetzt braucht sie die möglichst breite Unterstützung der GEW-Mitglieder.

Eure *hlz* berichtet zwar sehr regelmäßig über die wichtigen gewerkschaftlichen Aktivitäten gegen Kinderarbeit in den verschiedenen Ländern des Globalen Südens (zuletzt in der vorigen Ausgabe), aber die eine oder der andere Kolleg_in könnte glauben, dass durch die Schulschlie-

ßungen in der Pandemie nicht so viele Mittel wie eingeplant für die Projekte benötigt wurden. Das Gegenteil ist der Fall.

Multiple Belastung

Kinder sind von der Pandemie in mehrfacher Hinsicht schwer betroffen. Allein zu lernen zu Hause bei geschlossenen Schulen – das ist für die Kinder in den Projektgebieten noch schwieriger als für viele Kinder hierzulande. Es fehlt ihnen nicht nur an Unterrichtsmaterial, mit dem sie arbeiten könnten und an Unterstützung durch ihre Eltern. Die Familien sind in noch größere Armut geraten, weil die ohnehin

sehr begrenzten Einkünfte weiter abnahmen, Lebensmittel und Waren des täglichen Bedarfs jedoch teurer wurden. Wie sollen sie da das Überleben sichern? Selbst viele Erwachsene, die vielleicht schon die Bedeutung einer Ausbildung für ihre Kinder erkannt hatten, verloren die Hoffnung, dass Schulen in naher Zukunft wieder öffnen. Geschlossene Schulen über fast ein Schuljahr und extrem gekürzte Gehälter der Lehrkräfte (wie u. a. in Simbabwe und Malawi) hatte diese zum Verlassen ihres Dienstortes und zur Abreise in ihre Heimatregion veranlasst, um überleben zu können. Mit

Foto: Sam Grumiau/ Uganda



Trotz Corona: Die Projekte gehen weiter – Stop Kinderarbeit

ihrer Rückkehr rechnete kaum jemand.

Sehr häufig suchten Eltern in dieser Notsituation nach Lösungen, wie sie Entlastung finden können, und die naheliegenden für sie waren nicht selten Frühverheiratung ihrer Töchter oder der Weg zurück in die Kinderarbeit. In der Folge nahmen Kinderhandel und die Zahl arbeitender Kinder stark zu.

Gewerkschaften blieben nicht untätig

Diesen Vorgängen sahen die Lehrkräftegewerkschaften, mit denen die Stiftung *fair childhood* zusammenarbeitet, nicht tatenlos zu. Sie wollten die in den letzten Jahren errungenen Fortschritte so gut wie möglich absichern und versuchten auf verschiedene Weise, den Kontakt zu den wiedergewonnenen Schulkindern aufrecht zu erhalten. In den Schulen einiger Projektregionen machten sie für Schulkinder sportliche und kulturelle Angebote im Freien. In anderen versuchten sie mit so genannten *community drives* die Bevölkerung aufzuklären: In mit großen Lautsprechern ausgerüsteten Kleinbussen fuhren Gewerkschaftsmitglieder in alle Dörfer des Projektgebiets und informierten die Menschen auf den Feldern und in den Häusern über die Maßnahmen gegen die Pandemie und auch darüber, dass die Schulen bald wieder öffnen werden und dass alle Kinder wieder zurück in die Schule sollen, um deren Schulabschlüsse nicht zu gefährden.

In Fortbildungen entwickelten sie ein Unterstützungs- und Aufholprogramm für die Schüler_innen, die nach der Wiederöffnung der Schulen die Lernlücken schließen und den Anschluss wieder finden müssen. Und dort, wo neue Projekte entwickelt werden, nutzten die Gewerkschaften die unterrichtsfreie Zeit während der Pandemie, um neue Lehrkräfte für das Projekt zu

schulen.

In der Bevölkerung wächst durch solche Aktivitäten das Ansehen der Gewerkschaften und ihrer Lehrkräfte beträchtlich. Und unter den Lehrkräften macht das gute Beispiel Schule. In den Projektregionen ist ein beachtlicher Mitgliederzuwachs bei den fortschrittlichen Lehrkräftegewerkschaften zu verzeichnen, weil viele Kolleg_innen ähnlich erfolgreich arbeiten und deshalb Zugang zu den Schulungen haben möchten.

Aber solche Gewerkschaftsarbeit gegen Kinderarbeit ist kostenintensiv. Fortbildungstreffen müssen organisiert und durchgeführt werden, häufig mit langen Anfahrten und Bewirtung der Teilnehmenden, was in den afrikanischen Projektregionen oft kein einfaches Unterfangen ist. Auch die Voraussetzungen der *community drives* sind in diesen Ländern kostspielig. Fahrzeuge und Lautsprecherequipment müssen ausgeliehen und der teure, weil knappe Treibstoff will ebenfalls bezahlt werden.

Dank und Anerkennung

So hat die Pandemie die Arbeit der Stiftung und ihrer Projektpartner_innen durchaus erschwert und verteuert.

Anerkennend und dankbar sehen wir, dass unsere Kolleg_innen in den Projekten den Kampf gegen Kinderarbeit nicht aufgeben. Unser großer Dank geht an die treuen, regelmäßigen oder einmaligen spendenden GEW-Mitglieder, die in diesem Jahr wieder mit ihrem Geld diesen Kampf ermöglicht haben. Damit tragen sie wesentlich dazu bei, dass die Stiftung *fair childhood* den Schwester-gewerkschaften die An-

schubfinanzierung für die ersten Jahre ihrer Projekte gegen Kinderarbeit zusagen und absichern kann, bis die Projekte aus eigener Kraft weiterbestehen können.

Auf unserem Wunschzettel steht: Möge die Zahl der Spender_innen für die GEW-Stiftung weiter wachsen und eine noch breitere Unterstützung ermöglichen!

BRUNI RÖMER
Mitglied im Beirat
der Stiftung *fair childhood*



Kindern eine Kindheit geben

Mach mit! Unterstütze die Projekte der GEW-Stiftung *fair childhood*.
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00
BIC: BFSWDE33MUE

www.gew.de/internationales/fair-childhood
fair childhood ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds in München.

Ja, ich möchte mehr über *fair childhood* erfahren.
Bitte sendet mir weitere Informationen zu.

Name, Vorname _____
Straße, Hausnummer _____
PLZ, Ort _____
E-Mail _____
Datum, Unterschrift _____

Bitte sende diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

fair childhood
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit“
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main

fair childhood
Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

Resignation und Widerstand

Die allgemeine Krise und ihre Auswirkung auf das Bildungssystem sind keineswegs überwunden

Seit 2012 fahren wir von der gewerkschaftlichen Solireise-gruppe „Gegen Spardiktate und Nationalismus“ nach Griechenland (siehe auch hlz 12/91: „Im Abwärtsstrudel“). Wir wollen damit Solidarität von unten ausdrücken, von der Situation der Kolleg_innen berichten und ein Gegenbild zur veröffentlichten Meinung herstellen.

Nach fast zwei Jahren pandemiebedingter Pause haben wir im Oktober 2021 die direkten Kontakte zu unseren griechischen Freund_innen und Kolleg_innen wieder aufgenommen. Unsere Solidaritätsreise Ende Oktober führte uns schwerpunktmäßig nach Athen. Veranstaltungen, Infogespräche und Diskussionen vermittelten uns einen Einblick in die innenpolitischen Verhältnisse Griechenlands, in die abnehmende Kraft der Gewerkschaften, in die Schwierigkeiten von sozialen und politischen Initiativen des Widerstandes, in die Ratlosigkeit auf Seiten der gesamten „Linken“, die an Mobilisierungsfähigkeit verloren hat, auch wenn es immer wieder erstaunliche Ausnahmen gibt, die diesem Abwärtstrend entgegenstehen.

In diesem Jahr war auch eine Krankenschwester der Berliner Krankenhausbewegung dabei, die von ihrem erfolgreichen Kampf berichten konnte. Das empfanden unsere Athener Kolleg_innen sehr positiv, nach all den Jahren der endlosen Niederlagen. So konnten wir sie auch mal etwas aufbauen, nachdem sie früher uns immer aufgebaut hatten.

Schon zu Anfang unseres Aufenthaltes – wir wohnten in Ex-

archia – fiel uns die gesteigerte Polizeipräsenz im Verhältnis zu den Besuchen vergangener Jahre auf. Ständig patrouillierten die berüchtigten und gefürchteten Dias-Einheiten der Polizei in diesem als widerständig geltenden Bezirk. Vier oder fünf Motorräder, mit jeweils zwei Polizisten besetzt, überwachen Plätze, Straßen und Gassen von Exarchia und versuchen ein Klima der Einschüchterung zu schaffen, stets bereit, gegen Straftaten, Ordnungswidrigkeiten und Unmutsbekundungen einzuschreiten. Viele in diesen Polizeieinheiten haben eine überwiegend rechtsextrem-rassistische Einstellung. Sie fungieren eher als Schlägertruppe denn als „Ordnungshüter“.

Aus zahlreichen Gesprächen am Rande unserer Treffen und Veranstaltungen erfuhren wir von unseren Gastgeber_innen, dass es vor allem die Brutalität und Willkür der Polizei war, die in den letzten Monaten zu größeren Mobilisierungen geführt hatte; es strömten wieder mehr Menschen auf die Straßen als in den Monaten zuvor und als zu den traditionellen sozialen und gewerkschaftlichen Themen.

Das soziale Elend wächst

Auch wenn in den deutschen Medien kaum noch über die soziale Misere in Griechenland berichtet wird, sie ist nicht beseitigt. Im Gegenteil – wie wir aus persönlichen Gesprächen erfuhren. Bezeichnend die Angst fast aller Athener Freund_innen vor dem anstehenden Winter. Wurden die Zentralheizungen in den meisten Athener Wohnhäusern in den vergangenen Jahren

wenigstens für zwei Stunden am Abend angeworfen, so wird dies wohl künftig auch wegfallen. Kaum eine Hausgemeinschaft ist noch in der Lage, die rapide gestiegenen Energiekosten aufzubringen, um ihre Zentralheizung zu befeuern.

Unsere Treffen mit Gewerkschaftsvertreter_innen aus den Krankenhäusern, aus den privaten Kliniken und Heimen und mit dem gewerkschaftlichen Verband der Ärztinnen und Ärzte Attikas legen Zeugnis davon ab, welche Folgen die Coronapandemie für das chronisch unterfinanzierte Gesundheitswesen hatte. Betroffen sind vor allem normale, sprich: ärmere Patient_innen und die Beschäftigten. Die Regierungsmaßnahmen zielen auf weitere Einsparungen im Gesundheitssektor und verschlimmern deren Misere.

Ein weiteres Beispiel ist die Lage der Bevölkerung auf der Insel Euböa. Die verheerenden Waldbrände des Sommers und die anschließende Überflutung haben zahlreichen Einwohner_innen die Existenzgrundlage geraubt. Verantwortlich für das Ausmaß der Waldbrände waren auch hier die Sparmaßnahmen der vergangenen Jahre in der Wald- und Forstwirtschaft und vor allem bei der Feuerwehr.

Die Zunahme des sozialen Elends stößt auf einen in den letzten Jahren zurückgegangenen Widerstand. Die Beschäftigten sind enttäuscht und ermattet durch die Erfolglosigkeit der Abwehrkämpfe des letzten Jahrzehnts. Ihre Gewerkschaften wurden geknebelt durch die schrittweisen Verschärfungen im Arbeits- und Sozialrecht; ihre

Möglichkeiten werden mit einem neuen Gewerkschaftsgesetz weiter beschnitten – auch hier, wie im Demonstrationsrecht, nach deutschem Vorbild.

Schulreform wie bei Thatcher

Die Grundschullehrerin Vasia haben wir bei allen unseren bisherigen Reisen getroffen. Sie hat seit Dezember '19 eine kleine Tochter. Seit September dieses Jahres arbeitet sie wieder an einer Grundschule, zur Zeit in neun Klassen mit etwa 200 Kindern.

Am Montag, den 11. Oktober hatte es einen landesweiten Lehrer_innenstreik gegen das neue Evaluierungsgesetz gegeben. Die Beteiligung war enorm: landesweit etwa 75 Prozent, in einigen Bezirken Athens bis zu 95 Prozent.

Das neue Evaluierungsgesetz für die Schulen beschloss das Parlament im Juli, mitten in den Ferien. Es sieht vor, dass die Schulen nach einem am Jahresanfang aufgestellten pädagogischen Plan am Jahresende beurteilt werden. Wohlgedacht: Es geht nur um den Unterricht, nicht um die Ausstattung der Schulen, das Lernmaterial, den Zustand der Schulgebäude usw., also die Bedingungen, unter denen Unterricht stattfindet. Zeugnisse werden eine große Rolle dabei spielen. Zu diesem Zweck wird jetzt am Ende der Grundschulzeit, d.h. der sechsten Klasse, eine Abschlussprüfung durchgeführt. Die Prüfung ist zentral, auch die Korrekturen werden zentral erfolgen.

Ziel der Evaluation ist die Erstellung eines Rankings. Dieses Ranking wird dann die Grundlage für die Finanzierung der Schulen bilden: Schulen auf den vorderen Plätzen werden in Zukunft mehr Mittel erhalten, die hinteren weniger. Die Schulen am Ende der Skala sollen sich um externe Sponsoren bemühen! Passend dazu wurde die wohnortbezogene Schulwahl



Foto: M. Klingele

Die gewerkschaftliche Solireservegruppe im Gespräch mit griechischen Kolleg_innen

abgeschafft, so dass Eltern ihre Kinder in anderen Stadtteilen anmelden können.

Eine solche Evaluation richtet sich eigentlich nicht gegen die Lehrkräfte, sondern gegen die Schulen und vor allem gegen die Kinder. Das Ganze ist eine Kopie des englischen Modells, das unter Margaret Thatcher eingeführt wurde.

2014 versuchte die konservative Samaras-Regierung schon einmal eine solche Evaluation einzuführen, scheiterte aber am geschlossenen Widerstand der Gewerkschaften. Damals gab es auch eine allgemeine Widerstandsstimmung und die Regierung stand kurz vor ihrer Ablösung durch Syriza. Aber auch unter Syriza gab es Evaluationspläne, die aber nicht mehr rechtzeitig in eine Gesetzesfassung gebracht werden konnten.

Im Moment evaluieren die Schulen noch selbst auf speziellen Evaluationskonferenzen. Im September wurden die vielerorts boykottiert, weshalb die Regierung diese Boykotte für illegal erklärte.

Die Grundschullehrergewerk-

schaft DOE bereitet jetzt als nächsten Kampfschritt einen Standardevaluationsbericht vor, den alle Konferenzen abgeben sollen. Die Schulleitungen können den nicht einfach ablehnen, weil sie die Zustimmung der Konferenz brauchen.

Der Widerstand ist zwar jetzt auch groß, aber das gesellschaftliche Klima ist anders. Es gibt keinen allgemeinen Widerstand mehr, die Gewerkschaftsbewegung insgesamt liegt am Boden, die Regierung ist aggressiv-reaktionär und findet Zustimmung. So ist zu befürchten, dass diesmal die Evaluation durchgesetzt wird.

Wie es mit der Wertschätzung der Bildung seitens der Regierung aussieht, mag folgende Statistik erhellen: a) Zwischen 2010 und 2016 wurden für jeden Polizisten, der aus dem Dienst ausschied, zwei Polizisten eingestellt. b) Zwischen 2010 und 2019 wurde für jeweils 77 Lehrer_innen, die aus dem Dienst ausschieden, eine neue Lehrkraft eingestellt.

MANFRED KLINGELE
BG Ruheständler

Bewusstseinswandel einleiten

Auf einer Konferenz in Glasgow diskutierten Teilnehmende aus vielen Nationen über die Rolle der Bildung in Sachen Klimawandel

„Klimabildung ist grundlegend für Klimahandeln“. Dieser Satz zog sich als Leitmotiv durch die Veranstaltungen zu Climate Education auf der Klimakonferenz COP26 in Glasgow. Leider wurde er aber in dem Gerangel um Emissionsziele teilweise ins Abseits gedrängt.

Vertreter_innen der Bildungsinternationale, ETUCE, UNESCO, OECD, von globalen Bildungs- und Umweltministerien und vor allem junge Aktivist_innen aus der Zivilgesellschaft waren sich einig, dass die Bewusstseinsbildung gefördert und gestärkt werden muss, um den Klimawandel aufzuhalten.

Unter den Titeln „Together for Tomorrow: Education and Climate Action“ und „Education in Climate Policies. Are countries Making the Grade“, „Teaching for Climate Action: Schools Shaping the Future“ diskutierten die Expert_innen in zahlreichen Arbeitsgruppen.

Eine Studie der UNESCO belegt, dass nur in der Hälfte von 100 exemplarisch untersuchten

Ländern Klimawandel überhaupt in den Lehrplänen erwähnt wird.

Den Schulen wird jedoch eine zentrale Aufgabe bei der Bewältigung des Klimawandels zugewiesen. Sind es also die Schulen, die die Grundlage für Klimabewusstsein legen sollen? Sehr eindringlich legte der OECD Beauftragte Andreas Schleicher dar, dass Klimabewusstsein nicht nur in Räumen, sondern von frühkindlicher Bildung durch die ganze Schullaufbahn in dem Draußen, in der Umwelt, in der Natur stattfindet. Haldis Holst, die stellvertretende Generalsekretärin der Bildungsinternationalen, forderte, die Unterrichtenden in der Ausbildung und in Fortbildungen zu befähigen, die Expertise für Klimabildung zu erlangen und zu stärken. Als positives Beispiel nannte sie Norwegen, wo Klimabildung schon seit 10 Jahren Bestandteil der schulischen Curricula sei. Von Anfang an waren Lehrer_innen und Bildungsgewerkschaften in die Erstellung der Curricula eingebunden. Jedes Jahr werden

Schulen prämiert, die klimarelevante Aktionen entwickeln.

Die Jugendaktivistin Sheyk KC aus Nepal forderte: „Fragt die Schüler_innen, was sie zum Klimawandel lernen wollen. Richtet die Curricula flexibel darauf aus. Es geht nicht nur um Finanzen, es geht um Stärkung (empowerment). Es geht um ihre Zukunft.“

David Sengel, der Leiter für Grund- und Sekundarbildung im Bildungsministerium in Sierra Leone, berichtete von einem anderen Ansatz. Teams gehen in die Regionen des westafrikanischen Landes und klären über Klimabildung auf. Ihr Ziel ist es, die ganze, meist dörfliche Gemeinschaft zu überzeugen. Diese unterstützen dann auch die ‚nature clubs‘ in den Schulen und deren Aktionen.

Die Regierung Sierra Leones hat einen Fünfjahres-Sektorplan zu Klimabildung von frühkindlicher Bildung bis zur Sekundarstufe erstellt.

Die Bildungsministerin von Schottland, Shirley-Anne Somerville, lobte ebenso wie der Vorsitzende der schottischen Lehrgewerkschaft ASI und Präsident der ETUCE Larry Flanagan die enge Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und Regierung. Beide hoben hervor, auf die pädagogische und fachliche Expertise der Lehrer_innen zu vertrauen sowie die Schüler_innen immer in den Diskurs einzubeziehen. Dies funktioniert in Schottland seit Jahren gut beim Thema Klimabildung, das sich auch hier von der Bildungspolitik in den anderen Teilnationen des Vereinigten Königreiches unterscheidet.

Fotos: hlz



Auf der Klimademo in Hamburg am 24.9.2021



v.l.n.r.: Larry Flanagan: Generalsekretär der schottischen Bildungsgewerkschaft EIS und Präsident der ETUCE (European Trade Union Committee for Education); Shirley-Anne Summerville: Bildungsministerin Schottland; David Sengel: Bildungsministerium Sierra Leone, zuständig für Primar- und Sekundarschulen; Sheyk KC: Umweltaktivistin Nepal; Haldis Holst: stellvertretende Generalsekretärin der Bildungsinternationalen in Brüssel, Norwegen

Die Leiterin der interdisziplinären Forschung zu Klimabildung des Brookings Instituts, Kristina Kwank, stellt als Ergebnis ihrer Studien jeweils drei Empfehlungen zur Umsetzung von Klimabildung vor:

Für die Politik:

- Bildungssysteme als klimarelevante Sektoren finanziell ausstatten und stärken
- Bildung zum Klimawandel priorisieren, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht und auf Handeln ausgerichtet ist

• Lehrkräfte als Hauptakteur_innen in der Klimapolitik und in Entscheidungsprozessen einbeziehen

Für die Gewerkschaften und Bildungsakteur_innen:

- Hindernisse und Möglichkeiten der Lehrkräfte und des Bildungssystems im Zusammenhang mit Klimawandel aufzeigen
- Richtlinien den Lernbedürfnissen der vulnerabelsten und am meisten benachteiligten Schüler_innen anpassen
- Mechanismen entwickeln,

mittels derer ‚Ambition Report Card‘ der Bildungsinternationalen zu Klimawandel, die lokale, regionale und globale Entscheidungsträger an ihrer Umsetzung für Klimabildung misst.

‚Climate Literacy‘, ein Begriff, den man am besten mit Klimaalphabetisierung übersetzt, wurde nur erwähnt; er sollte jedoch das Ziel einer intersektionalen Klimabildung sein.

Der bedeutende brasilianische Pädagoge Paulo Freire zeigte schon 1964 die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Alphabetisierung auf. Zuerst müsse ein Bewusstsein darüber geschaffen werden, „warum und wozu ich das brauche“. Buchstabenlernen ist nur Mittel zum Erlangen von Kenntnissen. Mit diesem Wissen werden die so Gebildeten befähigt zu handeln. Der Erfolg Paulo Freires war, dass die so Alphabetisierten gelernt hatten, dass sie Rechte hatten, die sie nun einforderten. Die durch einen Putsch an die Macht gekommene Militärregierung zwang ihn ins Exil zu gehen, wo er dann

in verschiedenen internationalen Funktionen Alphabetisierungsprogramme, vor allem für Länder des Südens, entwickelte.

Für mich ist dieser Exkurs wichtig, zeigt er doch, dass Klimaalphabetisierung, Bewusstseinsbildung die Voraussetzung bilden, wissenschaftliche Erkenntnisse von fake news unterscheiden zu können – eine der wesentlichen Voraussetzungen für ein fundiertes, konsequentes Handeln gebildeter Bürger_innen im Kampf gegen die weitere Klimaerwärmung.

Die Diskussionen auf dem COP26 in Glasgow haben uns auf gute Beispiele zu Klimabildung hingewiesen, aber auch darauf, wie einzelne Länder, Regierungen, Zivilgesellschaft und Gewerkschaften handeln müssen, um die Klimaalphabetisierung schnell umzusetzen.

BARBARA GEIER
Fachgruppe Internationales

Die Autorin konnte für die GEW online an den o.g. Veranstaltungen teilnehmen.

Im Finsterreich des Männlichkeitswahns

Wie die rechte Szene sich national wie international anschickt, die kulturelle Hegemonie erobern zu wollen

Tobias Ginsburg hat sich „under cover“ in die international vielfach vernetzte Welt der Neuen Rechten begeben und berichtet in seinem Buch über diesbezügliche Erfahrungen mit Männlichkeitswahn und Frauenhass.

Im Vorwort zu diesem Buch notiert der Investigativjournalist Günter Wallraff zur Männlichkeitsideologie der rechtsradikalen Szene: Die starre Geschlechterzuweisung „ist der wichtigste gemeinsame Nenner von Menschen, vorwiegend von Männern, deren Ideal eine Gesellschaft der Hierarchisierungen, der Ober- und Unterordnungen und der Ausgrenzungen ist“ (S. 9).

Ginsburgs Recherche führte – getarnt mit einer konstruierten Identität – sowohl in das subkulturelle Milieu der rechten Männerbünde und Antifeministen als auch in die Welt des rechtsnationalen politischen Establishments in Deutschland, in den USA und in Polen.

Das Ergebnis seiner Recherche liefert keine guten Nachrichten für Demokratie, Diversität und Gleichberechtigung. In dem – wie Wallraff schreibt – „Höllengang in ein Finsterreich des Männlichkeitswahns“ (S.13) klärt Ginsburg auf über Maskulismus, Rassismus, Sexismus und Gewaltbereitschaft in einer Gemengelage aus AfD, Burschenschaften, Neuer Rechter und alten Nazis. So als wäre Männlichkeit gleichsam ein natürlicher Titel, der zur Überlegenheit, zur Kontrolle, zu Privi-

legien berechtigt, reagiert diese subkulturelle Szene angesichts des gesellschaftlichen Wandels und der Frauenemanzipation mit Kränkung, Hass und Gewalt. Der Aufstand dieser Männer mit ihren vorgestriegenen Geschlechter-



Rowohlt Polaris Verlag, Hamburg
November 2021, 331 S.
ISBN: 3499003538

bildern richtet sich gegen eine offene Gesellschaft, gegen Frauen, gegen Demokratie.

In den modernen Zeiten etikettieren sich diese Neurechten Männer nicht mehr nur mit Springerstiefeln, Hitler-Bärtchen und Fascho-Seitenscheiteln. Neonazis treten heute auch gut geschult auf, geben sich ein „cooles“ Outfit, zielen z.B. mit Rechtsrock-Rap für's „Vaterland“ auf die Anwerbung rebellischer Jugendlicher für ihre Ideologie.

Ginsburg trifft einen dieser modernen Rap-Agitatoren: „Er

ist saugefährlich und verstörend nett, adrett rausgeputzt und gewaltbereit“ (S.160). „Musik ist halt der geilste politische Botschaftsträger...Jede Bewegung braucht ihre Lieder, und womit sonst kannst du die Jugend schon besser erreichen?“, sagt der Rap-Agitator. Und weiter: „Wart nur mal ab, das ist ja alles noch der Anfang“, beschwört er Ginsburg: „Im Grunde bauen wir mehr oder minder ‘ne neue Generation Jugendlicher auf“.

In einem Instruktionsvideo erklärt dieser Agitator seine „Germanisierungsanforderung“ für die Jugend: „Heute noch ordentlich feiern, aber ab morgen wieder ordentlich fit werden, ne? Das erklärte Ziel ist ein starker und vor allem funktioneller Körper...Gerade, wo die Leute so Waschlappen sind...Wir haben im Norden früher die härtesten Bedingungen gehabt. Du warst als Mann schon durch den Alltag immer hart geschliffen, geformt von roher Brutalität. Wir waren gefürchtet in der ganzen Welt, ja? ...Das ist ja genau das Kriegerische, was man im Mann wiedererwecken muss. Und was sind wir jetzt? Soja-Latte-trinkende Hipster in irgendwelchen Sushibars“ (S.168/9).

Ginsburg schreibt hierzu kommentierend: „Der mitgebrachte Hass der Jugendlichen wurde hier nur weiter rationalisiert, normalisiert, mit Argumenten garniert“. Und Ginsburg übersetzt die Videobotschaft in rechtsradikalen Klartext: „Du musst deinen Männerkörper spüren lernen, als Waffe, als radika-

les Instrument“ (S.171). Quasi ideologisch für den Neurechten Alltag instrumentalisiert.

Dem folgt im Buch die zweite Lesart über die Neurechten: Am Beispiel der rechtskonservativen christlich-fundamentalistischen international vernetzten Organisation „Ordo Iuris“ in Polen charakterisiert Ginsburg den Zusammenhang zwischen dem Alltag den rechtsradikalen subkulturellen Milieus auf der einen Seite und ihren „Strippenziehern“ in Thinktanks, Ministerien, Gerichten und Kommunalverwaltungen auf der anderen Seite: „Seit ihrer Gründung (Ordo Iuris, H.F.) 2013 gelten sie in Polen als treibende Kraft hinter der Großoffensive gegen queere Bevölkerung, waren die Autoren eines Gesetzentwurfs gegen Abtreibung, gelten als Architekten hinter der ‘LGBT-freien Zone’- und aktuell drängen sie die Regierung, aus dem Istanbul-Abkommen auszusteigen“ (S.260).

Als Neurechter AfD-Deutscher getarnt hatte Ginsburg einen Gesprächstermin bei den stellvertretenden Vizepräsidenten

ten von Ordo Iuris, Dr. T. Zych¹. Dieser warnt vor einer linken Weltverschwörung: „Erst Frauenquote, dann Transsexuellen Gesetze. Die Istanbul-Konvention, Genderideologie, die In-Vitro-Gesetzgebung...“. Sein Assistent ergänzt: „Und die Migration“ (S.268) „Stimmt Migration“, pflichtet Zych bei.

Ginsburg kommentiert im Buch: „Wieder muss Zych lachen, hätte in seinem Furore gegen Feminismus und ‘Genderismus’ doch beinahe den Ausländerhass vergessen, den großen Klassiker“ (S.68).

Homophobie, Frauenverachtung und Rassismus werden – so Ginsburg – via Ordo Iuris zur „Staatsräson“ (S.215). Dazu das übergreifende Motto von Zych: „Wir müssen metapolitisch agieren...Die Kirchen haben versagt als Wächter von Moral und Gesellschaft. Nun müssen wir den leeren Raum, den die Kirche hinterlässt, einnehmen. Wir dürfen das nicht den Linken überlassen! ...Wir brauchen ein internationa-

¹ Dr. T. Zych ist ein Vertreter Polens im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) der europäischen Union.

les Netzwerk“ (S.271).

Ginsburg kommentiert in seinem Buch: „Metapolitik, natürlich...die Devise der Neuen Rechten: Raus aus dem neofaschistischen Untergrund und rein in den öffentlichen Diskurs. Man will Debatten gestalten, die Sprache verändern, den Ton angeben. Es gilt die ‘kulturelle Hegemonie’ zu erringen. Auch in Polen“ (S.272).

Ginsburg zeigt ausgesprochen authentisch die politische Instrumentalisierung des Potentials gekränkter Männlichkeit mit Mitteln der Verherrlichung alles Maskulinen. Dass dieser Gang durch das „Finsterreich des Männlichkeitswahns“ für ihn angesichts der vielen unerträglichen Situationen nicht schadlos war, drückt er im Buch verschiedentlich aus. Notizen hierzu: „Ich war bei Faschisten (S.22)... Irgendwas in mir geht kaputt“ (S. 215).

Ich empfehle die Lektüre dieses Buchs ausdrücklich.

HARRY FRIEBEL

Das postkoloniale Klassenzimmer

MARK TERKESSIDIS



BAUSTEIN 12



In vielen deutschen Schulklassen hat die Mehrheit der Schüler_innen mindestens ein Elternteil, der eingewandert ist. Wie verhalten sich die Geschichten dieser Kinder und Jugendlichen zur Geschichte Deutschlands – zu einer Geschichte von imperialer Überheblichkeit und kolonialer Unterdrückung?

Mark Terkessidis fragt in unserem neuen Baustein „Das postkoloniale Klassenzimmer“, wie man dieser Vielheit im Unterricht gerecht werden kann. Der Autor betrachtet das Klassenzimmer als Knoten in einem Netzwerk transnationaler Geschichten, in denen Imperialismus, Kolonialgeschichte und Nationalsozialismus tiefe Spuren hinterlassen haben. Er befasst sich mit blinden Flecken der deutschen Erinnerungskultur und liefert Hinweise für die Auseinandersetzung im Unterricht.

DIN-A5-Format, 64 Seiten

Erscheinungsjahr: 2021

Das PDF finden Sie zum Herunterladen.

<https://www.schule-ohne-rassismus.org/produkt/bau-stein-12-das-postkoloniale-klassenzimmer/>

Falsche Konfliktlinien vermeiden

Gewerkschafter_innen sollten das Gebot der Solidarität über das der medizinischen Risiken stellen (s. hlz 11/2021, S. 42f)

Aufgrund von E-Mails, die mich erreicht haben, muss ich noch einmal auf meinen Leserbrief, der in der letzten HLZ unter der Überschrift „Aus gewerkschaftlicher Sicht nicht unproblematisch“ veröffentlicht worden ist, zurückkommen: Erstens, um eine sachliche Korrektur zu meinem letzten Beitrag vorzunehmen, und zweitens, um deutlicher zu machen, worauf ich hinaus möchte.

1) Ich bin von einem Kollegen, dessen mathematischen Sachverstand ich sehr schätze, darauf aufmerksam gemacht worden, dass von mir die Daten zur Wirksamkeit der Impfstoffe falsch interpretiert worden sind. Ich hatte geschrieben, dass z.B. für den BioNTech-Impfstoff eine Wirksamkeit von 75 Prozent angegeben wird und daraus geschlossen, dass sich Geimpfte mit einer Wahrscheinlichkeit von 25 Prozent infizieren können. Der Kollege machte mich darauf aufmerksam, dass das so nicht stimmt. Vielmehr bedeute eine Wirksamkeit von 75 Prozent, dass von 100 erkrankten Personen 75 nicht geimpft und 25 geimpft seien. Nun liegen inzwischen schon wieder neue Zahlen zur Wirksamkeit vor: „BioNTech/Pfizer gaben vor Kurzem an, dass der Schutz vor Infektionen mit der Delta-Variante (symptomatisch oder asymptomatisch) vier Monate nach der Impfung bei etwa 53 Prozent liege. Bekannt ist inzwischen auch: Sobald sie sich infizieren, haben Geimpfte eine ähnlich hohe Viruslast wie Ungeimpfte, sie können also auch andere anstecken. Allerdings ist der Zeitraum, in dem Geimpfte infektiös sind, wahrscheinlich etwas kürzer.

Zur Verbreitung des Virus also tragen auch Geimpfte weiterhin bei. Ein Grund, warum auch bei hohen Impfquoten keine Herdenimmunität erreicht würde und das Coronavirus nicht mehr verschwinden wird. Stattdessen gehen Experten und Expertinnen inzwischen davon aus, dass das Virus auch weiterhin endemisch auftreten wird.“ Angesichts derartiger Zahlen bleibe ich, trotz der obigen Korrektur, bei meiner Einschätzung, dass das Virus die

„... das Virus (muss) die gesamte Bevölkerung durchlaufen“

gesamte Bevölkerung durchlaufen muss, damit eine stabile Immunität (in den Nasenschleimhäuten) aufgebaut wird und dass die Pandemie anschließend in die endemische Phase übergehen wird. Der Impfung kommt dabei die Aufgabe zu, beim für jede Person unvermeidlichen Erstkontakt mit dem Virus für einen milden Krankheitsverlauf zu sorgen.

Aber die HLZ ist kein medizinisches Fachblatt und wir sollten daher an dieser Stelle die Diskussion um die Ausgestaltung der Impfkampagne gar nicht führen. Mein Anliegen ist ein ganz anderes. Und damit komme ich zum nächsten Punkt.

2.) Wir haben zunächst zu konstatieren, dass in unserer Gesellschaft im Zuge der Auseinandersetzungen um die richtigen Maßnahmen gegen die Pandemie eine tiefe Spaltung entstanden ist, in der vollkommen verquere Frontstellungen

zwischen Geimpften und Ungeimpften aufgebaut wurden, die die demokratische Struktur unserer Gesellschaft nachhaltig beschädigen und vielfache persönliche Verletzungen hinterlassen. Wir haben des Weiteren zu konstatieren, dass die laufende Tarifrunde im Öffentlichen Dienst äußerst schwierig ist, da der Staat sich im Zuge der Pandemie hoch verschuldet hat, der Druck zur Rückkehr zur „schwarzen Null“ hoch ist und in der Gesellschaft angesichts des allgemeinen Kampfes gegen den äußeren „Feind“, das Virus, die Akzeptanz von Streiks noch dürftiger als sonst sein dürfte. Wenn in dieser Situation nun innerhalb der Gewerkschaft Ungeimpfte als „Trittbrettfahrer“ beschimpft werden und gefordert wird, ihnen die Krankenversicherungsleistungen zu kürzen, so kann das den Zusammenhalt und die Kampfkraft der Gewerkschaft nur schwächen. Wenn wir in diesem Arbeitskampf ein halbwegs zufriedenstellendes Ergebnis zustandebekommen wollen, so werden wir uns derartige Spaltungen der lohnabhängigen Bevölkerung und der Gewerkschaftsmitglieder nicht leisten können, sondern müssen geschlossen Seite an Seite kämpfen, Geimpfte und Ungeimpfte gemeinsam. Worauf es jetzt ankommt, ist nicht, mit viel Furore die widersinnigen Frontstellungen zwischen Geimpften und Ungeimpften zu befeuern, sondern sich auf das gewerkschaftliche Grundanliegen des sozialen Kampfes an der gesellschaftlichen Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit zu besinnen.

THOMAS UWIS

Grenzen der Toleranz

Die GEW und ihre »Unvereinbarkeitsbeschlüsse«

Im kommenden Jahr jähren sich viele wichtige innenpolitische Ereignisse zum fünfzigsten Mal. 1972 steht für den Höhepunkt sozialdemokratisch-liberaler Reformpolitik, hier sei nur an den SPD-Wahlerfolg unter Willy Brandt, den größten der fast 160-jährigen Parteiengeschichte, an die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, die die Rechte der Betriebsräte spürbar stärkte und erstmals auch nichtdeutschen Beschäftigten ein aktives und passives Wahlrecht im Betrieb ermöglichte und an den Grundlagenvertrag mit der DDR erinnert. 1972 steht aber auch für den »Radikalenbeschluss«, wie ihn Jaeger und Bois im Unterschied zu anderen Begrifflichkeiten nennen, der eine systematische Überprüfung der »Verfassungstreue« für Beschäftigte im öffentlichen Dienst und in vielen Fällen Berufsverbote zur Folge hatte. Diese Praxis hatte gravierende Folgen für die DGB-Einzelgewerkschaften, ganz besonders für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), waren doch vor allem Lehrer_innen und Hochschullehrer_innen vom Radikalenbeschluss betroffen. Die GEW und andere DGB-Gewerkschaften standen dem Radikalenbeschluss kritisch gegenüber und unterstützten vielfach die von ihm betroffenen Kolleg_innen. Gleichzeitig setzten die IG Metall und der DGB, in der Folge dann auch die GEW, aber auch auf eine Abgrenzung gegenüber einigen kommunistischen Gruppen, wobei der DGB 1973 einen seit 1968 bestehenden »Unvereinbarkeitsbeschluss« gegenüber der NPD auf bestimmte linke Gruppen ausweitete. Gewerk-

schaftsausschlüsse, verweigerte Mitgliederaufnahmen, fehlender Rechtsschutz in arbeitsrechtlichen Konflikten und Funktionsverbote waren die Folge.¹

Vor diesem Hintergrund haben Alexandra Jaeger und Marcel Bois zwei Arbeiten zum Umgang der GEW mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen vorgelegt. Beide Autor_innen arbeiten an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH). Ihre jeweiligen Studien wurden von der GEW (Hamburg bzw. Bundesverband) beauftragt und werden jeweils mit einem Vorwort der damaligen Bundesvorsitzenden Marlis Tepe bzw. des damaligen stellvertretenden Landesvorsitzenden Fredrik Dehnerdt versehen, in denen die Betroffenen von Ausschlüssen und verweigertem Rechtsschutz um Entschuldigung gebeten werden.

Die Arbeit von Bois bezieht sich auf die zuerst publizierte von Jaeger, zumal sie die bisher einzige vertiefende Regionalstudie zu diesem Thema der GEW-Geschichte ist. Umgekehrt geht Jaeger notwendigerweise auch auf die GEW-Bundesebene ein, wodurch Überschneidungen unvermeidbar sind. Beide Autor_innen kommen dabei, von einigen Nuancen in der politischen Bewertung abgesehen, zu gleichen Ergebnissen.

¹ Hier seien summarisch nur vier Titel erwähnt, auf die sich auch Bois und z.T. Jaeger beziehen: Rigoll, Dominic: Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr, 2. Auflage, Göttingen 2013. Andresen, Knud: Gebremste Radikalisierung. Die IG Metall und ihre Jugend 1968 bis in die 1980er Jahre, Göttingen 2016. Arps, Jan-Ole: Frührschicht. Linke Fabrikinterventionen in den 70er Jahren, Berlin/Hamburg 2011. Steffen, Michael: Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991, Berlin/Hamburg/Göttingen 2002.

Für die GEW ergibt sich dabei ein auf den ersten Blick paradox wirkendes Bild: Die Gewerkschaft stellte sich gegen die »Regelanfrage« beim Verfassungsschutz und verhielt sich ausgesprochen kritisch zu den Berufsverboten. Zudem standen mit Erich Frister (Bundesvorsitzender der GEW von 1968 bis 1981) und Dieter Wunder (1972 bis 1975 Landesvorsitzender der GEW in Hamburg, von 1981 bis 1997 Bundesvorsitzender) Personen an der Spitze der jeweiligen GEW-Strukturen, die einer Öffnung der eher traditionellen Lehrer_innengewerkschaft für junge Linke im Zuge der »68er« durchaus offen gegenüberstanden. Beide traten, Frister noch weit stärker und länger als Wunder, dann aber auch für eine deutliche Abgrenzung gegenüber der radikalen Linken ein. Entsprechend sah gerade Frister »die Grenzen der Toleranz« (Bois, S. 42) erreicht und überschritten. Insofern werten Jaeger und Bois die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und eine schärfere politische Abgrenzung nach links teilweise auch als Versuch, die GEW gegen Angriffe aus dem konservativen Lager zu schützen und sich gegen die Berufsverbotspraxis einsetzen zu können, ohne selbst als verfassungsfeindlich zu gelten (etwa Bois, S. 26ff.; Jaeger, S. 24ff.). Andere Motive kamen hinzu, so generationelle Konflikte innerhalb der GEW-Mitgliedschaft, antikommunistische Traditionen, aber auch das von vielen Gewerkschaftsmitgliedern als überheblich und aggressiv empfundene Auftreten insbesondere der »K-Gruppen« (Bois, S. 14f.; Jaeger, S. 128).

Richteten sich die Berufsver-



Foto: sozialismus.de

Konferenz gegen Berufsverbote in Hamburg 1976

bote zu einem beträchtlichen Teil gegen DKP-Mitglieder, so waren diese von den Unvereinbarkeitsbeschlüssen der GEW und der meisten anderen Gewerkschaften kaum betroffen, wobei der (West-) Berliner Landesverband der GEW eine Ausnahme bildet und zeitweilig aus der Bundes-GEW ausgeschlossen wurde (Bois, S. 63ff.). Im Unterschied zu den maoistisch orientierten K-Gruppen galt die DKP (Deutsche Kommunistische Partei) als überwiegend gewerkschaftsloyal, stellte sie doch das Prinzip der Einheitsgewerkschaft nicht infrage und agierte innerhalb der gewerkschaftlichen Regeln und Kultur. Den maoistischen Gruppen wiederum wurde ein gewerkschaftsschädigendes Verhalten im Stile der RGO-Politik (Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition) der KPD in der späten Weimarer Republik vorgeworfen. In der GEW waren, wie Bois anhand der 282 eindeutig belegten Ausschlüsse zwischen 1974 und 1980 zeigen

kann, vor allem Mitglieder des KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschlands; deutlich mehr als die Hälfte der Betroffenen) sowie von KPD/AO (Kommunistische Partei Deutschlands/ Aufbauorganisation) und KPD/ML (Kommunistische Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten) von Ausschlüssen betroffen, kaum aber solche des KB (Kommunistischer Bund; siehe Bois, S. 99), was Bois wie Jaeger u.a. auf das vorsichtiger und auch konspirativere Auftreten des vor allem in Hamburg – relativ – starken KB zurückführen (Jaeger, S. 77; Bois S. 99). DKP-Mitglieder in der GEW kooperierten, insbesondere in Hamburg, zunehmend mit Jusos und linken Sozialdemokrat_innen, womit sie Teil eines in Hamburg zunehmend dominierenden, auf Bundesebene zumindest starken linken Flügels waren. Jaeger sieht dabei auch eine ähnlich unkritische Haltung von DKP- und manchen linken SPD-Mitgliedern zur DDR und SED (Jaeger,

S. 107f.).

Problematisch an den Ausschlüssen und Nicht-Aufnahmen von Mitgliedern als Folge der Unvereinbarkeitsbeschlüsse waren vor allem die Unverhältnismäßigkeit und Pauschalisierung, die unzureichenden Anhörungs- und in der Praxis weitgehend wirkungslosen Widerspruchsmöglichkeiten sowie damit eine Vorgehensweise, die einige Ähnlichkeiten zu den von der GEW kritisierten staatlichen Maßnahmen (»Regelanfrage«, Berufsverbote) aufwies. Dies galt ebenso für verweigerte Unterstützung durch den gewerkschaftlichen Rechtsschutz für Angehörige einiger K-Gruppen. Demgegenüber erhielten DKP-Mitglieder bei der GEW und anderen Gewerkschaften vielfach Rechtsschutz, wenn sie gegen eine verweigerte Anstellung oder Entlassung aufgrund des Radikalenbeschlusses vorgehen. Allerdings reagierte die GEW ausgesprochen verärgert darauf, dass DKP-Mitglieder zwar den

(für die Gewerkschaften teuren) Verwaltungsgerichtsweg gehen wollten, den Schritt zum Bundesverfassungsgericht aber offenbar aus parteipolitisch-taktischen Gründen ausschlugen (Bois, S. 108f.).

Der Hamburger Landesverband der GEW war 1974 Voreiter der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gewesen, die nach einer Satzungsänderung dann Sache der Bundesebene wurde, wie überhaupt die bis dahin im Vergleich zu anderen Gewerkschaften relativ schwache Bundesebene der GEW in diesen Jahren deutlich gestärkt wurde, was eine weitere Konflikttachse umreißt. Allerdings ging der Hamburger Landesverband auch früher von der Praxis der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und Ausschlüsse ab als die Bundesebene, was auch mit der stärker linkssozialdemokratischen neuen Mehrheit in Hamburg zu tun hatte (Jaeger, S. 66ff.). Doch auch auf Bundesebene ging die Zahl der Ausschlüsse als Folge von Unvereinbarkeitsbeschlüssen stark zurück – wurden 1975 noch 123 Mitglieder ausgeschlossen, waren es 1979 nur noch zwei (Bois, S.75). Umgekehrt wurden nicht wenige der ausgeschlossenen Mitglieder später wieder auf-

genommen. Die entsprechende Satzungspassage als Grundlage der Unvereinbarkeitsbeschlüsse wurde 1989 gestrichen (Bois, S. 124).

Für die weitgehende Abkehr von Unvereinbarkeitsbeschlüssen und auf ihnen fußenden Ausschlüssen und verweigerten Aufnahmen führen Bois und Jaeger plausibel verschiedene Gründe an. So habe die extreme Polarisierung ab Ende der 1970er Jahre und in der Folge auch eine gewisse Hysterie abgenommen, während gleichzeitig die SPD-regierten Bundesländer sich von der »Regelanfrage« und der Berufsverbotspraxis weitgehend abkehrten, so etwa der Hamburger Bürgermeister Hans-Ulrich Klose, ohne freilich den Betroffenen ausreichend materielle und moralische Wiedergutmachung angedeihen zu lassen. Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit und vor allem Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen waren gewachsen. Nicht zuletzt steckten die maoistischen Gruppen Ende der 1970er Jahre in einer tiefen Krise – ihr Einfluss und damit, aus Sicht der Gewerkschaftsführungen, die von ihr ausgehende Gefahr war gesunken, was auch für andere Teile der radikalen Linken galt.

Die Studien von Marcel Bois und Andrea Jaeger enthalten wichtige Beiträge sowohl zur Gewerkschaftsgeschichte als auch zur Geschichte einer äußerst heterogenen politischen Linken in der Bundesrepublik Deutschland in den siebziger Jahren. Beide Autor_innen zeigen die problematischen Reaktionen auch der Gewerkschaften auf die junge, radikale Linke auf, die zu gravierenden demokratischen Defiziten führten, ohne dabei unkritisch gegenüber den radikaleren Strömungen der westdeutschen Linken von Jusos, DKP und K-Gruppen zu sein. Ähnlich vertiefende Studien für andere Gewerkschaften wären wünschenswert.

FLORIAN WEIS

Abdruck mit freundlicher

Genehmigung des VSA-Verlags aus:
sozialismus.de Heft 10/21

Alexandra Jaeger Abgrenzungen und Ausschlüsse. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der GEW Hamburg in den 1970er Jahren (Beltz-Juventa 2020). **Marcel Bois** Von den Grenzen der Toleranz. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der GEW gegen Kommunistinnen und Kommunisten in den eigenen Reihen (1974-1980) (Beltz-Juventa 2021)

Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der GEW

Veranstaltung mit Alexandra Jaeger, Marcel Bois und Zeitzeugen

Dienstag, 01.02.2022 19:00 im kleinen Saal des Curio Hauses

Kaum ein Thema schlug in den 1970er Jahren innerhalb der GEW so hohe Wellen wie die Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Im Kontext der Debatten um „Berufsverbote“ im öffentlichen Dienst, die besonders Kommunist_innen im Bildungsbereich trafen, grenzte sich auch die Bildungsgewerkschaft von Gruppen der radikalen Linken ab. Sie schloss deren Mitglieder aus, nahm sie gar nicht erst auf oder verweigerte ihnen den Rechtsschutz. Diese Maßnahmen waren Ausdruck der politisch-generationellen Umbrüche innerhalb der GEW, die die Gewerkschaft vor eine Zerreißprobe stellten.

Marcel Bois und Alexandra Jaeger haben im

Auftrag des GEW-Hauptvorstandes bzw. der GEW Hamburg erstmals die gewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüsse aus historischer Perspektive untersucht. Sie werden ihre Ergebnisse vorstellen und die Entstehung der Abgrenzungsbeschlüsse ebenso erläutern wie die Mechanismen der Ausschlussverfahren, die Folgen für Betroffene und die allmähliche Abkehr von den Unvereinbarkeitsbeschlüssen.

Achtung Corona: Aufgrund der aktuellen Situation ist eine Anmeldung unter info@GEW-Hamburg notwendig. Die am Veranstaltungstag gültigen „Corona-Regeln“ sind einzuhalten.

Siehe auch Unterschriftenaktion auf S. 77

Erich Frister – Verdienst und Kritik

Der frühere Bundesvorsitzende der GEW wird in der neuen Biographie von Hans-Peter de Lorent gewürdigt

Foto: GEW-Archiv



Erich Frister, GEW-Bundesvorsitzender 1968-1981

Gleich vorweg: eine spannend zu lesende Biographie und eine akribische, quellenreiche und kritische Würdigung des großen Bildungspolitikers und – auch umstrittenen – Gewerkschaftsführers Erich Frister (1927-2005).

Man wird von Beginn an erfasst von dem schwierigen Aufwachen des Adoptivkinds in einem Berliner Arbeiterviertel, das nie seine wahre Herkunft herausfinden kann und in seiner Pflegefamilie als einziges Kind mit einem Stiefvater aufwächst, der kriminell wird und nach Einweisung in das KZ Buchenwald 1942 „auf der Flucht“ erschossen wird. Frister ist da 15 Jahre alt, die Stiefmutter hat sich schon Jahre vorher vom Stiefvater getrennt. In diesem Zusammenhang hat de Lorent bisher nicht bekannte Quellen erschlossen.

Auch muss der Jugendliche sich wochenlang – da seine

Herkunft unklar ist – Untersuchungen unterziehen, um seine arische Abstammung zu verifizieren. Diese ist Voraussetzung für die Aufnahme in die Werner-Siemens-Oberrealschule. Mitglied der HJ wird er nie. Aber der Krieg bleibt ihm nicht er-

Kritische Punkte in Fristers politischem Verhalten: die Berufsverbote und Unvereinbarkeitsbeschlüsse sowie sein Agieren bei innergewerkschaftlichen Konflikten

spart: Er wird Luftwaffenhelfer in Kutur/Polen und Ende 1944 zum Kriegsdienst eingezogen. Aus der amerikanischen Kriegsgefangenschaft in Österreich ge-

lingt ihm 1945 die Flucht.

Diese ersten Kapitel der Biographie lesen sich fast wie ein historischer Roman und machen eine wichtige These de Lorents zum Charakter von Frister glaubhaft: dessen persönliche Verslossenheit und Schroffheit als Produkte einer schwierigen Kindheit und Jugend, wovon seine spätere berufliche Umgebung nichts wusste.

De Lorent arbeitet überzeugend die Konsequenz und Unbeirrbarkeit heraus, mit der Frister nach Kriegsende als 18-Jähriger sein Leben in die Hand nimmt. 1947 legt er an seiner alten Schule das Abitur ab, wird Schulhelfer, nach zwei Jahren und bestandener Prüfung Hilfslehrer und 1951 Lehrer im Berliner Schuldienst. Nun kann nichts mehr die Karriere aufhalten: Vorsitzender des Personalrats 1955, Schulleiter 1960, 1961 Schulrat im Bezirk Reinickendorf, 1965 Bezirksstadtrat Neukölln. Gleichzeitig ist er Landesgeschäftsführer des Berliner Verbandes der Lehrer und Erzieher und krönt diese Laufbahn 1968 als Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und ab 1972 als Präsident der Internationalen Föderation der Freien Lehrgewerkschaften.

Bereits in Fristers Berliner Zeit – dies zeigt der Autor ausführlich – wird deutlich, für welche bildungspolitischen Reformen er steht: Einführung des 10. Hauptschuljahres, Gründung der ersten Gesamtschule Walter-Gropius in Fristers Bezirk, Etablierung der sechsjährigen Grundschule, De-

mokratisierung der Schule, Verzicht auf Auslese durch längeres gemeinsames Lernen.

Als Vorsitzender der GEW (1968-1981) und „grandioser Rhetoriker“ (de Lorent) hat Frister diese Themen in den 70er Jahren vehement in das Zentrum der bildungspolitischen Auseinandersetzungen der BRD gerückt. Dabei wurden wichtige Fortschritte erzielt, die heute noch nachwirken. Auch die materiellen Bedingungen im Bildungssystem hat die GEW unter Frister immer deutlich und auch auf der Straße thematisiert: Senkung der Klassenfrequenzen, Überleitung der Grund- und Hauptschullehrer_Innen nach A 13, Einstellung von mehr Lehrer_innen, Senkung der Arbeitszeit.

Besondere Erfahrungen haben wir Hamburger mit Erich Frister gemacht. Diese nehmen neben den Querelen um die GEW Berlin in de Lorents Biographie einen wichtigen Raum ein. Wir Rezensenten sind hier gleichzeitig Zeitzeugen.

Erich Frister war bereits sieben Jahre Vorsitzender der GEW, als es 1975 im Hamburger Landesverband zu einer „Wachablösung“ kam, und wir, Dietrich Lemke und Peter Daschner (später folgten Gabriele Teckenstrup und Eckart Krause), infolge heftiger Auseinandersetzungen – insbesondere um Satzungsfragen und die so genannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse – zu Vorsitzenden der GEW-Hamburg gewählt wurden.

Erich Frister hatte sich zum Ziel gesetzt, die Bildungsorganisation – in Hamburg war das noch die „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“ – in den gewerkschaftlichen Verbund des DGB einzugliedern. Dieser Versuch war in einem ersten Anlauf im Berliner Landesverband, aus dem Frister kam, gescheitert – mit der Folge, dass die GEW Berlin aus der GEW

ausgeschlossen wurde. Dieses Schicksal drohte auch uns Hamburger_innen, wenn es uns nicht gelingen sollte, uns auf eine mit der Bundessatzung kompatible Lösung zu einigen.

Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse waren innergewerkschaftlich von besonderer Bedeutung: Kolleginnen und Kollegen, die aufgrund ihrer Mitgliedschaft in einer kommunistischen Partei oder Gruppierung – davon gab es seiner Zeit etliche – nicht in den öffentlichen Dienst übernommen wurden, durften auch nicht Mitglied der DGB-Gewerkschaften

Die materiellen Bedingungen im Bildungssystem hat die GEW unter Frister auch auf der Straße thematisiert: Senkung der Klassenfrequenzen, Überleitung der Grund- und Hauptschullehrer_innen nach A 13, Einstellung von mehr Lehrer_innen, Senkung der Arbeitszeit

werden oder bleiben. So wurden im Bundesvorstand der GEW damals zu Beginn jeder der monatlichen Sitzungen Namen von Kolleginnen und Kollegen aufgerufen, die nicht in den Schuldienst übernommen worden waren, und die nun auch aus der GEW ausgeschlossen werden sollten und wurden.

Die Hamburger Position zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen stand dazu in deutlichem Gegensatz: Für uns war nicht ein Parteibuch ausschlaggebend, sondern die Frage, ob die Kollegin oder der Kollege gewillt war, die selbstverständliche Pflicht auf sich zu nehmen, auf jegliche Art der Indoktrination im Unterricht zu verzichten. Im Ergebnis führte das dazu, dass in Hamburg nur eine geringe Zahl

von Kolleg_innen aus der GEW ausgeschlossen wurde. Der Konflikt mit der Bundesorganisation konnte aber so nicht gelöst werden. Anders als uns in Hamburg ging es Frister nicht so sehr um den Einzelfall der Berufsverbote als vielmehr um die Einhaltung der mit dem DGB abgestimmten Satzung. Die Eingliederung der GEW in den gewerkschaftlichen Verbund war für Frister wichtiger als die jeweilige Einzelfallentscheidung.

Frister verfolgte seine Ziele grundsätzlich beharrlich und so überzeugend, dass es (nach Dietrichs Erinnerung) im Bundesvorstand keine Situation gab, in der Frister in einer Abstimmung unterlegen wäre. Seine Fähigkeit, sowohl in kleinerem Kreis als auch in großen Versammlungen die Kolleginnen und Kollegen zu überzeugen, ist sicher der Übung in seiner pädagogischen und politischen Laufbahn zu verdanken, wohl auch einer ganz außerordentlichen Begabung.

De Lorent ermöglicht es durch seine detaillierte und durch Zeitzeugen illustrierte Darstellung auch den Kolleg_innen, die Frister nie persönlich erlebt haben, sich ein deutliches Bild von ihm zu machen. A propos Illustrierung: Fotos als wichtige Zeitdokumente fehlen – abgesehen von einem Portrait am Anfang – in dieser Ausgabe leider vollständig.

Eine besondere Kostprobe der rhetorischen Fähigkeiten Fristers und seiner Beweglichkeit in schwierigen Situationen konnten etwa 4000 Hamburger Kolleginnen und Kollegen am 13. Juni 1977 im übervollen Audimax der Hamburger Universität erleben. De Lorent beschreibt die Situation ausführlich (S. 240f.). Frister hatte sich noch unmittelbar vor der großen Protestveranstaltung gegen einen Lehrerstreik in Hamburg ausgesprochen. Angesichts der vielen streikwilligen Kolleg_innen schwenkte er, soeben aus Frankfurt angeeist,



Weinheim/Basel 2021, 372 Seiten,
49,95 €. ISBN: 3779965100

blitzschnell um und hielt eine zündende Rede für das Streikrecht von Beamt_innen, für den konkreten Streik, der in der Urabstimmung in der Hamburger Lehrerschaft eine entsprechende Mehrheit gefunden hatte und unterstützte die inhaltlichen Forderungen der Hamburger GEW. Am 13.11.1979 folgte dann der erste Warnstreik von Lehrerinnen und Lehrern. Auch hier hielt Erich Frister im Audimax eine kämpferische Rede (siehe Foto S. 68).

Hans-Peter de Lorent gelingt es in seiner Biographie – und darauf liegt der Schwerpunkt –, die Verdienste Fristers und seine für uns heute immer noch wichti-

gen Positionen herauszuarbeiten. Gleichzeitig spart er kritische Punkte in dessen politischem Verhalten nicht aus, insbesondere die Berufsverbote und Unvereinbarkeitsbeschlüsse sowie sein Agieren bei innergewerkschaftlichen Konflikten. Damit verspielte Frister bei vielen Aktiven seinen guten Ruf. Es ist de Lorent hoch anzurechnen, dass er – selbst ein Opfer der Berufsverbote – sich dieser Biographie angenommen hat und zu einem so differenzierten Bild Erich Fristers gelangt.

DIETRICH LEMKE/
PETER DASCHNER
Ehemaliger Vorsitzender bzw.
stellvertretender Vorsitzender der
GEW-Hamburg

PROJEKTVORSTELLUNG

Generationen-Gespräche ein Gewinn

Warum ich beim Projekt „68 und die Folgen“ mitmache

Auch im Alter lässt mich mein 45-jähriges Lehrer-Dasein nicht los: Seit 10 Jahren in Pension, bin ich noch immer in zwei schulischen Projekten involviert, erlebe schulisches Leben – eher von außen betrachtend. Ich kann und darf das mit immer noch bestehender Neugierde, Empathie und Freude.

In dieser Ruhephase als Pensionär also lese ich den Aufruf zum Projekt „68 und die Folgen“ in der HLZ, dass ein universitäres Forschungsprojekt ehemalige Lehrerinnen und Lehrer sucht, die sich an ihre frühen Jahre als Junglehrer in stürmischen Zeiten der End-Sechziger und Siebziger Jahre erinnern möchten und ihre Bereitschaft, darüber zu reden, signalisieren.

Ja, die ‚Ausschreibung‘ sprach mich an, ich machte mir Gedanken, wer und was denn wohl

hinter diesem Projekt steckt und da ich etliche Materialien in meinem Archivzimmer aus meiner Referendarszeit (HS 73/13) und den anschließenden Zeiten als Junglehrer aufbewahrt hatte, warf ich meine Bewerbung in den Ring.

Eines Tages meldete sich Anne Muschhammer, die mir beichtete, dass sie über diese Lehrer_innen in dieser Epoche tatsächlich ihre wissenschaftliche Masterarbeit schreiben wolle mit dem etwas sperrigen Titel „Hamburger Lehrkräfte als Vermittler_innen der 1968er-Bewegung.“ Sie wollte mich als Zeitzeugen interviewen.

Ich bereue keine Minute dieser intensiven Gespräche, das Eindringen in lange verdrängte, vergessene und erlebnisreiche wie widersprüchliche Ereignisse, Projekte und Begebenheiten

durch ihr intelligentes Nachfragen und mich „Erzählen-Lassen“. Natürlich bin ich froh, dass Anne eine phantastische Masterarbeit abgeliefert hat, für die ich ihr von Herzen gratuliere.

Der unermessliche Gewinn der langen Gespräche jedoch liegt in dem Mehrwert für mich und der Möglichkeit, nach über 40 Jahren Praxiserfahrung eine Zeitreise zurück zu wagen, um darüber zu reflektieren, was uns denn seinerzeit beeinflusste, wie unsere politische Sozialisation in pädagogisches Handeln mündete, wie wir mit dem – oft als zwanghaft empfundenen – gelernten Handwerkszeug eigene Wege gehen wollten, welche Barrieren und Widerstände uns motivierten, widerständig werden ließen, ich frustriert Niederlagen wegstecken musste. Der unbändige Drang, etwas „an-

ders“ machen zu wollen, auszu-
probieren, Neues durchzusetzen.

Hallo! Das sind doch die gleichen Fragen und Probleme, die bzw. denen sich die jungen Kolleginnen und Kollegen heute auch stellen müssen und womit sie konfrontiert sind. Natürlich ist das so! Doch die Herausforderungen heute sind andere, die bildungspolitischen Umstände sind andere. Aber was macht dies alles mit den heutigen Teilnehmer_innen der schulischen Gemeinschaft? Mit welchem Rückgrat, mit welchen Wertmaßstäben definieren sie heute ihre Haltungen zu alltäglichen Fragen der demokratischen und zivilgesellschaftlichen, politischen und humanitären Praxis? Wie reagieren sie und was sind freudige, zufriedenstellende Erfolgserlebnisse?

Ich denke, dass junge Kolleginnen und Kollegen, die dies lesen, erfahren dürfen, wie sich in Hamburg Schule und Unterricht entwickelt haben, ganz subjektiv erzählt von einem Zeitzeugen.

Dieses reflektive Eintauchen in „meine“ Lehrerzeit hat viel Vergessenes aufgewirbelt, Erlebtes wird wieder lebendig, Projekte werden in einem historischen Kontext gesehen und neu bzw. verstärkend bewertet.

Es ist doch erzählenswert, dass ich als Hauptschullehrer in der Schule Schottmüllerstraße wirklich ganz alleine mit 33 Schülerinnen und Schülern 5 Jahre verbracht habe, 5 Fächer unterrichtend, anschließend in der Erich-Kästner Gesamtschule Projektarbeit gelernt und gelehrt habe, um mit 19 Jungen einer Umwelt- und Klima-Profilklasse am Heidberg meine aktive Schulzeit zu beenden.

Was in meiner Junglehrer-Zeit als „linksradikale“ Forderung diffamiert wurde und ein „Fall für den Verfassungsschutz“ war, wurde nach fast 40 Jahren zur schulischen Wirklichkeit.

Unsere Gespräche setzten Einzelheiten in Erinnerungs-Bruch-

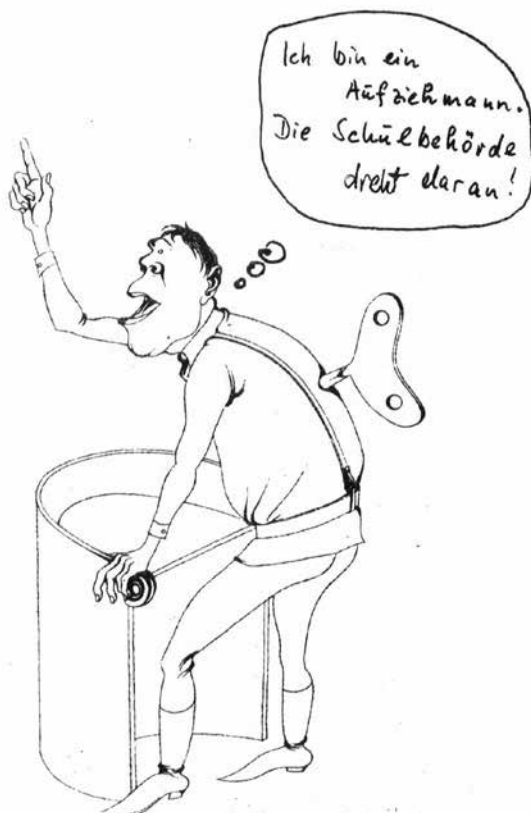
stücke frei, machten Handlungen (und Nicht-Handeln!) bewusst, in welchen Zusammenhängen bestimmte Ereignisse Einfluss auf Unterricht und Schule hatten – und welche Gefühle, Ängste, Hoffnungen damit verbunden waren. (Ich denke hierbei beispielhaft an solche Themen wie den Vietnamkrieg, die Anti-AKW-Bewegung, Solidaritätsaktionen, Gesamtschulbewegung u.v.a.m)

Aus der Distanz erscheint manches klarer, absurder, schöner. Ich scheue mich nicht, Neulehrer_innen zu sagen: Du brauchst keine Angst vor dem Scheitern, vor Eltern, vor Sys-

temsprenger_innen, vor der Hierarchie zu haben. Nutze deine Möglichkeiten und deine Autorität, experimentiere, sei widerständig, habe Geduld und liebe die Kinder – trotz allem. (Da kommen meine eigenen „Mentoren“, Janusz Korczak und Paulo Freire, durch....)

In einem ausführlichen Interview mit Anne und ihrer Auswertung kann diese von mir erlebte Zeit in den 1970/80er Jahren nacherlebt werden. Zu lesen auf der Website <https://sds-apo68hh.de/> im Ordner „Die 70er/80er Jahre“ Unterordner „Lehrkräfte und Schule nach 68“.

HARTWIG ZILLMER



SOLCHE LEHRER
WOLLEN WIR NICHT
WERDEN!

Quelle: Referendar Zeitung, Nr. 4, Febr. 1976

Eine gute Tradition

Achtzig Jahre alt geworden – fünfzig Jahre
GEW-Mitglied – oder beides. Das wird gefeiert!

Nachdem im letzten Jahr das Corona-Virus uns einen Strich durch die Rechnung gemacht hatte, konnte in diesem Jahr an zwei verschiedenen Nachmittagen die Ehrenfeier für langjährige Mitglieder wieder stattfinden. Mit Sekt oder Orangensaft wurden die zu Ehrenden im Curio-Haus empfangen.

Jutta Martens-Hinzelin und Holger Radtke eröffneten mit launigen Worten die Veranstaltungen. Während beim ersten Termin das komplette Duo „Poesie & Piano“, Frieder Bachteler und Hajo Sassenscheidt, mit Gedichten und jazzigen Klängen die Kolleginnen und Kollegen unterhielt, musste beim zweiten Mal der „Mann am Klavier“, Hajo, allein für die Stimmung sorgen.

Einen ganz besonders schönen Rahmen für die Feiern bot der große Saal des Curio-Hauses, der für viele ein Ort der Erinnerung an turbulente GEW-Mitgliederversammlungen in den 1970ern ist, in denen hitzig diskutiert und gestritten wurde. An den Seiten

konnten sich die Teilnehmenden durch Plakatausstellungen über 20 Jahre hlz-Titel und die Stiftung der GEW „Fair Childhood“ informieren. Joachim Krolls Video-Installation ließ durch Fotos ehemalige Aktionen noch einmal Revue passieren.

Ein besonderer Dank gilt Annette Meents, die die aufwändige Koordination der beiden Veranstaltungen managte und mit einer ansprechenden Tischdekoration und sehr leckerem Kuchen für eine gemütliche Atmosphäre sorgte.

Im offiziellen Teil stellte der im Mai neu gewählte 1. Vorsitzende, Sven Quiring, dar, welches die aktuellen Schwerpunkte der Hamburger GEW-Politik sind.

Anschließend wurde den Jubilar_innen die Urkunde und die GEW-Anstecknadel überreicht. Bei der Gelegenheit erzählte die eine oder der andere, welche Erinnerungen sie oder er in den Anfangsjahren mit der GEW oder dem Beruf verbanden.

Dann tauschte man sich noch

angeregt bei Kaffee, Tee, Kuchen und Sekt über die gemeinsam erlebte Gewerkschafts- und Personalratsarbeit aus. Dabei begegneten sich viele nach Jahrzehnten wieder und frischten Bekanntschaften auf.

So klangen diese Nachmittage in angeregter Unterhaltung aus.

Beim Abschied gab es vielfach ein herzliches Dankeschön für diese schöne Feier und ein Auf Wiedersehen.

CHRISTEL SOHNS

Ergänzung der hlz-Redaktion: Es waren nicht Wenige, die die Gelegenheit nutzten, um auch über ihr immer noch aktuelles Engagement zu berichten. So u.a. die Kollegin Tanja Khorrami, die über ihr bereits Jahrzehnte dauerndes Engagement in Afghanistan berichtete und die der Bitte der hlz-Redaktion nachkam, einen aktuellen Bericht über die desaströse Lage vor Ort zu schreiben. Nachzulesen auf den Seiten 44-47 dieser Ausgabe. Der Kollege Hermann Kaienburg, der wesentlich die Volksinitiative „Keine Profite mit Boden und Miete“ auf den Weg gebracht hat, rief dazu auf, sich an der aktuellen Abstimmung zu beteiligen und wäre froh, wenn sich noch weitere Kolleg_innen an der Kampagne beteiligen würden (Kontakt: Hermann.Kaienburg@Hamburg.de). Für Verwunderung einiger Anwesender, die die Unvereinbarkeitsbeschlüsse nicht aus eigener Erfahrung erlebt hatten, sorgte der Kollege Ive Hauswald, der sehr plastisch berichtete, wie es ihm seinerzeit damit gegangen sei, plötzlich aus der Solidargemeinschaft GEW ausgeschlossen zu sein. Auch dies ist nachzulesen auf S. 68ff und bietet einen Vorgesmack auf die zu diesem Thema von unserem Landesverband am 1. Februar um 19:00 im Kleinen Saal geplante Veranstaltung. (s. Hinweis auf S. 67)

JG

Foto: hlz



Der Mann am Klavier: Hajo Sassenscheidt



Foto: BG Ruheständler_innen

Gemeinsam mehr

In diesem Herbst konnte die Reihe von Ausstellungsbesuchen und Stadtpaziergängen endlich starten. „3G“ hat es trotz Corona möglich gemacht. Das erste Angebot wurde dann auch schon so gut angenommen, dass wir gleich einen zweiten Termin organisiert haben:

Im Oktober/ November fand eine historische Stadtparkfüh-

rung statt, bei gutem Wetter und noch besserer Stimmung. Durchgeführt vom Stadtparkverein erlebten die insgesamt 28 Teilnehmenden einen Spaziergang mit vielen interessanten Informationen und lernten Ecken und Plätze des Stadtparks und deren Geschichte kennen, die den meisten von uns bisher unbekannt waren. Sowohl die kompetenten Erläuterungen der Damen vom

Stadtparkverein als auch die netten Gruppen sorgten für einen erfolgreichen ersten Aufschlag einer angedachten bunten Reihe von Ausstellungsbesuchen und Stadtpaziergängen.

Ein herzlicher Dank geht an Kathrin Kirchoff für ihre umfassende und stets gut gelaunte Betreuung der Anmeldungen.

MARIANNE HANSEN

Willkommenskaffee für Neue

Am 3.11. fand für die in den letzten zwei Jahren in den Ruhestand Gegangenen in den Räumen der GEW ein Kaffeetrinken statt. Nach dem vergangenen Jahr mit digitalen Sitzungen hatten wir endlich die Gelegenheit, uns kennenzulernen und den „Neuen“ unsere Betriebsgruppenarbeit vorzustellen. Die Runde der Interessierten, die dann

tatsächlich zu diesem Termin Zeit hatten, war zwar überschaubar, es war aber trotzdem ein netter Nachmittag und wir haben den Eindruck, dass wir auf diesem Wege bei einigen Anwesenden das Interesse an einer Teilnahme und Mitarbeit an unseren monatlichen Sitzungen wecken oder bestärken konnten. Alle Mitglieder der „Personengruppe

Ruheständler_innen“ sind natürlich nach wie vor eingeladen, zu unseren Sitzungen jeweils am 1.Mittwoch im Monat zu kommen. Abweichungen stehen in der HLZ und auf unserer homepage unter: www.gew-hamburg.de -> Mitmachen -> Personengruppen -> Ruheständler.

CHRISTEL SOHNS,
MARIANNE HANSEN

Surfen im Barcamp

Weitere Infos und Seminarangebote unter
gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung

Barcamp: Digitalisierung für die GEW nutzen

Mithilfe eines Barcamps, einem offenen Veranstaltungsformat, wollen wir in verschiedenen „Sessions“ erarbeiten, wie die Digitalisierung für die GEW genutzt werden kann. Alle Anwesenden sind eingeladen ihre Fragen, ihr Wissen und ihr Können in selbstgestalteten Diskussionen, Frage- und Antwortrunden sowie Mini-Workshops einzubringen.

Als Teilnehmer_in wirst du nicht beschult, sondern eingeladen, aktiv die Themen und den Ablauf des Tages mitzugestalten. Erste „Sessions“ könnten sich beispielsweise mit der Nutzung von Zoom für Digitale Veranstaltungen und Gremiensitzungen der GEW, mit der Unterstützung der GEW bei Streiks und Demos mithilfe von Social Media, mit ausgewählten Texten des GEW-Bundesforums „Bildung in der digitalen Welt“ oder mit Tools zur Ansprache und Vernetzung der GEW-Mitglieder beschäftigen.

Fr. 18.02.2022, 16 Uhr

Sa. 19.02.2022, 16 Uhr

Marschenhof, Wremen
(Wurster Nordseeküste)

Leitung: Inge Voigt-Köhler,
Sophia Ziese

Kostenanteil: kostenlos für
GEW-Mitglieder inkl.

Unterkunft/Verpflegung

Sicherheit im Netz

Die Digitalisierung nimmt Einfluss auf Arbeits- und private Lebenswelt. Wie wichtig ist die Privatsphäre?

Die Digitalisierung krepelt die Arbeitswelt um – und auch unser privates Leben. Ist

Privatsphäre heute ein überholtes Konzept? Wie bewege ich mich im Internet in Anbetracht der zunehmenden Datenspeicherung und Überwachung durch Unternehmen und Regierungen? Können wir unsere Daten überhaupt schützen? Und wenn ja: wie funktioniert das?

In diesem Seminar können die Teilnehmenden praktisch lernen, wie sie Daten auf ihrem Computer und im Internet schützen. Neben Grundlagen der Computersicherheit werden Methoden zum spurenarmen und möglichst sicheren Surfen im Internet behandelt und praktisch angeleitet. Bitte das eigene Notebook mitbringen!

Sa., 12. März 2022, 10-17 Uhr
Tagungshaus „Kiek in!“

in Neumünster

Leitung: Björn Tylkowski

Kostenanteil: kostenlos für
GEW-Mitglieder

(Nicht-Mitglieder: 20 €)

Sicher arbeiten und surfen mit Computer und Smartphone

Ein Workshop rund um Fragen zu Computer und Smartphone, z.B.: Wie ordne ich meine Texte und Bilder? Wie kann ich die Größe von Fotos verändern? Wie kann ich Texte im PDF-Format drucken? Was muss ich zum Thema Datensicherheit beachten? Welche Passwörter sind sicher? Welchen Browser soll ich benutzen? Soll ich meine Daten in eine Cloud hochladen? u.v.m. Ziel ist es, Dinge besser zu verstehen und etwas mehr Sicherheit im Umgang mit der digitalen Technik zu bekommen. Die behandelten Themen richten sich nach den Bedürfnissen der Teilnehmenden. Eigene



(Windows-)Notebooks und Android-Smartphones können gern mitgebracht werden.

Die., 22. März 2022, 9-15 Uhr

GEW-Geschäftsstelle

Leitung: Frank Hasenbein

Kostenanteil: Kostenlos für
GEW-Mitglieder

(Nicht-Mitglieder: 20 €)

Seminar für Pädagogisch-Therapeutische Fachkräfte (PTF) an Schulen

Welche Rechte, Rollen und Aufgaben haben Pädagogisch-Therapeutische Fachkräfte an Schulen? Wie sieht die Zusammenarbeit und Abgrenzung mit / zu den Lehrer_innen aus? Welche Unterstützung (der GEW) brauchen wir? Wie können wir uns besser vernetzen? Wie sichern wir die Standards bzw. die Qualität unserer Arbeit?

Ausgehend von eigenen Erfahrungen werden aktuelle Themen und Probleme der PTF an Schulen diskutiert und anhand von Fallbeispielen vertieft.

Donnerstag, 24. März 2022,
9.30-16.30 Uhr

GEW-Geschäftsstelle

Leitung: Ima Drolshagen

Kostenanteil: Kostenlos für
GEW-Mitglieder

(Nicht-Mitglieder: 20 €)

Anmeldung

Über die GEW-Website: www.gew-hamburg.de/seminare. Ermäßigung gibt es für Erzieher_innen, Referendar_innen, Studis, Erwerbslose. Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.

Tafeltext am Curiohaus soll geändert werden

GEW Hamburg arbeitet ihre Geschichte weiter auf

Im Kontext der Diskussionen um die Rolle Max Traegers hat der Landesverband 2017 beschlossen, sich mit weiteren Fragen zur Geschichte der GEW HH zu beschäftigen. Eine dieser Fragestellungen ist, ob die Gleichschaltung der Gesellschaft der Freunde 1933 eine „zwangsweise“ war, wie es auf einer Tafel der Kulturbehörde am Curiohaus steht. Hierfür hat die GEW Hamburg eine Studie in Auftrag gegeben. Mit der Studie ist eine differenzierte historische Einordnung vorgelegt worden, um die Gleichschaltung neu bewerten zu können. Die Studie kommt zu dem Fazit, dass die Gleichschaltung „keinesfalls gewaltsam“ und „auch nicht [...] freiwillig“ war. Vielmehr sei der „Umgang der Vorstandsmitglieder mit den Nationalsozialisten [...] ambivalent“ gewesen: „Er alternierte zwischen Anpassung und Opposition“.

Beim Landesvorstand am 21.1.2020 wurde die Studie vorgestellt, auch mit Gästen diskutiert und beschlossen, dass nach einer Veranstaltung mit Buchpräsentation, die am 24.9.2020 stattfand, der Landesvorstand weiter darüber diskutieren wird, was die Studie erinnerungspolitisch für die GEW Hamburg bedeutet. Am 10.11.20 hat der Landesvorstand eine AG eingesetzt, die auf Grundlage dieser Diskussion einen Vorschlag erarbeitet hat. Die AG legte am 9.11. diesen Vorschlag dem Landesvorstand vor, der dem AG-Vorschlag folgte und folgenden Beschluss fasste:

Auf Grundlage der Studie „Volksschullehrer zwischen



Bild: GEW Hamburg

Anpassung und Opposition. Die „Gleichschaltung der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg (1933-1937)“ erscheint der bisherige Tafeltext der Kulturbehörde am Curiohaus, auf der steht: „Im Mai 1933 gliederte der NS-Lehrerbund den Verband zwangsweise ein.“, nicht differenziert genug. Die GEW wird auf die Kulturbehörde zugehen mit dem Ziel einer Änderung des Tafeltextes, die dieser Differenzierung gerecht wird. Vorgeschlagen wird, den o.g. Satz zu ersetzen durch: „Vor dem Hintergrund des NS-Terrors wurde der Verband dem NSLB eingegliedert. Die Haltung des Vorstandes des Verbandes schwankte dabei

zwischen Anpassung und Opposition.“ Die AG wird darüber hinaus einen Text erarbeiten, in dem auf die Studie und die erinnerungspolitische Diskussion zu diesem Sachverhalt eingegangen wird.

WEB-REDAKTION

Die hlz-Redaktion hat sich bereits 2005 für die Änderung des Tafeltextes eingesetzt. Sie unterlag bei der Abstimmung im Vorstand mit ihrem Vorschlag, im ursprünglichen Text lediglich den Begriff „zwangsweise“ zu streichen. (Dann hieße der Text: Im Mai 1933 gliederte der NS-Lehrerbund den Verband ein und übernahm das Haus.)

Von der Elbe an die Spree

Nach acht Jahren an der Spitze des DGB Hamburg verlässt Katja Karger die Stadt, um in Berlin/Brandenburg als Bezirksvorsitzende zu kandidieren

Katja, mit welchem Gefühl wirst du Hamburg verlassen?

Ich gehe mit schwerem Herzen, kein Frage. Ich habe total gerne in Hamburg gelebt und gearbeitet. Es war eine ausgesprochen spannende Zeit, in der ich wahnsinnig viel gelernt habe. Die Menschen in dieser Stadt haben mich mit offenen Armen empfangen und mir viele Türen geöffnet. Dafür bin ich sehr dankbar – ich werde viel vermissen.

Was hast du über die Stadt gelernt?

Als ich aus Berlin nach Hamburg kam, dachte ich, die beiden Städte seien gar nicht so unterschiedlich. Weit gefehlt. Hamburg ist sehr gut organisiert und eher zentralistisch regiert. Ich habe gelernt, dass die Hamburger_innen viel offener sind, als ihnen nachgesagt wird und sie unfassbar freundlich und höflich sind. Spannend war es zu verstehen, wie der Hafen funktioniert, dass in der Dienstleistungsstadt Hamburg das größte zusammenhängende Industriegebiet liegt

und dass hier die gesellschaftlichen Kontraste am stärksten sind. Arm und Reich prallen aufeinander, die soziale Spaltung ist viel sichtbarer als anderswo.

Was nimmst du aus deiner Arbeit als Vorsitzende vor allem mit?

Besonders die Erinnerung an die vielen Hamburgerinnen und Hamburger, die sich für ihre Stadt engagieren. An all die Beschäftigten und Betriebs- und Personalräte, die sich für die Belange ihrer Kolleginnen und Kollegen einsetzen. Es sind tolle Menschen, die in dieser Stadt arbeiten. Ich habe in den acht Jahren meiner Amtszeit eine Menge großer Themen erlebt: die Flüchtlingssituation 2015, den G20-Gipfel und jetzt die Corona Pandemie. Das sind herausfordernde, aber auch bewegende Momente für eine Gewerkschafterin. In solchen Situationen die Chance zu bekommen, gestalten zu können, mit dafür zu sorgen, dass es besser läuft, das ist schon eine große Ehre.

Gibt es spezielle Momente, die besonders in Erinnerung bleiben?

Toll waren die Gespräche, die ich mit vielen Betriebs- und Personalrät_innen für unseren Podcast Solidaritalk führen durfte. Dabei habe ich einiges über die Kolleg_innen gelernt: Über ihren Antrieb, ihre Träume und wie sie zu dem geworden sind, was sie heute sind. Das waren sehr schöne Begegnungen. Aber auch un-sere Ehrenamtskonferenz 2019 war eine Klasse Veranstaltung. All die Kolleg_innen zu erleben, die mit Herzblut ihre Ämter ausfüllen und mich mit ihnen zu unterhalten, hat mich sehr gefreut..

Gerade in der Corona-Zeit ist gewerkschaftliche Solidarität besonders gefragt. Was bedeutet Solidarität für dich?

Für einander einzustehen und Verantwortung zu übernehmen ist elementar wichtig in einer Gesellschaft, die immer häufiger von Eigeninteresse und Lieblosigkeit geprägt ist. In was für einer Welt wollen wir leben? In meiner Antwort spielt solidarisches Handeln, die Rücksicht auf die Schwächeren eine große Rolle. Mit Beginn der Coronapandemie war der Begriff Solidarität in aller Munde und wir müssen aufpassen, dass er nicht zur Hülle verkommt und von außen als Pflicht wahrgenommen wird. Echte Solidarität kommt von Herzen – oder gar nicht.

Unabhängig von Corona – welche politischen Projekte müssen aus deiner Sicht am ehesten ganz oben auf die Agenda der Gewerkschaften?

Klimaschutz, Energiewende,

Foto: DGB / Katja unterwegs auf einer Demonstration DGB HH



Auf dem Weg nach Brandenburg

Transformation – aber sozial. Die allermeisten haben inzwischen kapiert, dass wir unseren Planeten nur retten, wenn wir jetzt sehr viel und das sehr schnell tun. Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze. Aber das funktioniert nur, wenn Unsicherheiten, Ängste und persönliche Umbrüche gut und fair aufgefangen werden. Die Gefahren müssen klar benannt und Vorsorge getroffen werden. Die Chancen müssen deutlich werden und der Wille, alle Menschen auf

diesem Weg mitzunehmen. Da ist die Politik besonders gefragt, weil sie den Rahmen dafür stellen muss.

Ganz persönlich: Was wirst du für Bilder von Hamburg nach Berlin mitnehmen?

Die vielen Fahrten mit der Linie 62, die Eröffnung der Elphi, Konzerte im Hafen auf dem Gelände von Blohm&Voss. Ich erinnere mich des Windes und der Möwen, wie das Wasser der Alster plätschert und an den Ge-

ruch der Schiffe auf der Elbe. Aber auch an die vielen Besuche in den Betrieben und einem Containerschiff. Ich habe hier viel Solidarität erlebt, das wird bleiben. Danke an alle, die mit mir in den vergangenen Jahren diese Stadt bewegt haben.

Vielen Dank Katja und halt die Ohren steif.

Das gesamte Interview findet sich auf der Homepage der GEW Hamburg

„Beenden Sie die Berufsverbotepolitik endlich offiziell!“



**1972 – 2022: 50 Jahre Berufsverbote
Demokratische Grundrechte verteidigen!**

Der 28. Januar 2022 ist der 50. Jahrestag des „Radikalen-erlasses“. 1972 verabschiedete die Ministerpräsidenten der Länder unter dem Vorsitz von Willy Brandt diesen „Extremistenbeschluss“.

In seiner Folge wurden ca. 3,5 Millionen Bewerber:innen für den öffentlichen Dienst überprüft. Wer vom Verfassungsschutz als „Radikaler“ oder „Verfassungsfeind“ eingestuft wurde, wurde aus dem öffentlichen Dienst entfernt oder erst gar nicht eingestellt.

Bundesweit gab es 11.000 offizielle Berufsverbotsverfahren, allein 2200 Disziplinarverfahren, 1256 Ablehnungen von Bewerbern und 265 Entlassungen. Betroffen waren vor allem Kommunist:innen, andere Lin-

ke und Gewerkschafter:innen sowie Mitglieder von Friedensinitiativen bis hin zu SPD-nahen Studierendenorganisationen.

Die Berufsverbote stehen im Widerspruch zum allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz und den Kernnormen des internationalen Arbeitsrechts, wie die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) bereits 1987 feststellte. Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilte 1995 die Berufsverbote und sah in ihnen einen Verstoß gegen die Artikel 10 und 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention

Das Aussprechen von Berufsverbotten hat die Berufsbiographien vieler Kolleg:innen in der GEW geprägt. Und auch heute

gibt es gelegentlich noch Fälle, bei denen junge Kolleg:innen unter Druck gesetzt werden, weil sie systemkritisch sind.

Deshalb bitte ich Euch, den bundesweiten Aufruf von Betroffenen des „Radikalen-erlasses“ durch Eure Unterschrift zu unterstützen.

Es ist an der Zeit,

- den „Radikalen-erlass“ generell und bundesweit offiziell aufzuheben,
- alle Betroffenen umfasslich zu rehabilitieren und zu entschädigen,
- die Folgen der Berufsverbote und ihre Auswirkungen auf die demokratische Kultur wissenschaftlich aufzuarbeiten.

Eure Unterschrift könnt Ihr online unter www.berufsverbote.de leisten.

Aufwühlende Autobiographie

Lesung aus den Lebenserinnerungen der Widerstandskämpferin und Lehrerin Katharina Jacob

Ende Oktober fand im Curiohaus eine Lesung aus der Autobiographie von Katharina Jacob statt. Die Schauspielerin und Sprecherin Inès Fabig hat Passagen aus der Autobiographie vorgetragen und der Konzertgitarrist Simon Rabe nach jeder Passage gespielt.

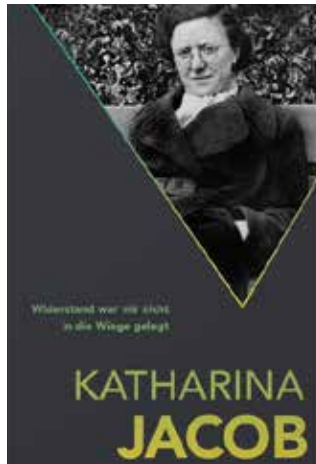
Katharina Jacob war die Frau von Franz Jacob, Mitglied der Bästlein-Jacob-Abshagen-Widerstandsgruppe, in deren Kampf gegen das NS-Regime auch sie involviert war. Nach dem Krieg hat sie ihre Biographie verfasst und dazu bemerkt, dass sie noch zu überarbeiten sei. Dazu ist sie selbst nicht mehr gekommen. Aber die Töchter Ursula und Ilse haben die Bemerkung der Mutter als Bitte verstanden und die Überarbeitung übernommen. Die hat nach dem unerwarteten Tod Ursulas dann lange geruht.

Vor zwei Jahren etwa hat Ilse sich wieder aufgenommen und die Autobiographie ihrer Mutter bis zur Druckreife überarbeitet. Sie ist im letzten Jahr in der Galerie der Künste erschienen, herausgegeben von der Gruppe Kinder des Widerstands, deren Mitglieder Nachkommen von Widerstandskämpfer_innen sind und zu der auch Ilse Jacob gehört. Die Gruppe hat es sich zur Aufgabe gemacht, durch ihre Aktionen (wie die Herausgabe dieses Buches) ihrer Eltern oder Verwandten zu gedenken.

Ein aktuelles Beispiel für die Notwendigkeit dieser Arbeit ist der Skandal um die Umwidmung des Hamburger Stadthauses. Es war zur NS-Zeit berüchtigter Ort des Gestapo-Terrors. Als solchen vergegenwärtigt ihn auch das Buch.

(Anm. der Redaktion: In das Gebäude kam ein Einkaufszentrum. Zum Gedenken an den NS-Terror gibt es nur eine Ausstellung innerhalb einer Buchhandlung.)

Die GEW-Hamburg hat, um die Edition der Katharina Jacob-Biographie zu ermöglichen, einen nicht unerheblichen Betrag aus ihrem Antifaschismus-Fonds beigesteuert – unter der Bedingung, dass in ihren Räumen daraus gelesen wird.



Katharina Jacob: Widerstand war mir nicht in die Wiege gelegt ..., Hamburg 2020, 300 Seiten, 21.90 Euro
ISBN: 9783948478063

Die Lesung hat nun diese Bedingung nicht nur erfüllt, sondern der GEW auch etwas zurückgegeben. Die Biographie bezeugt die Bedeutung des Arbeiter-Widerstands. Er war bedeutender als der Widerstand aus den Reihen des Militärs, der im offiziellen Gedenken deshalb zu Unrecht im Vordergrund steht.

Man erfährt, was die Beteilig-

ten auf sich genommen haben (bestialische Folter, jahrelange Haft in Gefängnissen und KZs), aber auch was ihnen die Kraft gegeben hat, dies durchzuhalten.

Außer ihrer unbeirrbaren politischen Überzeugung war das auch die unverbrüchliche Solidarität, selbst seitens eines Kindes, wiewohl ohne dieses Bewusstsein: Als die Gestapo auf der Suche nach Franz Jacob überfallartig in die Wohnung der Familie eindringt und bei der Durchsuchung die kleine Tochter Ursula nach dem Vater fragt, lautet ihre Antwort: „Such mal!“ — eine Aufforderung, die Ursula von ihrer Mutter kannte, wenn ein Spielzeug fehlte und in diesem Fall die Hässcher überzeugte und abziehen ließ, so dass Katharina tief aufatmen konnte.

Diese Szene ist allerdings die einzige humorige in einem Text, der bewegt, gleich, ob man ihn liest oder einer Lesung daraus zuhört. Zu dieser Wirkung trugen die leisen Gitarren-Soli in den Pausen zwischen den vorgetragenen Passagen musikalisch bei: Eigenkompositionen, in die Anklänge an Arbeiterlieder eingewoben waren.

So herrschte zunächst Schweigen, ehe der Applaus einsetzte. Der zeigte, wie auch das anschließende Gespräch über das Gehörte, das Ilse Jacob durch Erzählungen der Mutter bereicherte, die nicht Eingang in deren Biographie gefunden hatten: Die Lesung ist 'angekommen'.

JÖRG PETERSEN
Katharina Jaob (1907-1989)
arbeitete nach dem Krieg 25 Jahre lang an der Schule Winterhuder Weg (heute: Schule Auf der Uhlenhorst)



Das HLZ-Rätzel

Rekordverdächtig

Trotz ihrer 16 Jahre als Bundeskanzlerin wird Angela Merkel den Amtszeitrekord von Helmut Kohl knapp verpassen. Aber sie bleibt nicht nur die erste Frau im Amt, sie ist auch die bisher jüngste Person bei Amtsantritt.

Welche zwei Bundeskanzler liegen in der Rangfolge der jüngsten Amtsinhaber hinter Merkel?

- A) Willy Brandt
- B) Helmut Kohl
- C) Walter Scheel
- D) Helmut Schmidt
- F) Gerhard Schröder

Einsendungen bitte bis zum 25.1.2022 mit Postanschrift an die hlz, am besten an hlz@gew-hamburg.de. Als Gewinn winkt ein Buchgutschein im Wert von 25 Euro. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Foto: Alexander Kurz/Wikimedia Commons - CC-BY-SA-3.0

„Demokratie bedeutet ja, dass auch mal andere zeigen dürfen, dass sie es nicht besser können.“ („Abschiedsinterview mit Angela Merkel“ in der *Titanic*)



Des letzten Rätsels Lösung...

... ist Lüchow (C). Dort gibt es auf etwa 1000 m² das *Stones Fan-Museum* mit Exponaten rund um die *Rolling Stones*. Das wusste auch unser Gewinner Udo Düsterbeck. Er bekommt eine CD der *Rolling Stones* eigener Wahl. Herzlichen Glückwunsch! Die Gewinner_in unseres Wahrrätsels informieren wir nach der Wahl des Bundeskanzlers direkt.

MH/MK

Stones Fan Museum in Lüchow, geöffnet von Ostern bis 31.10. Näheres unter: www.stonesfanmuseum.de

Foto: M. Heede / hlz



Referat B/C Bildungspolitik, -finanzierung	In der Geschäftsstelle nachfragen
Referat F / Gruppe Gewerkschaftliche Bildung	rolandstolze@gwhmail.de
GEW Studies	In der Geschäftsstelle nachfragen
Junge GEW	15.12.2021, 18.00-22.00 Uhr, Raum C
FG Grundschule	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Vorschule	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Stadtteilschulen	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Berufliche Schulen	15.12.2021, 17.00-19.00 Uhr, Raum ABC 12.01.2022, 17.00-19.00 Uhr, Raum AB
FG Gymnasien	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Kinder- und Jugendhilfe	In der Geschäftsstelle nachfragen
Kita Netzwerk	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Sonderpädagogik	20.12.2021, 17.00-20.00 Uhr, Raum ABC
FG Hochschule u. Forschung	24.01.2022, 18.00-22.00 Uhr, Raum C
AfGG Gleichstellungs- u. Genderpolitik	14.12.2021, 17.00-20.30 Uhr, GBW
LAMBDA – Landesausschuss für Migration, Bleiberecht, Diversität und Antirassismus	21.12.2021, 18.30-21.00 Uhr, GBW 25.01.2022, 18.30-21.00 Uhr, GBW
AG Bildung statt Kinderarbeit	16.12.2021, 16.00-18.00 Uhr, GBW
Ausschuss für Friedensbildung	In der Geschäftsstelle nachfragen
Mittelamerikagruppe	In der Geschäftsstelle nachfragen
Ruheständler_innen	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG PTF soz.-päd. Personal an Schulen	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Schulleitungen	13.12.2021, 18.00-20.00 Uhr, GBW
Sportausschuss	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Kindheitspädagogik	In der Geschäftsstelle nachfragen
AJuM – AG Jugendliteratur u. Medien	10.01.2022, 18.00-20.00 Uhr, Raum A christoph.janzen@ajum.de
Bildungsclub	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Queere Lehrer_innen	16.12.2021, 19.30-21.30 Uhr, Raum C

Für aktuelle Termine bitte auf unsere website gehen unter <https://www.gew-hamburg.de/mitmachen/termine> gucken und evtl. die Kontaktpersonen ansprechen, da aufgrund der Corona-Situation manche Termine nur mit Voranmeldung geplant werden bzw. ausfallen.

GEW Geschäftsstelle wie zuvor geöffnet

Laut der aktuellen Hamburger Corona Eindämmungsverordnung dürfen wir in der GEW weiterhin Versammlungen und Gruppentreffen abhalten, natürlich unter entsprechenden gesundheitsförderlichen Bedingungen. Weitere Infos für GEW Gruppen und der Hygieneplan finden sich unten. Auch die Geschäftsstelle ist zu den genannten Bedingungen geöffnet. Bitte klingeln!

Für GEW-Gruppen gilt:

Ihr könnt weiterhin Räume bei uns reservieren. Dabei gelten folgende Voraussetzungen:

1. Wir haben Raumobergrenzen, bedingt durch den vorgegebenen Mindestabstand von 1,5 Metern
A: 10 TN, B: 3 TN, C: 5 TN, GBW: 7 TN
2. Außerhalb des Sitzungsraums muss in der Geschäftsstelle ein Mund-Nasenschutz getragen werden. Innerhalb des Sitzungsraums ist es euch als Gruppe freigestellt.
3. Personen mit Atemwegserkrankungen dürfen nicht teilnehmen.
4. Ihr müsst eine Teilnehmer_innenliste führen (die Vorlage legen wir euch in den gebuchten Raum), die bei der Geschäftsführung hinterlegt und dort 4 Wochen aufbewahrt werden muss. Im Infektionsfall wird diese Liste dem zuständigen Gesundheitsamt ausgehändigt. Nach vier Wochen wird diese Liste vernichtet.

Für externe Gruppen stellen wir Räume zur Zeit nur unter den Bedingungen von 2G zur Verfügung, weil wir das vom Hygienekonzept nicht zusätzlich bewältigen können.

Aus dem Systemwechsel...



Merkel und die Fischer, Rügen 1990, – an der Pinnwand der hIz-Redaktion – „Ach“, sagt er und winkt ab, „wir wussten schon damals, dass hier alles den Bach runtergeht.“ Hans-Joachim Bull (63) verdeckt. (zitiert nach Ostsee Zeitung v. 25.10.2021). Das Foto machte Michael Ebner.

Eine „Bildungsrevolution“ wolle sie. „Der in Deutschland viel zu starke Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg muß endlich entkoppelt werden, digitales Lernen weit über die Pandemie hinaus fest in den Lehrplänen und in der Lehrkräftebildung verankert werden.“ Nichts weniger als einen „Systemwechsel“ also, resümierte sie. Das ist ja stark, nein, genauer: Stark-Watzinger, die neue Bundesbildungsministerin, aus deren Mund diese Worte kamen. Ist hier etwa der Name Programm?

Gesagt bzw. geschrieben hat sie das in einem Gastbeitrag in ihrer Rolle als Parlamentarische Geschäftsführerin der FDP im Flaggschiff der konservativen Presse, in der Welt im August d. J., also lange vor ihrer Ernennung. Allein dass sie in dieser Zeitung mit diesen Gedanken zu

Wort kommt, ist interessant. Seit wann lässt die Revolutionärinnen zu Wort kommen? Dass dies zugelassen wurde, legt – vorsichtig formuliert – den Verdacht nahe, dass solche Äußerungen zu jenem populistischen Geschwätz gehören, das aus dem Mund von Politiker_innen stammt, die in erster Linie Karriere machen wollen. Und dies nicht selten unabhängig von ihrer fachlichen Qualifikation.

Ach ja, zur Revolution gehört natürlich noch das Attribut „digital“. „Macht hoch die Tür, die Tor macht weit“- für Digitalkonzerne weit und breit, die zusammen mit allen sich explizit als Bildungsagenturen verstehenden Softwareanbietern zukünftige Generationen in eine Umlaufbahn schicken wollen, die allen Menschen auf der Erde eine verheißungsvolle Zukunft verspricht. Der Originaltext des

Liedes heißt ja: „Macht hoch die Tür, die Tor macht weit/ Es kommt der Herr der Herrlichkeit.“ Also die Rettung naht!

Aber hier wird nicht nur universal gedacht, sondern ganz konkret im Hier und Jetzt. Sie wolle, so Stark-Watzinger im selben Beitrag, die „Trägheit der Kultusministerkonferenz (natürlich verwendet sie nur das generische Maskulinum) aufbrechen“. „Nur zu“ möchte man der ehemaligen Bank-Managerin zurufen. Bloß hätte dies in etwa die gleichen Erfolgsaussichten wie ein Plan vom frischgewählten Kanzler Scholz, den Kapitalismus abzuschaffen.

Trotz alledem – jetzt ist Optimismus gefragt! Das, was nicht zusammengehört, wird passend gemacht. Wer jetzt noch meint, der Startschuss könne zum Rohrkrepiere werden, landet in der Ecke der Nörgler_innen, die

doch mal die Luft anhalten sollen Wer sollte schon was dagegen haben, wenn es wie im Titel des Koalitionsvertrages heißt: MEHR FORTSCHRITT WAGEN. Und als wäre dies noch nicht genug an Allgemeinplatz, muss der Untertitel dies noch erläutern. „BÜNDNIS FÜR FREIHEIT, GERECHTIGKEIT UND NACHHALTIGKEIT“. Wie heißt es bei Kafka in den 'Hochzeitsvorbereitungen auf dem Lande': „Der wahre Weg geht über ein Seil, das nicht in der Höhe gespannt ist, sondern knapp über dem Boden. Es scheint mehr bestimmt stolpern zu machen, als begangen zu werden.“

Wie wohltuend war da doch das Nüchterne unserer Altkanzlerin. Vielleicht trug sie ihren Vornamen ja zu recht: Angela, also der weibliche Engel, obwohl es doch heißt, Engel seien geschlechtslos?! Na ja, nicht umsonst haben wir ja eine Genderdebatte! Ich hab' häufiger mal Stirnrnzeln erzeugt, wenn ich von ihr schwärmte. Schließlich hatte mein Schwärmen dazu geführt, dass ich das inzwischen schon ikonographische Foto der Ex-Kanzlerin mit den Fischern auf Rügen aus dem Jahre 1990

*Und was bereits jetzt
Merkels Kanzler_
innenschaft überstrahlt:
ihr Mut, all ihr politisches
Kapital für die von Krieg
und Elend bedrohten
Menschen einzusetzen,
ja zu riskieren, der
Menschlichkeit wegen*

an die Pinnwand der Redaktion geheftet hatte. Oder hatte ich das nur geträumt?

Auf jeden Fall dokumentiert dies Foto für mich einen Menschen, der voller Empathie eine Politik für Menschen gemacht hat und, denkt man sich mal die

Parteizugehörigkeit für einen Moment weg, sich dabei seinen Humor nicht hat nehmen lassen. Ja, die Exkanzlerin konnte mit den Flügeln schlagen. Das gehört eben auch zu einem Engel. Legendär, wie sie ihre Widersacher aus der eigenen Partei aus dem Feld räumte. Und was bereits jetzt alles überstrahlt: ihr Mut, all ihr politisches Kapital für die von Krieg und Elend bedrohten Menschen einzusetzen, ja zu riskieren, der Menschlichkeit wegen.

Die martialische Abschiedszeremonie, die man ihr bereitete, hat mich eher genervt, zumindest irritiert. Für mich wirkte dies aus der Zeit gefallen. Erst einmal: warum muss sowas militärische Weihen tragen? Und dann übergeht diese Art Pflege nationaler militaristischer Kultur die einfach nicht wegzudenkende Zeit der Barbarei. Ja, mir kommen sofort die Bilder von der Wehrmacht in den Kopf: mordende Soldaten an den Fronten und vor allem in den „besiegten“ Gebieten. Oder natürlich auch die von Leni Riefenstahl immer wieder ins Bild gesetzten Heroen, deren Exerzieren dem der Soldaten (oder waren Frauen dabei?) auf der Abschiedsfeier für die Ex-Kanzlerin doch sehr zu ähneln schienen.

Das hätte nicht sein müssen. Etwas erlösend wirkte da nicht nur die von Angela Merkel ausgesuchte Musik von der Knief über Nina Hagen bis zu dem ökumenischen Kirchenlied „Großer Gott, wir loben dich“ – häufig gesungen bei freudigen Anlässen oder Dankgottesdiensten, etwa zum Jahresende, so heißt es.

Man nahm es ihr ab, dass dies keinen propagandistischen oder gar militaristischen Zwecken diene, sondern zugleich auch etwas von der Authentizität rüberbrachte, zu der ihre unpräzise Formulierung passte, sich für ihre Mit-Menschen eine „Fröhlichkeit im Herzen“ zu wünschen. Auch dies wirkte auf

mich wie aus der Zeit gefallen. Aber je länger ich es auf mich wirken ließ, desto stärker machte sich das Gefühl breit, dass sie da was Wahres ausgesprochen hat,

*Die neue Bildungsministerin
will die „Trägheit der
Kultusministerkonferenz
aufbrechen“. Bloß hätte
dies in etwa die gleichen
Erfolgsaussichten wie ein
Plan vom frischgewählten
Kanzler Scholz, den
Kapitalismus abzuschaffen*

das sehr weit jenseits der Tagespolitik angesiedelt ist.

Zum Schluss muss ich dann doch noch sagen, dass ich auf das oben erwähnte Stirnrnzeln meiner Gesprächspartner_innen nicht anders konnte, als zu sagen: „Na ja, systemimmanent eben“. Einen Systemwechsel, wie die neue Bundesbildungsministerin ihn postuliert, hat Angie wahrlich nie angestrebt.

JOACHIM GEFFERS

PS: Auf die Abbildung „unserer“ neuen Bildungsministerin verzichten wir, da wir nur Fotos fanden, die man hätte bezahlen müssen. Wir hoffen auf euer Verständnis.

Mal sehen, wie's weitergeht. Irgendwie ist's ja auch spannend in einer Zeit zu leben, in der die Zahl der unbeantworteten Fragen immer größer wird. Auf jeden Fall wächst damit die Notwendigkeit sich auseinanderzusetzen. Wir wünschen euch aber zunächst einmal schöne erholsame Tage zwischen den Jahren und hoffen natürlich, dass wir uns im neuen Jahr gestärkt den Herausforderungen der neuen Zeit stellen können. Und bleibt gesund!

DIE REDAKTION

Ich wünsche "Besinnliche Festtage" und einen
gesunden Rutsch in das Jahr 2022

ad albersdesign

Media-Agentur
Mediengestaltung
+Druckproduktion




**Praxis für
Psychotherapie
und Supervision**

- ◆ Freude am Leben
- ◆ Selbstvertrauen
- ◆ Gelassenheit
- ◆ Videositzungen möglich

Dipl. Mus. Andreas Merk
Psychotherapie HeilprG,
ehem. Lehrer

Telefon: 040/3009 3736
www.andreasmerk.de



Von hier an geht es aufwärts!

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, erstklassiges Krisenmanagement, viele erlebnisintensive Erfahrungen, erfreulicher Rahmen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc.

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Tel.: 07221/39 39 30



Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden
www.leisberg-klinik.de



HAMBURGER LEHRER-FEUERKASSE

VERSICHERUNGSVEREIN AUF GEGENSEITIGKEIT / GEGRÜNDET 1897

Für alle pädagogisch
Tätigen sowie
deren Angehörige

Die **preisgünstige Hausratversicherung im Großraum Hamburg** für alle pädagogisch Tätigen sowie deren Angehörige. Wir versichern Ihren Hausrat zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme (inkl. Versicherungssteuer) unverändert seit 1996.

2017 bis 2021 haben unsere Mitglieder eine Beitragsrückerstattung von 10 % erhalten.

Ihr **Hausrat** ist gegen Schäden durch Brand, Explosion, Implosion, Blitzschlag und Überspannung, Einbruchdiebstahl, Raub, Leitungswasser, Sturm, Hagel, Glasbruch (Einfachverglasung) versichert. Außerdem u. a. beitragsfrei eingeschlossen: Hotelkosten bis zu 100 Tagen, Diebstahl von Hausrat aus Krankenzimmern und Kraftfahrzeugen, Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen bis 260 €. Fahrräder bis 3.000 € (6.000 € bei zwei Rädern) können gesondert versichert werden.

Zusätzlich versichern wir Ihre Ferienwohnung ebenfalls zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme. Die HLF verzichtet auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bei Schäden bis 5.000 €.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:

- 040 333 505 14 (Tobias Mittag)
- 040 796 128 25 (Georg Plicht)
- 040 679 571 93 (Sibylle Brockmann)
- www.h-l-f.de** (mit Prämienrechner) / **info@h-l-f.de**

Foto: Tobias Schwab

Foto: Tobias Schwab

GEW, LV Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Postvertriebsstück DPAG Entgelt bezahlt

fair childhood

GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

Bildung statt Kinderarbeit!

fair childhood ist eine Stiftung der Gewerkschaft Erziehung
und Wissenschaft unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds in
München. Spendenkonto *fair childhood*: Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00, BIC: BFSWDE33MUE

www.gew.de/internationales/fair-childhood